

Jürgen Bierbaumer-Polly, Josef Baumgartner, Julia Bock-Schappelwein, Elisabeth Christen, Oliver Fritz, Franz R. Hahn, Werner Hölzl, Ulrike Huemer, Michael Klien, Thomas Leoni, Christine Mayrhuber, Michael Peneder, Stefan Schiman, Stefan Schönfelder, Franz Sinabell

## Schwache Nachfrage aus dem Inland und Ausland, Verschlechterung der Arbeitsmarktlage

### Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2014

#### **Schwache Nachfrage aus dem Inland und Ausland, Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2014**

Im Jahr 2014 stieg die heimische Wirtschaftsleistung um nur 0,3%. Damit war bereits das dritte Jahr in Folge eine sehr träge Entwicklung zu verzeichnen. Maßgebend war dafür neben der anhaltenden Investitionszurückhaltung der Unternehmen und der gedämpften Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte auch ein Fehlen kräftiger außenwirtschaftlicher Impulse. Stimmung und Erwartungen der Unternehmen und Haushalte waren geprägt von vermehrtem Pessimismus. Das Arbeitskräfteangebot nahm stärker zu als die Beschäftigung, sodass ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenquote auf 8,4% zu verzeichnen war (2013: 7,6%). Der Energiepreisverfall drückte die Inflationsrate (+1,7% nach +2,0% im Jahr 2013), die positive Inflationsdifferenz gegenüber Deutschland bzw. dem Durchschnitt des Euro-Raumes blieb bestehen.

#### **Weak Domestic and Foreign Demand, Deteriorating Labour Market Situation. The Austrian Economy in 2014**

Austria's GDP grew by just 0.3 percent in 2014, making for a sluggish economy for the third year in a row. Causes for the sluggishness were not just continued investment reticence on the part of businesses and muted expenditure on the part of private households but also the lack of any strong impetus from foreign trade. Businesses and households alike were increasingly pessimistic in their sentiment. Labour supply grew more quickly than employment, with the result that the unemployment rate rose to 8.4 percent (2013: 7.6 percent). Plummeting energy prices made inroads on inflation (+1.7 percent against +2.0 percent in 2013), but the positive inflation gap vis-à-vis Germany and the average of the euro area remained unaffected.

#### **Kontakt:**

Die Kapitel werden von den einzelnen Autorinnen und Autoren gezeichnet (E-Mail-Adressen jeweils am Kapitelende).

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Im internationalen Umfeld gingen 2014 die Wachstumsimpulse vornehmlich von den Industrieländern aus. In den Schwellenländern wurde die Konjunktur von Finanzmarktschocks im Gefolge der geldpolitischen Anpassungen in den USA gedämpft. Die osteuropäischen Volkswirtschaften profitierten von der Überwindung des Nachfrageeinbruchs im Euro-Raum. Der Dollar wertete 2014 markant auf, auf den Rohölmärkten brachen die Preise ein. Der Aufschwung in den USA hielt an; eine Mehrwertsteuererhöhung drückte den privaten Konsum in Japan, in China verlangsamte sich die Expansion des überhitzten Bausektors. In Großbritannien gewann die Konjunktur an Schwung, in Deutschland erhöhten Sondereffekte die Bauinvestitionen und den privaten Konsum, in Spanien setzte eine Erholung der Binnenkonjunktur ein. Im Euro-Raum insgesamt war die gesamtwirtschaftliche Nachfrage hingegen weiterhin schwach, sodass die Kerninflationsrate sank.

In Österreich stieg die Wirtschaftsleistung 2014 um nur 0,3%. Damit war bereits das dritte Jahr in Folge eine sehr träge Entwicklung zu verzeichnen (2013 +0,2%, 2012 +0,9%). Zuletzt war die Wirtschaft im Jahr 2011 kräftig gewachsen (+3,1%). Bestimmend war für diese Entwicklung die Schwäche der Nachfrage nach heimischen Waren und Dienstleistungen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Die mäßige Zunahme der Realeinkommen der privaten Haushalte und die Investitionszurückhaltung der Unternehmen aufgrund der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der in- und ausländischen Absatzmärkte belasteten die Inlandsnachfrage stark.

Auch die Exportwirtschaft erlitt aufgrund der anhaltenden Konjunkturschwäche im Euro-Raum und der damit verbundenen Vertrauensverluste Nachfrageeinbußen.

Der massive Rückgang des Rohölpreises aufgrund des Überangebotes und die Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar setzten erst verstärkt gegen Jahresende ein. Positive Impulse daraus für die österreichische Wirtschaft werden daher erst im Jahr 2015 sichtbar sein.

Der Konsum der privaten Haushalte stieg 2014 geringfügig um 0,2%. Eine stärkere Ausweitung ließ die ungünstige Entwicklung der verfügbaren Einkommen (real +0,3%) nicht zu. Überdies drückte die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt die Kaufbereitschaft. Das Konsumentenvertrauen verschlechterte sich entsprechend der pessimistischen Stimmung und Erwartungen der heimischen Haushalte schrittweise. Der Konsum der öffentlichen Haushalte stieg mit real +0,5% etwas stärker als jener der privaten Haushalte.

Die Unternehmen investierten auch im Jahr 2014 sehr vorsichtig. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen real um 0,5% (2013 –1,5%); dabei nahmen die Ausrüstungsinvestitionen um 1,5% zu (2013 –1,5%) und die Bauinvestitionen um 0,4% (2013 –2,2%). Kräftig stiegen die Fahrzeuginvestitionen, jedoch ausschließlich im 1. Halbjahr aufgrund des Sondereffektes der Anhebung der Normverbrauchsabgabe per 1. März 2014. Die Investitionen in Maschinen und Geräte waren im gesamten Jahresverlauf rückläufig. Begünstigt durch den milden Winter 2013/14 wurden die Bauinvestitionen etwas ausgeweitet (real +0,4).

Im Außenhandel dämpfte eine kräftige Importsteigerung zu Jahresbeginn den Außenbeitrag. Die gesamte Ausfuhr laut VGR (Waren und Dienstleistungen) stieg nominell um 1,9% (2013 +1,5%). Am stärksten nahmen wieder die Dienstleistungsexporte zu (+3,6%), wenn auch etwas schwächer als im Jahr 2013. Die Warenexporte übertrafen das Vorjahresniveau nominell um 1,3%, bei weiter rückläufigen Preisen. Der Rückgang der Importpreise (Waren) fiel noch kräftiger aus, vor allem wegen des Energiepreisverfalls. Die Terms-of-Trade verbesserten sich dadurch merklich (+1,2% nach +0,2% im Jahr 2013). Insgesamt wuchsen die Importe nominell um 1,9%, hauptsächlich aufgrund der kräftigen Einfuhrsteigerung zu Jahresbeginn.

Die Konjunkturschwäche zeigte sich vor allem im produzierenden Gewerbe. In der Industrie (Herstellung von Waren) stieg die Wertschöpfung um lediglich 0,3%, auch die Bauwirtschaft (+0,5%) entwickelte sich schwach. Im Handel hielt die ungünstige Tendenz der Vorjahre an (real –0,8% nach –1,6% im Jahr 2013). Gedämpft wurde die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung zudem durch das Ergebnis in den Bereichen Verkehr, Information und Kommunikation sowie Kredit- und Versicherungswesen. Positiv trugen hingegen die Bereiche Beherbergung und Gastronomie, Grundstücks- und Wohnungswesen oder die unternehmensnahen Dienstleistungen bei.

Aufgrund des Energiepreisverfalls (Treibstoffe, Heizöl) verlangsamte sich der Preisauftrieb. Die Inflationsrate (gemessen am VPI) betrug 1,7% (2013: 2,0%). Die Bereiche Wohnen, Bewirtungsdienstleistungen sowie Nahrungsmittel lieferten den kräftigsten Beitrag zum Preisanstieg. Die positive Inflationsdifferenz gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes bzw. Deutschland blieb 2014 bestehen, insbesondere aufgrund der überdurchschnittlichen Teuerung im Bereich von Dienstleistungen und Nahrungsmitteln sowie Preissteigerungen im öffentlichen Sektor (administrierte Preise und Anhebung von indirekten Steuern).

Die Lage auf dem heimischen Arbeitsmarkt verschlechterte sich weiter. Das Arbeitskräfteangebot stieg im Jahr 2014 um 1,5%, die Beschäftigung hingegen um nur 0,7%. Daraus resultierte ein Anstieg der Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) um 0,8 Prozentpunkte von 7,6% auf 8,4%. Unter den EU-Ländern nahm Österreich damit nach Deutschland den zweiten Rang ein.

Das Bankenpaket für die Hypo Alpe Adria AG belastet das Maastricht-Defizit der öffentlichen Haushalte erheblich. Gegenüber dem Jahr 2013 stieg das Defizit von 1,3% auf 2,4% des BIP. Ohne diesen Sondereffekt hätte das Defizit 2014 1,0% des BIP betragen. Der öffentliche Schuldenstand war zum Jahresende 2014 mit 84,5% des BIP (278,1 Mrd. €) um 17,1 Mrd. € höher als 2013.

## 1. Höheres Wachstum in Industrieländern, schwächere Dynamik in Schwellenländern

Das Wachstum des weltweiten Warenhandels beschleunigte sich 2014 leicht auf real 3,3% gegenüber dem Vorjahr (2013 +2,7%, 2012 +2,1%). Vor allem die Nachfrage der Industrieländer zog an; 2014 erhöhten sich deren Importe um 2,8%, nachdem sie in den zwei Jahren zuvor rückläufig gewesen waren. Insbesondere im Euro-Raum wurde der krisenbedingte Nachfrageeinbruch überwunden. Die höhere Nachfrage aus den Industrieländern stabilisierte den Exportzuwachs der Schwellenländer. Die Abschwächung der Dynamik in Lateinamerika wurde durch das Anziehen der Exporte von Osteuropa in den Euro-Raum kompensiert. Hingegen verloren die Importnachfrage der Schwellenländer und ihr Handel untereinander in der Folge negativer Finanzmarktschocks an Schwung. Der Handel der Industrieländer untereinander gewann an Dynamik, die Exportzuwächse beschleunigten sich. Insbesondere in Japan nahm die Ausfuhr nach drei Jahren des Rückganges als Folge der markanten Yen-Abwertungen seit Ende 2012 wieder zu. Starke Außenhandelsimpulse kamen 2014 erneut aus den USA.

*Finanzmarktschocks dämpften die Nachfrage in den Schwellenländern.*

Die weltweite Wirtschaftsleistung wuchs 2014 wie 2013 um 3,3%. Analog zur Entwicklung des Welthandels nahm der Wachstumsbeitrag der Industrieländer zu, ihre BIP-Wachstumsrate erhöhte sich von 1,3% 2013 auf 1,8% 2014, während jene der Schwellenländer von 4,7% 2013 auf 4,4% 2014 sank.

### 1.1 Trendumkehr des Euro-Dollar-Wechselkurses

Die kontinuierliche Aufwertungstendenz des Euro gegenüber dem Dollar (Wechselkurs Sommer 2012: 1,2 \$ je Euro, März 2014: 1,4 \$ je Euro) endete im Mai 2014 abrupt. Bis Dezember 2014 sank der Kurs wieder auf den Stand vom Sommer 2012 und Anfang 2015 weiter auf unter 1,15 \$, den niedrigsten Wert seit 2003. Der Kursverlust spiegelt strategische Änderungen der Geldpolitik in den USA und im Euro-Raum wider. Die Zentralbank der USA drosselte die Anleihenkäufe ab Anfang 2014 und stellte sie im Oktober 2014 ein. Die EZB erhöhte hingegen den Expansionsgrad ihrer Politik: Im Juni und im September 2014 wurden die Leitzinssätze gesenkt; im Juli 2014 wurde der Ankauf verbriefteter Kredite beschlossen. In der zweiten Jahreshälfte 2014 drückten Spekulationen über Staatsanleihenkäufe durch die EZB den Außenwert des Euro weiter.

*Die Geldpolitik der USA verfolgte 2014 einen weniger expansiven Kurs, der eine effektive Aufwertung des Dollars zur Folge hatte.*

Das britische Pfund vollzog ab Juli 2014 parallel mit dem Euro eine Abwertung gegenüber dem Dollar. Der Yen wertete 2014 gegenüber dem Dollar abermals stark ab, nachdem er schon 2012/13 an Wert verloren hatte. Damit befindet sich der Yen-Dollar-Kurs wieder auf dem durchschnittlichen Niveau der Jahre vor der weltweiten Finanzmarktkrise; zwischenzeitlich hatte er krisenbedingt ("sicherer Hafen") markant aufgewertet.

Die Entwicklung der Wechselkurse, resultierend aus geldpolitischen und Konjunkturfaktoren, steht einer Verringerung der weltweiten Außenhandelsungleichgewichte entgegen: Die USA wiesen 2014 ein Leistungsbilanzdefizit von 2,4% des BIP auf, Japan einen Überschuss von 0,7%, der Euro-Raum einen Überschuss von 2,4%. Insbesondere für Deutschland mit einem Leistungsbilanzüberschuss von 7,4% des BIP erscheint eine weitere Abwertung unangemessen.

*Die Wechselkursentwicklung vertieft die weltweiten Außenhandelsungleichgewichte.*

### 1.2 Verfall der Rohölpreise

Im Durchschnitt der ersten Jahreshälfte 2014 kostete ein Fass Rohöl der Sorte Brent 109 \$. Nach einem Terrorangriff auf das größte Rohölfeld des Irak erreichte der Rohölpreis am 19. Juni 2014 einen Jahreshöchststand von 115,2 \$. Danach setzte ein kontinuierlicher Abwärtstrend ein, auf rund 80 \$ im November 2014. Die OPEC beschloss entgegen den Erwartungen der Marktteilnehmer keine Drosselung der Fördermenge; in der Folge beschleunigte sich der Verfall, sodass Rohöl zum Jahresende nur 55 \$ je Barrel kostete (Anfang Jänner 2014 bis Ende Dezember 2014 auf Dollarbasis -45%, auf Euro-Basis -40%).

*Die Ausweitung des Rohölangebotes und die Dämpfung der Nachfrage in China drückten 2014 den Rohölpreis.*

Andere Rohstoffpreise sanken im selben Zeitraum um nur 5% bis 15%; neben der Abflachung der Nachfrage aus der rohstoffintensiven chinesischen Volkswirtschaft drückte somit vor allem die Ausweitung des Rohölangebotes die Preise. So bewirkte

die Steigerung des Fracking in den USA dort einen Anstieg der Rohölproduktion um rund ein Drittel gegenüber 2010. Der starke Preisverfall ist als nachträgliche kumulierte Preisanpassung zu sehen und spiegelt die neuen Preiserwartungen auf den Finanzmärkten wider.

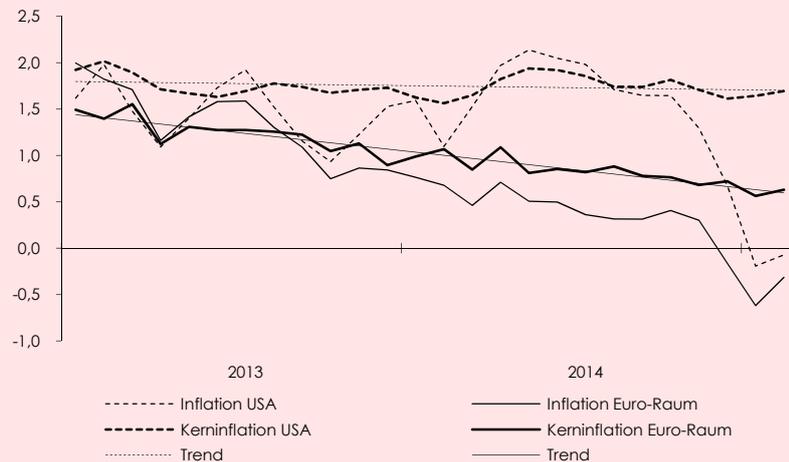
### 1.3 Deflationäre Tendenzen im Euro-Raum verstärken sich

Der Rohölpreisverfall dämpfte die Inflation in den USA stärker als im Euro-Raum.

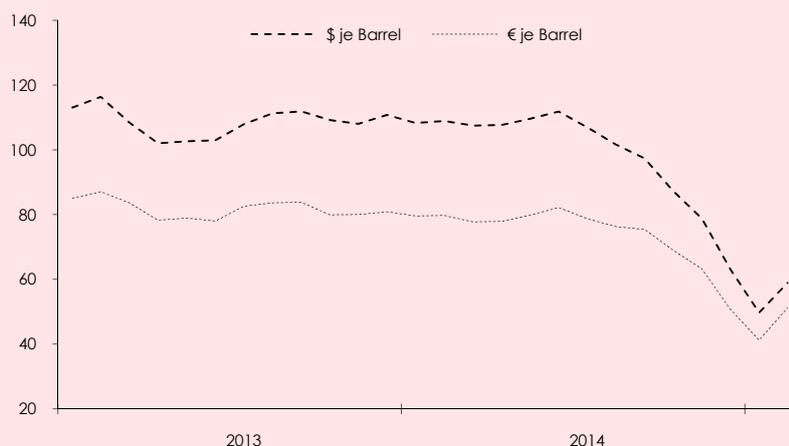
Ende 2013 öffnete sich eine Lücke zwischen der Inflationsrate im Euro-Raum und in den USA, die sich Anfang 2015 wieder verringerte, weil der Rohölpreisverfall die Preise in den USA stärker dämpfte (Abbildung 1). Der ungleichmäßige Effekt der Rohölverbilligung auf die Verbraucherpreise hängt zum einen mit der gleichzeitigen Euro-Abwertung zusammen, welche die Importe verteuerte, und zum anderen mit der höheren Rohölintensität der Wirtschaft der USA. Der Abnahme der Inflationsrate in beiden Wirtschaftsräumen liegt eine unterschiedliche Tendenz der Kernrate, also der Inflationsrate ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel, zugrunde: In den USA schwankt die Kerninflation seit 2013 um einen Wert von 1,8%. Im Euro-Raum folgte sie hingegen einem kontinuierlichen Abwärtstrend: von 1,5% im I. Quartal 2013 über 1,0% im I. Quartal 2014 auf 0,6% im I. Quartal 2015. Ein Rückgang der Kerninflation ist ein Indikator für eine Schwäche der privaten Binnennachfrage.

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in den USA und im Euro-Raum seit 2013

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Entwicklung des Rohölpreises seit 2013, Sorte Brent



Q: Bureau of Labor Statistics, Eurostat.

### 1.4 Aufschwung hält in den USA an

Die Wirtschaft der USA wuchs 2014 anhaltend kräftig (+2,4% gegenüber 2013, 2013 +2,2%, 2012 +2,3%). Die Steigerung des privaten Konsums trug rund 70% dazu bei und

blieb somit der dominante Faktor des Aufschwunges. Der dämpfende Effekt automatischer Budgetkürzungen aus 2013 fiel weg, der öffentliche Konsum militärischer Güter schrumpfte 2014 daher weniger stark. Dies begünstigte allerdings kaum die heimische Produktion, sondern die Importe. Die Arbeitslosenquote sank 2014 weiter auf 6,2% im Jahresdurchschnitt (2013: 7,4%, 2012: 8,1%). Im Laufe des Jahres 2014 nahm sie von 6,6% im Jänner auf 5,6% im Dezember ab (saisonbereinigt). Allerdings ging auch die Erwerbsquote neuerlich zurück, die Beschäftigungsquote stieg nach einer Stagnation 2013 wieder.

### 1.5 Mehrwertsteuererhöhung dämpft Konjunktur in Japan

In Japan beeinträchtigte die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 5% auf 8% im April 2014 die Konjunktur erheblich. Nach realen Zuwächsen von 1,6% und 1,8% in den Vorjahren (2011 war die Wirtschaft wegen der Tsunami-Katastrophe geschrumpft) stagnierte die Wirtschaftsleistung 2014. Dabei gewann die Exportdynamik aufgrund der Yen-Abwertungen seit Ende 2012 an Schwung, der Außenbeitrag war erstmals seit 2011 nicht negativ. Der private Konsum ging wegen der Mehrwertsteuererhöhung aber deutlich zurück, Impulse der öffentlichen Nachfrage blieben aus. Die Ausrüstungsinvestitionen zogen 2014 nach einer Flaute 2013 wieder an. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit sank auf rund 7% des BIP, die Staatsschuldenquote stieg auf etwa 245% des BIP.

In China verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum 2014 abermals, die reale Zuwachsrate sank auf 7,4% (2012 und 2013 jeweils +7,7%). Die wirtschaftspolitischen Bemühungen, die Überhitzung im Bausektor einzudämmen, zeigten offenbar Wirkung, die Expansion der Bauinvestitionen schwächte sich ab. Um das Wachstumsziel von 7,5% nicht zu weit zu verfehlen, setzte die Regierung den expansiven Pfad der Geldpolitik und der Investitionen in die Schieneninfrastruktur fort.

*Die Expansion von Chinas überhitztem Bausektor verlangsamte sich.*

### 1.6 Rezession im Euro-Raum überwunden

Nach zwei Jahren der Rezession stieg die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum 2014 um 0,9%. Einen wichtigen Beitrag leistete der Zuwachs in Deutschland (+1,6%, 2013 +0,1%). Allerdings setzte kein breit angelegter Konjunkturaufschwung ein, sondern einzelne Wachstumsschübe: Dank des milden Winters wurden zu Jahresbeginn die Bauinvestitionen gesteigert, im Sommer entwickelte sich die Konjunktur wieder schwach. Gegen Jahresende zog der private Konsum wegen der verzögerten Auszahlung neu geschaffener Pensionsleistungen an (Mütterrente, Rente mit 63). Zudem könnte sich der Ausblick auf einen Lohnanstieg aufgrund des seit Anfang 2015 geltenden Mindestlohnes positiv auf den privaten Konsum ausgewirkt haben. Neben der Binnennachfrage lieferten aber auch die Nettoexporte positive Wachstumsbeiträge, sodass Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss wieder auf über 7% des BIP stieg (nachdem er 2013 auf 6,7% zurückgegangen war). Vor allem die Exporte der Nachbarländer und somit deren Konjunktur wurden dadurch belastet.

*In Deutschland und Spanien erholte sich die Konjunktur, in Frankreich blieb sie schwach, in Italien klang die Rezession ab.*

Dies gilt vor allem für Frankreich, dessen Außenbeitrag 2014 wieder negativ war. Der private Konsum entwickelte sich verhalten, die Investitionen waren sogar rückläufig. Der Staat begegnet der anhaltenden Schwäche der privaten Nachfrage mit einer Ausweitung des öffentlichen Konsums, die aufgrund der prozyklischen EU-Fiskalregeln aber zu gering ist, um die private Nachfrage stärker zu stimulieren. Insgesamt betrug das reale Wirtschaftswachstum 2014 in Frankreich 0,4%. Einen neuerlichen BIP-Rückgang verzeichnete Italien (-0,4%). Im Jahresverlauf verbesserte sich die Situation aber: Der private Konsum, der in den Vorjahren erheblich geschrumpft war, erholte sich, und die Exporte zogen etwas an. Die Investitionen waren weiterhin rückläufig. Ein konsumbasierter Aufschwung setzte hingegen in Spanien ein. Zudem ging der Anpassungsprozess der Bauinvestitionen zu Ende, im 2. Halbjahr 2014 stiegen sie erstmals seit 2007. Das reale BIP wuchs 2014 um 1,4%.

### 1.7 Großzügige Budgetdefizite außerhalb des Euro-Raumes

In der EU 28 nahm die Wirtschaftsleistung 2014 um 1,3% zu. Das kräftige Wachstum in Großbritannien (+2,6%) wurde, wie in den USA, von der privaten Binnennachfrage getragen, der öffentliche Konsum und der Außenhandel spielten eine untergeordnete Rolle. Die Fiskalpolitik wirkt also nicht über direkte Konsum- und Investitionsaus-

Die erhöhte Abgabenbelastung im Euro-Raum hält die Budgetdefizite gering und belastet die verfügbaren Realeinkommen und die private Nachfrage.

Die Spannweite der Arbeitslosenquote ist in der EU sehr hoch.

gaben, sondern indirekt durch hohe gesamtstaatliche Budgetdefizite: Das im Vergleich mit den Staatsausgaben geringe Abgabenaufkommen begünstigt die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, sodass ihnen der Schuldenabbau bei gleichzeitigem Konsumwachstum erleichtert wird. Seit 2009 nahm die Abgabenquote im Euro-Raum kontinuierlich zu (um rund 2% des BIP), da die Budgetkonsolidierung im Vordergrund stand. In Großbritannien blieb die Abgabenquote unverändert. In den USA wurde sie als Konjunkturinstrument eingesetzt, mit einer spürbaren Senkung 2008/09 und einer Anhebung 2013; 2014 erreichte sie wieder das Vorkrisenniveau.

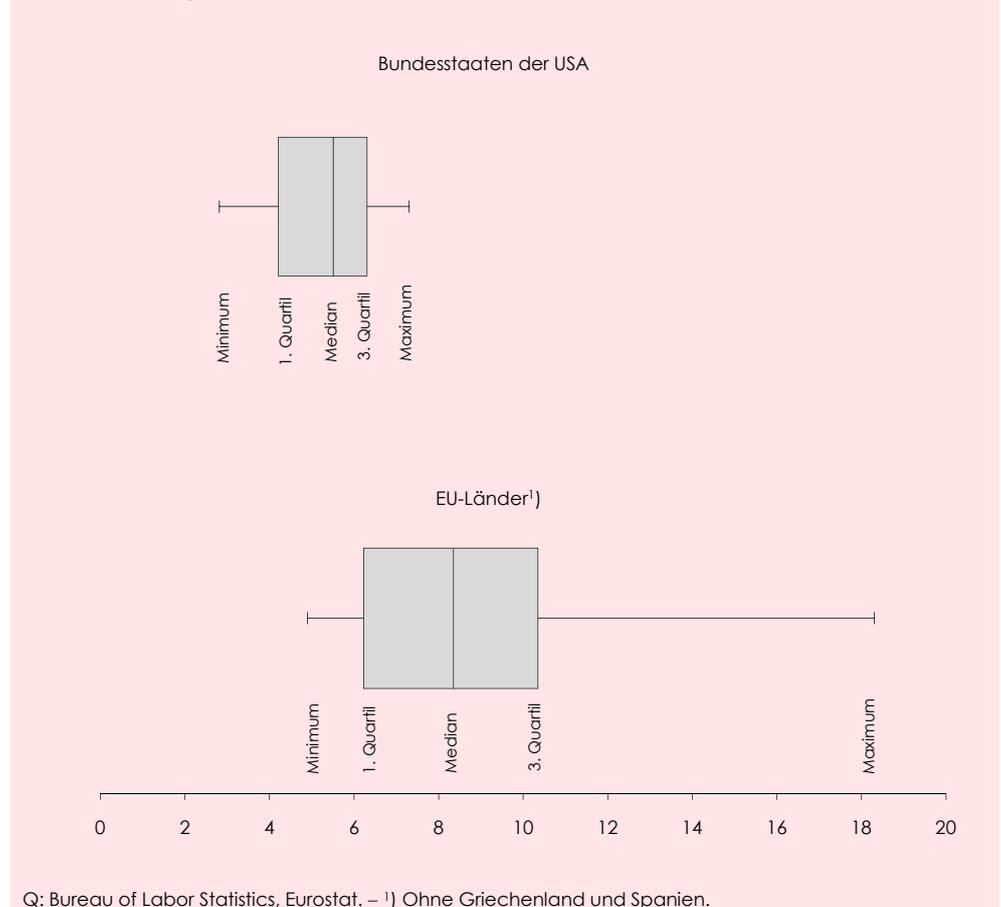
Im Durchschnitt der Jahre 2011 bis 2014 betrug das gesamtstaatliche Defizit in den USA 7,5% des BIP, in Großbritannien 6,8%, im Euro-Raum nur 3,3%. Die verfügbaren Realeinkommen wuchsen in den USA um 5,3%, in Großbritannien um 3,1%; im Euro-Raum verringerten sie sich um 1%.

### 1.8 Arbeitslosenquote in der EU leicht rückläufig

Mitte 2013 setzte in der EU ein allmählicher Rückgang der Arbeitslosenquote ein, der 2014 anhielt (April 2013: 11,0%, Jänner 2015: 9,8%). In den meisten Ländern war die Quote stabil oder rückläufig; nur in Italien und Finnland stieg sie weiter. Auffallend ist die nach wie vor hohe internationale Spreizung (Abbildung 2). Mit Abstand am höchsten war die Arbeitslosenquote in Griechenland (Dezember 2014: 26,0%) und Spanien (23,6%) vor Kroatien und Zypern (jeweils über 16%), am niedrigsten in Deutschland und Österreich (knapp unter 5%). Auch ohne Griechenland und Spanien betrug die Spannweite somit 13,4 Prozentpunkte.

Abbildung 2: Streuung der Arbeitslosenquote in der EU und den USA im Dezember 2014

In % der Erwerbspersonen



Die USA verzeichneten im Dezember 2014 eine durchschnittliche saisonbereinigte Arbeitslosenquote von 5,6%; am höchsten war die Quote in der Region um die Hauptstadt Washington D.C. (7,3%), in Mississippi (7,0%) und Kalifornien (7,0%), am

niedrigsten in North Dakota (2,8%) und Nebraska (2,9%) im Mittleren Westen der USA. Die Spannweite betrug damit lediglich 4,5 Prozentpunkte.

Stefan Schiman ([Stefan.Schiman@wifo.ac.at](mailto:Stefan.Schiman@wifo.ac.at))  
Statistik: Martha Steiner ([Martha.Steiner@wifo.ac.at](mailto:Martha.Steiner@wifo.ac.at))

## 2. Träge Konjunktur in Österreich

Die Konjunktur war 2014 in Österreich ähnlich schwach wie im Vorjahr. In der zweiten Jahreshälfte 2013 und Anfang 2014 schien sie etwas besser, im weiteren Jahresverlauf 2014 büßte die Wirtschaftsleistung aber erheblich an Schwung ein, im 2. Halbjahr 2014 stagnierte sie sogar. Für das Jahr 2014 ergab sich insgesamt ein Wirtschaftswachstum von 0,3%, das überwiegend aus einem statistischen Wachstumsüberhang aus dem Vorjahr resultierte<sup>1)</sup>. Die Konjunkturträgheit im Jahr 2014 war geprägt von einer Vielzahl an Faktoren: Die schwache Entwicklung der Realeinkommen ließ wenig Spielraum für zusätzliche Konsumausgaben der privaten Haushalte. Ebenso schränkte die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der in- und ausländischen Absatzmärkte die Investitionsbereitschaft der heimischen Unternehmen ein. Auch die Exportwirtschaft war insbesondere mit der anhaltenden Konjunkturschwäche im Euro-Raum und den damit verbundenen Vertrauensverlusten konfrontiert. Daneben trug die zunehmende Verunsicherung aufgrund von geopolitischen Spannungen (u. a. Ukraine-Russland-Krise) zur gedämpften Stimmung und Erwartungshaltung sowohl der Unternehmen als auch der Konsumenten bei. Ab Mitte 2014 und nochmals verstärkt gegen Jahresende waren zwei makroökonomische Schocks zu verzeichnen: einerseits ein Verfall der Rohölpreise aufgrund des Überangebotes und andererseits eine starke Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar. Nennenswerte Impulse erzielte die heimische Wirtschaft daraus jedoch 2014 nicht mehr, sie werden sich erst im Jahr 2015 einstellen.

Die hier präsentierte Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung basiert erstmals auf dem Konzept des ESGV 2010, welches seit September 2014 auch in der österreichischen VGR – sowohl in der Jahresrechnung von Statistik Austria als auch in der vierteljährlichen VGR des WIFO – angewendet wird (siehe dazu Kasten "ESVG 2010")<sup>2)</sup>.

### 2.1 Binnennachfrage schwach

Ein Hauptgrund für die Konjunkturträgheit war 2014 die Schwäche der Inlandsnachfrage: Die privaten Haushalte waren in ihren Konsumausgaben zurückhaltend, und auch die Unternehmen reagierten auf die weiterhin trüben Absatzperspektiven mit abwartenden Investitionsplänen. Der Konsum der privaten Haushalte stieg 2014 real um nur 0,2%, insbesondere aufgrund der geringen Steigerung der verfügbaren Einkommen (real +0,3%). Die realen Löhne und Gehälter schrumpften abermals (netto -0,5%). Zusätzlich dämpfte die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation die Ausgabenbereitschaft. Der Konsumklimaindikator der Europäischen Kommission für Österreich ging entsprechend der pessimistischen Stimmung 2014 schrittweise zurück. Um Saison- und Arbeitstageffekte sowie irreguläre Schwankungen bereinigt stagniert der private Konsum (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) seit Mitte 2012.

Der Konsum der öffentlichen Haushalte stieg 2014 mit real +0,5% etwas stärker als jener der privaten Haushalte. Er trug mit nominell 65,1 Mrd. € jedoch nur rund ein Viertel zur gesamten inländischen Konsumnachfrage bei (privater Konsum gut 177 Mrd. €). Insgesamt stieg der Konsum im Jahr 2014 nominell um 1,9% bzw. real um 0,2%.

<sup>1)</sup> Glocker, G., "Unsicherheit bremst Konjunktur. Prognose für 2015 bis 2016". WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(4), S. 231-246, <http://www.wifo.ac.at/www/pubid/57924>.

<sup>2)</sup> Die Ergebnisse für das Jahr 2014 basieren auf der Veröffentlichung der Quartals-VGR mit Stand 27. Februar 2015.

## ESVG 2010

Seit September 2014 erfolgt die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in der EU nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010. Dieses löste das ESVG-1995-Konzept ab. Für Österreich wurde das ESVG 2010 erstmals zur Berechnung der Jahresdaten bis 2013 durch Statistik Austria verwendet. Die Quartalsrechnung des WIFO (für das II. Quartal 2014) wurde Ende Oktober 2014 erstmals nach dem neuen Konzept erstellt. Der Übergang auf das ESVG-2010-Konzept machte auch eine Generalrevision der VGR-Daten erforderlich, sie stehen nun bis zum Jahr 1995 zurück in konsistenter Form zur Verfügung.

Für das Jahr 2013 ergibt sich nach dem ESVG 2010 ein um 9,5 Mrd. € bzw. um 3,0% höheres nominelles BIP (ESVG 1995: 313,1 Mrd. €, ESVG 2010: 322,6 Mrd. €).

Die wichtigsten methodischen Änderungen durch das ESVG 2010<sup>1)</sup>

- Die quantitativ bedeutendste Änderung betrifft die *Aufwendungen für Forschung und Entwicklung*. Diese wurden bisher im Wesentlichen als Vorleistungen gebucht und waren somit in der Wertschöpfung nicht enthalten. F&E-Ausgaben werden nunmehr als Investitionen angesehen. Dadurch erhöht sich das Niveau des BIP beträchtlich, vor allem weil selbsterstellte F&E der Unternehmen (Marktproduzenten) die Bruttowertschöpfung erhöht. Insgesamt wurden für 2013 durch diese Änderung 7,6 Mrd. € an F&E Leistungen BIP-erhöhend aktiviert. Dies entspricht 80% der gesamten Nettorevisionseffekte.
- Das bestehende Kriterium der Kostendeckung zu mindestens 50% zur Unterscheidung zwischen *Marktproduzenten und Nicht-Marktproduzenten* und in Folge privatem oder staatlichem Sektor wurde enger formuliert. Zusätzlich wurden mit dem ESVG 2010 strengere (qualitative) Sektorzuordnungskriterien eingeführt, um öffentliche Einheiten nur als Marktproduzenten zu klassifizieren, wenn sie tatsächlich ein Marktverhalten zeigen (etwa die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen).
- Mit der Umstellung wurden bisher ausgegliederte Unternehmen (z. B. ÖBB, Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H., KA Finanz AG, Krankenanstalten sowie zahlreiche Unternehmen in den Ländern und Gemeinden, insgesamt 1.400 Einheiten) wieder dem Sektor Staat zugewiesen. Das Niveau der Staatsschulden ist in der Folge höher als nach der alten Klassifikation.
- Bisher wurde die Anschaffung zivil nutzbarer *militärischer Anlagen* als Anlageinvestitionen gebucht; der Kauf aller anderen Militärgüter wurde als Vorleistung den staatlichen Konsumausgaben zugeordnet. Das ESVG 2010 hebt diese Zweiteilung auf und interpretiert auch diese Ausgaben als Investition. Dies wirkt sich BIP-erhöhend aus, wenn auch in Österreich mit +0,2 Mrd. € sehr schwach (1,9% der gesamten Revisionseffekte).
- *Andere Revisionen* (durch die ESVG-Umstellung und andere Ursachen) betreffen eine neue Abgrenzung geringwertiger Wirtschaftsgüter, die kostenseitige Berechnung von Lebensversicherungsdienstleistungen, die Neuberechnung der unterstellten Bankdienstleistungen (FISIM), eine veränderte Behandlung der in der Außenhandelsstatistik erfassten ausländischen Einheiten und die Revision der unterstellten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Aufgrund der Niveauveränderung des BIP durch die Umstellung auf das ESVG 2010 ändern sich alle BIP-relevanten Quoten (Staatsschuldenquote, Abgabenbelastung, Exportquote, Investitionsquote).

<sup>1)</sup> In Summe wurden bei der Umstellung auf das neue ESVG-Konzept 44 Revisionspunkte aus den Revisionen der Vereinten Nationen zum System of National Accounts (aktuelle Fassung "SNA 2008") aufgegriffen. Viele Punkte betreffen jedoch nur methodische Klarstellungen ohne große Auswirkungen auf die Ergebnisse. Detaillierte Informationen zu den Änderungen und deren Implikationen sind auf der Website von Statistik Austria im Bereich "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – ESVG 2010" zu finden.

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen litt 2014 unter der Unsicherheit über die weitere Entwicklung der in- und ausländischen Absatzmärkte und unter den geopolitischen Entwicklungen. Der mäßige Aufschwung der Bruttoanlageinvestitionen, der Ende 2013 und Anfang 2014 in Gang gekommen war, brach im Frühjahr 2014 ab, vor allem weil sich die anfangs noch sehr optimistischen Geschäftserwartungen nicht erfüllten und nach und nach zurückgenommen wurden. Da auch die Auftragseingänge stagnierten, blieb die Kapazitätsauslastung zu gering, um Erweiterungsinvestitionen auszulösen. Insgesamt stiegen die Bruttoanlageinvestitionen 2014 real um 0,5% (2013 –1,5%). Dabei zogen die Ausrüstungsinvestitionen um 1,5% an (2013 –1,5%) und die Bauinvestitionen um 0,4% (2013 –2,2%). Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen war maßgeblich bestimmt von einer kräftigen Ausweitung der Fahrzeuginvestitionen vor der Nova-Erhöhung mit 1. März 2014. Die Investitionen in Maschinen und Geräte waren dagegen im gesamten Jahresverlauf rückläufig. Die Bauinvestitionen (sowohl Wohnbau als auch Nicht-Wohnbau) stiegen zu Jahresbeginn vor allem begünstigt durch den milden Winter 2013/14, wurden im weiteren Verlauf aber stark zurückgenommen.

**Übersicht 1: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage**

Laut ESVG 2010, real

	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,2
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 0,7	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2
Staat	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5
Bruttoinvestitionen	+ 9,4	- 0,5	- 4,4	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 6,8	+ 0,5	- 1,5	+ 0,5
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 9,8	- 0,6	- 1,5	+ 1,5
Bauten	+ 2,6	+ 1,2	- 2,2	+ 0,4
Sonstige Anlagen <sup>3)</sup>	+ 12,9	+ 0,5	+ 0,3	- 1,2
Inländische Verwendung	+ 2,9	+ 0,6	- 0,7	+ 0,7
Exporte	+ 6,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5
Importe	+ 6,4	+ 0,7	- 0,3	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,3

Q: WIFO. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme. – <sup>3)</sup> Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen.

**Übersicht 2: Inländische Verwendung**

Laut ESVG 2010, zu laufenden Preisen

	2014 Mrd. €	2014 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	329,00	+ 2,0
Minus Exporte	175,83	+ 1,9
Plus Importe	164,08	+ 1,9
Inländische Verwendung	317,25	+ 2,0
Konsumausgaben insgesamt	242,32	+ 1,9
Private Haushalte <sup>1)</sup>	177,21	+ 2,0
Staat	65,10	+ 1,8
Bruttoinvestitionen	74,46	+ 1,1
Bruttoanlageinvestitionen	72,80	+ 1,7
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	23,61	+ 2,1
Bauten	34,84	+ 2,3
Sonstige Anlagen <sup>3)</sup>	14,35	- 0,2
Vorratsveränderung <sup>4)</sup>	1,66	
Statistische Differenz	0,47	

Q: WIFO. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme. – <sup>3)</sup> Geistiges Eigentum sowie Nutztiere und Nutzpflanzen. – <sup>4)</sup> Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

**Übersicht 3: Verteilung**

Laut ESVG 2010, zu laufenden Preisen

	2014 Mrd. €	2014 Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	158,69	+ 2,6
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	128,32	+ 1,2
Produktionsabgaben minus Subventionen	41,98	+ 2,2
Bruttoinlandsprodukt	329,00	+ 2,0

Q: WIFO.

**2.2 Kräftige Importsteigerung zu Jahresbeginn dämpft Außenbeitrag**

Die österreichische Exportwirtschaft entwickelte sich 2014 ähnlich träge wie in den zwei Jahren zuvor. Die gesamte Ausfuhr (Waren und Dienstleistungen) stieg nominell um 1,9% (2013 +1,5%). Am stärksten wurden wieder die Dienstleistungsexporte ausgedehnt (+3,6%), wenn auch etwas schwächer als 2013. Nach einer Abnahme im

Jahr 2013 stiegen die nominellen Warenexporte 2014 laut VGR um 1,3%. Der Rückgang der Außenhandelspreise hielt im Jahr 2014 an: Die Warenexportpreise sanken um 0,4% (2013 –1,0%), preisbereinigt ergibt sich somit ein Anstieg der Warenexporte um 1,7%. Da sich die Importe vor allem aufgrund des Energiepreisverfalls noch deutlicher verbilligten (–1,6%), verbesserten sich die Terms-of-Trade merklich (+1,2% nach +0,2% im Jahr 2013). Insgesamt wurden die Importe 2014 nominell um 1,9% gesteigert, wobei die Zunahme zu Jahresbeginn besonders kräftig war. In der ersten Jahreshälfte nahmen die Exporte schwächer zu als die Importe, in der zweiten Jahreshälfte dagegen deutlich stärker.

**Übersicht 4: Außenhandel, Zahlungsbilanz**

	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren				
Nominell	+ 11,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,7
Real	+ 7,1	+ 0,6	+ 2,8	+ 2,1
Importe, Waren				
Nominell	+ 15,3	+ 0,7	– 1,0	– 0,8
Real	+ 8,3	– 0,9	+ 0,2	+ 0,9
Terms-of-Trade	– 2,3	– 0,8	+ 0,2	+ 1,2
Handelsbilanz (laut Statistik Austria)				
Mrd. €	– 9,2	– 8,4	– 4,9	– 1,8
In % des BIP	– 3,0	– 2,7	– 1,5	– 0,6
Leistungsbilanz				
Mrd. €	+ 5,06	+ 4,73	+ 3,06	+ 2,56
In % des BIP	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,8

Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO.

Das Defizit der Warenhandelsbilanz verringerte sich 2014 gegenüber dem Vorjahr erheblich auf 1,8 Mrd. € (2013 –4,9 Mrd. €). Der Leistungsbilanzüberschuss war nach vorläufigen Berechnungen mit 2,6 Mrd. € um rund 0,5 Mrd. € geringer als 2013.

**2.3 Industrie- und Bauproduktion verlieren an Dynamik – Handel schwach, andere Dienstleistungsbereiche teils besser**

**Übersicht 5: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen**

Laut ESVG 2010, real

	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 15,8	– 7,9	– 3,5	+ 10,9
Bergbau	+ 19,0	– 2,2	– 3,7	– 4,2
Herstellung von Waren	+ 8,8	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,3
Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung	– 8,7	+ 12,0	+ 6,8	+ 1,5
Bauwesen	– 0,8	– 2,8	+ 0,4	+ 0,5
Handel	+ 3,6	– 0,1	– 1,6	– 0,8
Verkehr	+ 1,7	± 0,0	– 0,7	– 1,6
Beherbergung und Gastronomie	+ 1,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,6
Information und Kommunikation	+ 7,1	– 4,1	– 1,6	– 8,3
Kredit- und Versicherungswesen	+ 1,1	+ 1,7	– 0,4	– 1,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,0	+ 0,4
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen <sup>1)</sup>	+ 5,3	+ 2,5	+ 0,7	+ 1,6
Öffentliche Verwaltung <sup>2)</sup>	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,6
Sonstige Dienstleistungen	+ 1,3	± 0,0	– 0,2	+ 1,3
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>3)</sup>	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,1	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,3

Q: Statistik Austria, WIFO. – <sup>1)</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE M bis N). – <sup>2)</sup> Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE O bis Q). – <sup>3)</sup> Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Konjunkturschwäche zeigte sich vor allem im produzierenden Gewerbe. Die reale Wertschöpfung der Warenproduktion stieg um lediglich 0,3% und damit noch schwächer als im Jahr zuvor (+0,7%). Im gesamten Jahresverlauf 2014 entwickelten sich die Exportauftragseingänge wie auch die Auftragseingänge der Industrie insge-

samt sehr flach und zum Teil sogar rückläufig. Die Produktion wurde im I. Quartal 2014 zwar noch stark gesteigert, im weiteren Jahresverlauf aber schrittweise gedrosselt. Rückläufig war auch die Bauproduktion. Insgesamt stieg die Wertschöpfung 2014 um 0,5%, doch geht diese Ausweitung ausschließlich auf das wetterbegünstigt gute Ergebnis im I. Quartal 2014 zurück. Im 2. Halbjahr 2014 war die Bauproduktion deutlich rückläufig (sowohl saisonbereinigt als auch unbereinigt). Der Handel entwickelte sich insgesamt ähnlich schwach wie in den Jahren zuvor (real -0,8% nach -1,6% im Jahr 2013), weil einerseits die Flaute der Konsumnachfrage den Einzelhandel dämpfte, andererseits im Großhandel und Kfz-Handel Investitionsimpulse fehlten. Gedrückt wurde die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung auch durch das ungünstige Ergebnis in den Bereichen Verkehr, Information und Kommunikation sowie Kredit- und Versicherungswesen. Positive Wachstumsbeiträge lieferten im Jahr 2014 die Bereiche Beherbergung und Gastronomie, Grundstücks- und Wohnungswesen, unternehmensnahe Dienstleistungen sowie der Bereich der Nicht-Markt-Dienstleistungen.

## 2.4 Energiepreisverfall drückt Inflationsrate, Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verschlechtert

Die Inflationsrate lag 2014 gemessen am VPI mit 1,7% unter jener der Jahre 2013 (+2,0%), 2012 (+2,4%) und 2011 (+3,3%). Die Entwicklung im Jahresverlauf war geprägt von einem Anstieg bis zur Jahresmitte, der in der Folge verflachte. Zum Jahresende hin schwächte sich der Preisauftrieb aufgrund des starken Rückganges der Energiepreise (Treibstoffe, Heizöl) deutlich ab. Die kräftigsten Preissteigerungen wurden in den Bereichen Wohnen, Bewirtungsdienstleistungen und Nahrungsmittel verzeichnet. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex stieg 2014 mit +1,5% wesentlich stärker als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+0,4%) und in Deutschland (+0,8%). Die Inflationsdifferenz ging überwiegend auf die in Österreich stärkere Verteuerung von Dienstleistungen und Nahrungsmitteln zurück. Einen bedeutenden Beitrag zur Inflation leistete in Österreich 2014 auch der öffentliche Sektor (etwa +½ Prozentpunkt; administrierte Preise wie z. B. Gebühren und Anhebung von indirekten Steuern jeweils rund +¼ Prozentpunkt).

### Übersicht 6: Preise und Einkommen

	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,7
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,7
Exportpreise Waren	+ 3,9	+ 0,8	- 1,0	- 0,4
Importpreise Waren	+ 6,4	+ 1,7	- 1,2	- 1,6
Weltmarktrohstoffpreise (auf Dollarbasis)	+ 28,6	- 2,8	- 1,9	- 7,0
Terms-of-Trade				
Waren und Dienstleistungen	- 1,8	- 0,5	+ 0,3	+ 1,0
Waren	- 2,3	- 0,8	+ 0,2	+ 1,2
Lohn- und Gehaltssumme <sup>1)</sup> in der Gesamtwirtschaft	+ 3,9	+ 4,2	+ 2,7	+ 2,6
Je Beschäftigungsverhältnis laut VGR	+ 1,8	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,7

Q: Statistik Austria, WIFO. – <sup>1)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hielt in Österreich 2014 an. So wurde zwar die Beschäftigung abermals ausgeweitet (+0,7%), der Anstieg fiel aber zu gering aus (vor allem im produzierenden Bereich), um die kräftige Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes (u. a. von Personen ab 50 Jahren) auszugleichen. Das Arbeitskräfteangebot erhöhte sich 2014 insgesamt um 1,5%. Dies resultierte in einem Anstieg der Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) um 0,8 Prozentpunkte von 7,6% auf 8,4%. Im EU-Vergleich lag Österreich mit einer Arbeitslosenquote von 5,6% nach Deutschland (5,0%) an zweiter Stelle, der Durchschnitt des Euro-Raumes betrug 2014 nach vorläufigen Schätzungen 11,6%.

Übersicht 7: Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Arbeitskräfteangebot</b>				
Erwerbspersonen <sup>1)</sup>	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,5
Unselbständige <sup>2)</sup>	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,5
Arbeitslosenquote <sup>3)</sup>	in % 6,7	7,0	7,6	8,4
<b>Arbeitskräftenachfrage</b>				
Aktiv Erwerbstätige <sup>4)</sup>	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,8	+ 0,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,7
Ausländische Arbeitskräfte	+ 8,3	+ 7,8	+ 5,6	+ 5,7
Unselbständig Beschäftigte, Herstellung von Waren <sup>5)</sup>	+ 1,9	+ 1,6	- 0,1	+ 0,1
Geleistete Arbeitsstunden, Herstellung von Waren <sup>6)</sup>	+ 1,6	+ 1,2	- 0,4	- 0,6
Beschäftigungsquote <sup>7)</sup>	in % 66,6	67,2	67,5	67,6
<b>Lohnstückkosten</b>				
Gesamtwirtschaft (VGR)	+ 0,5	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,4
Herstellung von Waren	- 3,2	+ 3,7	+ 1,8	+ 1,6
<b>Produktivität</b>				
Gesamtwirtschaft				
BIP je Erwerbstätigen (laut VGR)	+ 1,3	- 0,2	- 0,5	- 0,6
BIP je geleisteter Arbeitsstunde (laut VGR)	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	- 0,6
Herstellung von Waren				
Produktion je geleisteter Arbeitsstunde (laut VGR)	+ 7,0	- 0,1	+ 1,1	+ 0,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO. – <sup>1)</sup> Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienster) + Selbständige + Arbeitslose. – <sup>2)</sup> Unselbständig aktiv Beschäftigte + Arbeitslose. – <sup>3)</sup> In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. – <sup>4)</sup> Arbeitskräfteangebot ohne Arbeitslose. – <sup>5)</sup> Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>6)</sup> Laut VGR. – <sup>7)</sup> Anteil der aktiv Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre).

**2.5 Bankenhilfe für Hypo Alpe Adria AG belastet Maastricht-Defizit**

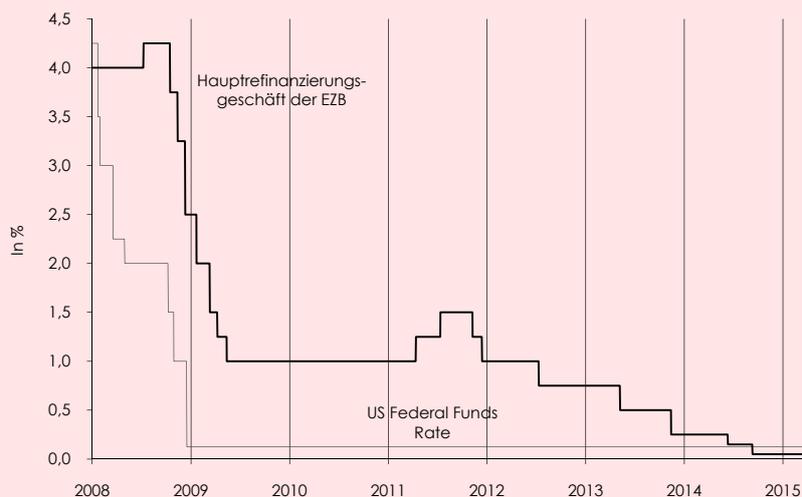
2014 nahm das Maastricht-Defizit deutlich von 4,1 Mrd. € (1,3% des BIP 2013) auf 7,9 Mrd. € (2,4% des BIP) zu. Der Anstieg war wesentlich auf den Sondereffekt der Abwicklung der Heta (Abbaubank der Hypo Alpe Adria AG) zurückzuführen, für die der Bundeshaushalt 2014 einen Vermögenstransfer von 4,5 Mrd. € vorsah. Ohne diesen Sondereffekt hätte das Defizit 2014 nur 1,0% des BIP betragen. Die Staatsausgaben nahmen 2014 um 4,8% gegenüber dem Vorjahr zu, die Einnahmen stiegen um 2,6%. Der Schuldenstand war zum Jahresende 2014 mit 278,1 Mrd. € (84,5% des BIP) um 17,1 Mrd. € höher als 2013.

Jürgen Bierbaumer-Polly ([Juergen.Bierbaumer-Polly@wifo.ac.at](mailto:Juergen.Bierbaumer-Polly@wifo.ac.at))  
 Statistik: Christine Kaufmann ([Christine.Kaufmann@wifo.ac.at](mailto:Christine.Kaufmann@wifo.ac.at))

**3. EZB lockert Geldpolitik angesichts unbewältigter Krisenfolgen und anhaltender Wachstumsschwäche**

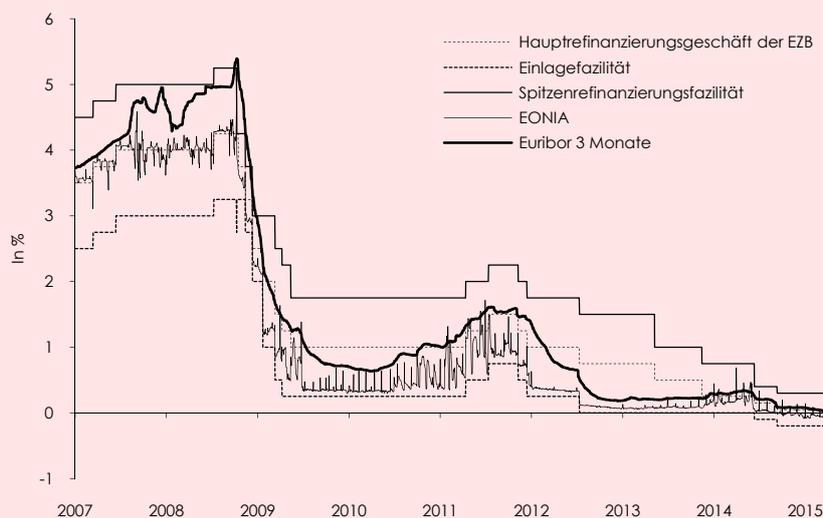
Die EZB ergriff 2014 eine Reihe von geldpolitischen Sondermaßnahmen, um das schwache Wirtschaftswachstum im Euro-Raum anzukurbeln und den vorherrschenden Attentismus auf den europäischen Kreditmärkten zu überwinden. Der ohnehin sehr niedrige Hauptrefinanzierungssatz der EZB wurde Mitte 2014 in zwei Schritten auf das bisher niedrigste Niveau (auf 0,05%) gesenkt. Ergänzend dazu wurden nahezu zeitgleich Fazilitäten zur Durchführung von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (TLTRO) eingerichtet, um in einem Zeitfenster von zwei Jahren den geldpolitischen Übertragungsmechanismus zu verbessern. Die TLTRO sollen vor allem die (noch) zögerliche Kreditvergabe der Banken an den nichtfinanziellen privaten Sektor, insbesondere an den Unternehmenssektor im Euro-Raum beleben. Ihre Laufzeit erstreckt sich bis September 2018. Der Zinssatz für diese Mittel bleibt über die gesamte Laufzeit unverändert und bestimmt sich aus dem zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme geltenden Hauptrefinanzierungssatz mit einem Aufschlag von 10 Basispunkten.

Abbildung 3: Leitzinssätze im Euro-Raum und in den USA



Q: EZB, Federal Reserve Board.

Abbildung 4: Referenzzinssätze im Euro-System



Q: EZB, OeNB.

### 3.1 Referenzzinssätze nähern sich im Euro-Raum der Nullmarke

In einem Umfeld, in dem die Leitzinssätze ihre Untergrenze nahe der Nullmarke erreicht haben, ermöglichen nur mehr Ankäufe von Vermögenswerten durch die Notenbanken zusätzliche expansive Impulse. Sie erweisen sich in dieser Situation einer weitreichenden Lockerung der monetären und finanziellen Bedingungen oft als einzig verbleibende wirksame geldpolitische Maßnahme gegen deflationäre Entwicklungen. Unternehmen und privaten Haushalten machen sie außerordentlich günstige Finanzmittel zugänglich, um durch die Ausweitung von Investitionen und Konsum den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation entgegenzuwirken.

Die Gefahr einer drohenden Deflation im Euro-Raum veranlasste die EZB gegen Ende 2014, zusätzliche Ankaufprogramme für Asset-Backed Securities (Asset-Backed Securities Purchase Programme – ABSPP) und für gedeckte Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme – CBPP3) aufzulegen. Beide Programme wurden im Jänner 2015 um – durch das EZB-Statut nicht eindeutig gedeckte – (vorangekündigte) Käufe von Anleihen von Euro-Staaten, Emittenten mit Förderauftrag und EU-Institutionen ergänzt. Im Rahmen dieses erweiterten Programms sind insgesamt monatliche Ankäufe von bis zu 60 Mrd. € vorgesehen. Sie werden durch die EZB

ausnahmslos auf dem Sekundärmarkt vorgenommen. Die Ankäufe sollen mindestens bis September 2016, in jedem Fall aber so lange erfolgen, bis eine nachhaltige Korrektur der Preisentwicklung eintritt, die mit dem Ziel einer Inflationsrate von nahe 2% im Einklang steht (insgesamt ist damit dieses Kaufprogramm auf ein Volumen von über 1 Bio. € angelegt). Die EZB verbindet damit u. a. die Erwartung, dass die Verkäufer der Wertpapiere (z. B. Banken) die Verkaufserlöse zum Erwerb anderer Vermögenswerte bzw. zur Kreditvergabe an die Realwirtschaft verwenden. In beiden Fällen würden expansive monetäre Stimuli wirksam.

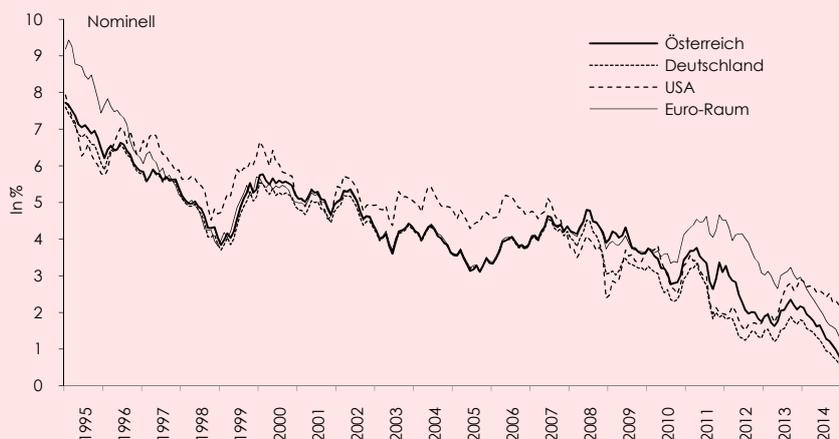
### 3.2 EZB begegnet Deflationsgefahr mit umstrittenem "Quantitative Easing"

Mögliche Verluste aus den jüngsten Ankaufprogrammen werden innerhalb des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) je nach Nationalität der Emittenten von den jeweiligen Zentralbanken getragen. Lediglich die Verlustabdeckung aus Ankäufen der Wertpapiere von EU-Institutionen fällt nach dem bestehenden Prinzip der Risikoteilung dem ESZB zu (rund 20% des angestrebten Ankaufprogrammes).

Die mit "Quantitative Easing" umschriebenen unorthodoxen Maßnahmen der EZB zu einer weitreichenden Lockerung der Geldpolitik treffen weder in der Öffentlichkeit auf ungeteilte Zustimmung, noch finden sie vorbehaltlose Unterstützung im EZB-Rat. Vor allem das im Jänner 2015 beschlossene erweiterte Ankaufprogramm steht u. a. wegen der möglichen Verletzung des statutarischen Verbotes der direkten Staatsfinanzierung durch die EZB unter Kritik. Innerhalb des EZB-Rates wurden Bedenken gegenüber diesem erweiterten Ankaufprogramm auch damit begründet, dass es zu einem Zeitpunkt aufgelegt wird, wenn die Wirksamkeit der bereits laufenden Sondermaßnahmen noch nicht zuverlässig bewertet werden kann. Auf die Gefahr von unerwünschten Verstärkereffekten durch eine Folge von zeitlich schlecht abgestimmten Sondermaßnahmen im Kampf gegen eine drohende Deflation wurde vor allem von der Deutschen Bundesbank hingewiesen (die Deutsche Bundesbank äußerte grundsätzliche Bedenken gegenüber nahezu allen Sondermaßnahmen der EZB seit Ausbruch der Finanzmarktkrise).

Erste Anzeichen einer Trendumkehr von Preisentwicklung und Arbeitslosigkeit im Euro-Raum gegen Ende des I. Quartals 2015 bewerten daher einige Marktteilnehmer als Hinweise auf "unangemessenes Timing" bzw. auf die überzogene Reaktion der EZB auf eine vielfach als unbegründet empfundene Deflationsgefahr. Sie sehen die Ursache der jüngsten Inflationsverflachung im Euro-Raum vor allem im Verfall der Rohölpreise, deren Stabilisierung letztlich die nunmehr beobachtete Verlangsamung des Inflationsrückganges einleitete.

Abbildung 5: Renditen für 10-jährige Staatsanleihen



Q: EZB, OeNB.

### 3.3 Flache Zinsstrukturkurve im Euro-Raum schwächt Kreditvergabe

Die Wirksamkeit des jüngsten EZB-Anleihekaufprogramms wird jedoch auch wegen des anfangs ungünstigen Zinsumfeldes in Frage gestellt. Die langfristigen Renditen hatten auf den Anleihemärkten, insbesondere auf jenen für Staatsanleihen im Euro-Raum (ausgenommen die Euro-Krisenländer) schon vor dem Programmstart einen Tiefstwert erreicht. Wie die Erfahrungen in den USA und in Großbritannien jedoch zeigen, wirken Käufe von Staatsanleihen durch die Zentralbank umso stärker auf die Konjunktur, je höher die betreffenden Renditen zu Beginn des Quantitative Easing sind. Darüber hinaus steht in beiden Referenzländern ein breiteres Spektrum von Übertragungskanälen für expansive geldpolitische Maßnahmen für die Unternehmensfinanzierung zur Verfügung als im Euro-Raum (z. B. Anleihen, Beteiligungskapital). Der geldpolitische Übertragungsmechanismus im Euro-Raum erfolgt hingegen nahezu ausschließlich über Banken bzw. deren Kreditangebot im Wege der Giralgeldschöpfung. Bei sehr niedrigem Zinsniveau neigen jedoch die Banken wegen der ungünstigen Ertragsmöglichkeiten bei der Fristentransformation zu einer sehr restriktiven Kreditvergabe.

Die Veranlagung von kurzfristigen Einlagen in langfristige Kredite ist bei normal steiler Zinsstrukturkurve die wichtigste Ertragsquelle für die Mehrzahl der europäischen Banken. Die geringen Kreditmargen aufgrund des gegenwärtig sehr flachen Verlaufes der Zinsstrukturkurve schmälern nicht nur die Ertragskraft der Banken, sondern wirken sich auch hemmend auf die durch Basel III vorgeschriebene Stärkung der Kapitalbasis aus. Eine Einschränkung der Möglichkeiten zur Gewinnthesaurierung bedeutet auch für die kapitalmarktfähigen europäischen Banken eine erhebliche Belastung hinsichtlich des dringend notwendigen Kapitalaufbaus.

Im November 2014 übernahm die EZB die Aufsicht über die bedeutendsten grenzüberschreitenden Kreditinstitutgruppen im Euro-Raum. Zur Vorbereitung darauf wurden 130 Banken (darunter 6 österreichische) einem verschärften Stresstest unterzogen (Comprehensive Assessment). Demnach weisen die meisten europäischen Banken eine ausreichende Kapitalstärke auch unter der Annahme einer sehr negativen Wirtschaftsentwicklung auf ("adverses Szenario"; für 25 Banken, darunter eine österreichische, wurde allerdings in diesem Szenario eine Kapitallücke von insgesamt 25 Mrd. € festgestellt). Der Test unterstreicht aber auch die noch bestehende Kapitallücke der Banken in der EU gegenüber den USA.

### 3.4 Lockere Geldpolitik begünstigt bestimmte Vermögenskategorien

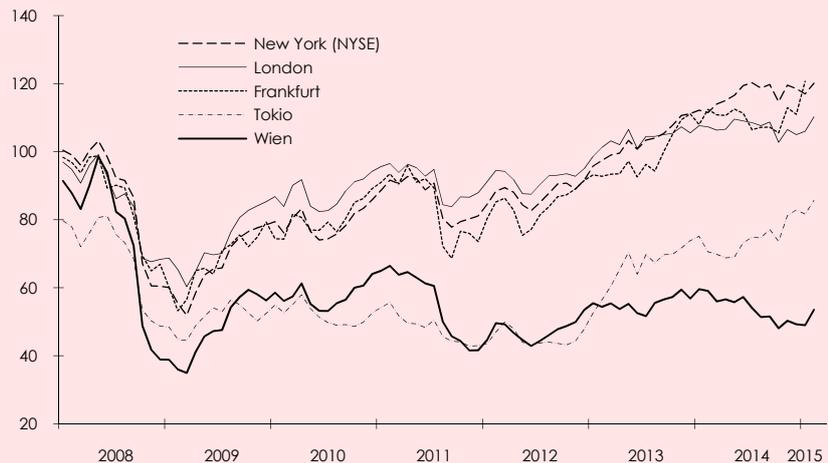
Eine flache Zinsstrukturkurve, wie sie gegenwärtig vorherrscht, verleitet Banken auf der Suche nach Renditen oft zu riskanten Wertpapierveranlagungen (search for yields) bzw. zu aggressivem Wettbewerbsverhalten im Provisions- und Handelsgeschäft. Damit steigt die Gefahr von Überhitzung und Preisblasen in bestimmten Vermögenskategorien wie z. B. sehr liquiden Rentenwerten. Die lockere Geldpolitik und der Bedarf an Sicherheit (flight into the safe haven) ermöglichten zuletzt Wertzuwächse auf liquiden Rentenmärkten von mehr als 10% (z. B. deutsche Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren); 2014 wurden damit die höchsten Renditen seit über 10 Jahren erzielt. Die internationalen Leitindizes für Aktien spiegeln hingegen ein mäßiges Jahresergebnis für 2014 wider. In Asien boomte der Aktienmarkt (deutliche Überhitzungsmerkmale in Shanghai mit über +50%), in den USA erzielten die meisten Aktienbörsen niedrige zweistellige Wachstumsraten, in Europa überwiegend nur einstellige Raten. Der deutsche Leitindex DAX stieg 2014 um nur 2,5%, der ATX sank hingegen u. a. aufgrund des hohen Gewichtes von österreichischen Bankwerten und der Russland-Ukraine-Krise um knapp 20% (seit Anfang 2015 steigt er jedoch wieder deutlich).

Die Ankündigung der EZB im Herbst 2014, ihre expansive Geldpolitik bei Bedarf weiter zu steigern, zog beträchtliche Wertverluste des Euro gegenüber den Währungen der meisten Handelspartner des Euro-Raumes nach sich. Allein im IV. Quartal 2014 verlor der Euro gegenüber den Währungen von 20 wichtigen Handelspartnern nominell effektiv 2,5% an Wert (-3,2% im Vorjahresvergleich). Dahinter stehen allerdings sehr uneinheitliche bilaterale Entwicklungen: Merkliche Kursverluste gegenüber dem Dollar und geringere gegenüber dem Pfund Sterling (Jahresdurchschnitt) standen Kurs-

gewinne gegenüber dem Yen und den Währungen einer Reihe von asiatischen Schwellenländern und der meisten rohstoffexportierenden Länder gegenüber. Der Wert des Euro gegenüber den Währungen der anderen, nicht am Wechselkursmechanismus WKM II teilnehmenden EU-Ländern entwickelte sich ebenfalls uneinheitlich (Aufwertungen gegenüber der schwedischen Krone, kroatischen Kuna und dem rumänischen Leu; Abwertungen gegenüber dem polnischen Zloty). Seit Ende 2014 überwiegen aber durchwegs Abwertungstendenzen des Euro gegenüber den meisten Währungen.

Abbildung 6: Internationale Börsenindizes

Jänner 2007 = 100

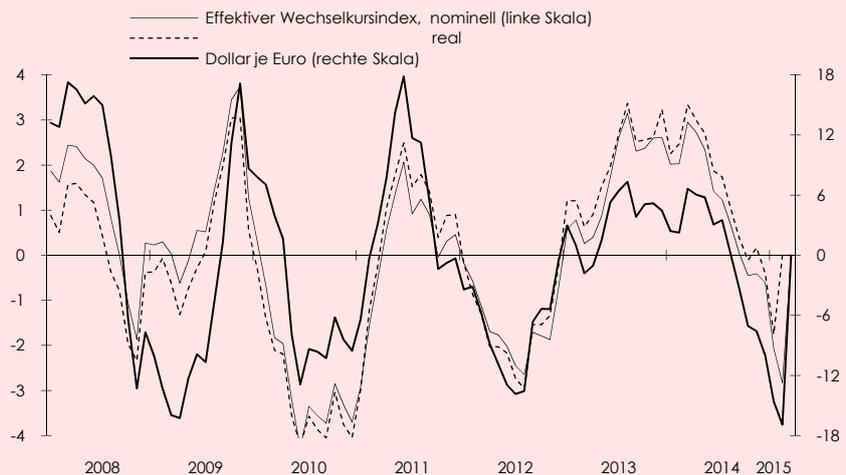


Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse.

### 3.5 Internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Euro-Raumes Ende 2014 kräftig verbessert

Abbildung 7: Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs

Veränderung gegen das Vorjahr in %



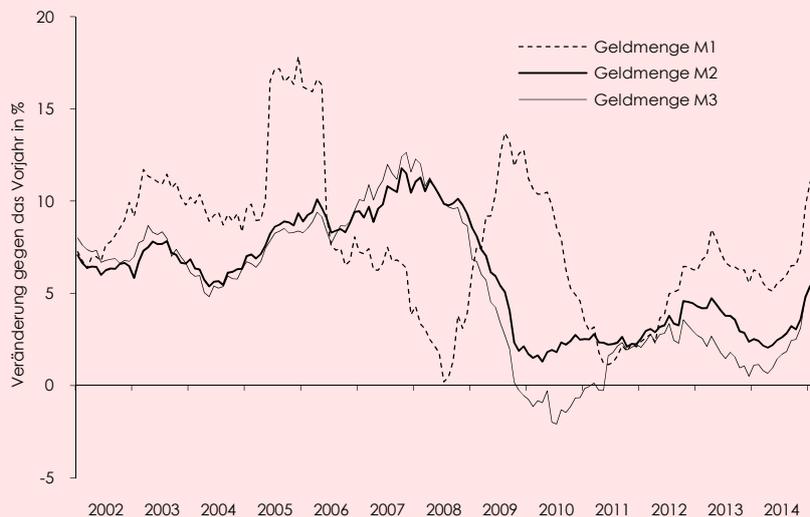
Q: OeNB, WIFO.

Die nominell-effektive Abwertung des Euro und der im Vergleich mit den wichtigsten Handelspartnern geringere Preisauftrieb hatten Ende 2014 und Anfang 2015 eine deutliche Verbesserung der internationalen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im Euro-Raum zur Folge: der effektive Wechselkurs des Euro lag im Februar

2015 um rund 2% unter dem Vorjahresniveau bei nahezu stagnierenden Verbraucherpreisen im Euro-Raum.

Die für 2015 erhoffte Belebung der Konjunktur in Europa durch die extreme Lockerung der Geldpolitik wird daher von Marktbeobachtern vor allem von der günstigen Wirkung auf den Wechselkurs (Wechselkurskanal) und auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und (entgegen den Verlautbarungen der EZB) weniger von den Wirkungen auf die Kreditnachfrage (Kreditkanal) erwartet.

Abbildung 8: Geldmengenwachstum im Euro-System



Q: EZB.

Übersicht 8: Ausgewählte Aktiva und Passiva des österreichischen Bankensystems

Jahresendstände

	2000	2005	2010	2014	2000	2005	2010	2014	2005	2010	2014
	Mrd. €				Anteile an der Bilanzsumme in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<b>Aktiva</b>											
Inländische Zwischenbankforderungen	88,7	105,6	170,6	126,6	15,8	14,6	17,4	14,1	+ 2,3	- 13,8	- 14,9
Inländische Wertpapiere	53,0	60,1	85,2	73,4	9,4	8,3	8,7	8,2	+ 12,6	- 1,7	- 2,9
Direktkredite	224,9	263,3	311,1	316,5	40,0	36,3	31,8	35,3	+ 4,7	+ 2,9	+ 0,3
An den öffentlichen Sektor	28,7	29,4	27,2	28,5	5,1	4,1	2,8	3,2	- 1,6	+ 4,0	+ 6,5
An Unternehmen	128,1	109,3	133,3	132,6	22,8	15,1	13,6	14,8	+ 6,5	+ 2,4	- 3,5
An private Haushalte	59,2	104,9	128,4	135,7	10,5	14,5	13,1	15,1	+ 3,7	+ 5,9	+ 2,1
Euro-Kredite	185,4	210,1	253,8	281,1	33,0	29,0	25,9	31,4	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,6
Fremdwährungskredite	39,5	53,2	57,3	35,4	7,0	7,3	5,9	3,9	+ 11,2	+ 9,6	- 9,3
Auslandsaktiva	157,8	245,9	319,0	284,9	28,0	33,9	32,6	31,8	+ 22,7	- 5,5	+ 1,1
<b>Passiva</b>											
Inländische Zwischenbankverpflichtungen	101,0	120,1	178,3	136,8	18,0	16,6	18,2	15,3	+ 5,0	- 16,1	- 10,4
Sichteinlagen	34,5	58,1	87,0	122,8	6,1	8,0	8,9	13,7	+ 12,2	+ 2,9	+ 5,1
Termineinlagen	18,3	22,1	34,2	35,4	3,3	3,0	3,5	3,9	+ 9,1	+ 5,6	+ 17,4
Spareinlagen	119,7	136,9	156,2	149,0	21,3	18,9	16,0	16,6	+ 0,7	- 1,7	- 1,8
Fremdwährungseinlagen	3,3	3,7	4,2	5,8	0,6	0,5	0,4	0,7	+ 34,2	+ 24,7	+ 30,8
Eigene Inlandsemissionen	64,7	84,1	158,3	118,3	11,5	11,6	16,2	13,2	+ 17,6	- 2,1	- 13,9
Auslandspassiva	174,7	234,8	238,4	202,8	31,1	32,4	24,4	22,6	+ 20,3	- 4,4	- 2,7
Bilanzsumme	562,7	725,7	978,6	896,4	100,0	100,0	100,0	100,0	+ 11,2	- 4,9	- 3,3

Q: OeNB.

Die EZB sieht sich jedoch durch die jüngste Entwicklung einiger monetärer Indikatoren bzw. von ersten Anzeichen einer nachhaltigen Konsolidierung im europäischen Bankensektor in ihren Auffassungen bestätigt. Sie verweist u. a. auf die Belebung des Wachstums der Geldmenge M3 seit Anfang 2015 (IV. Quartal +4,8%, Februar 2015 +5,4%). Der jährliche Zuwachs von M3 wird vor allem durch das kräftige Wachstum

des liquidesten Geldmengenaggregats M1 gestützt. Auch die Umfrage zum Kreditgeschäft vom Oktober 2014 liefert Hinweise auf eine Wende der Kreditdynamik. Die Banken berichteten von allmählichen Verbesserungen der Kreditvergabebedingungen für Unternehmen und private Haushalte im Euro-Raum sowie von einer Erholung der Kreditnachfrage. Angesichts des Abflauens der Unsicherheit nach Abschluss der umfassenden Bewertung der Bankbilanzen im Euro-Raum und der jüngsten geldpolitischen Maßnahmen erwartet die EZB, dass die Banken die Kreditvergabe weiter lockern und die derzeit sehr günstigen Bankrefinanzierungskosten an die Kreditkunden weitergeben; die Banken im Euro-Raum weiteten ihre Bilanzen im IV. Quartal 2014 erstmals seit Ende 2012 wieder aus.

### 3.6 Österreichische Banken in Stagnationsphase

Die Bilanzsumme des österreichischen Bankensektors verharrte hingegen im gesamten Jahresverlauf 2014 nahezu auf dem Niveau des Vorjahres. Die Stagnation erstreckte sich auf viele Bilanzpositionen. Vor allem der Kredit- und der Einlagenbestand veränderten sich im Vorjahresvergleich nur unmerklich. Dieser Stillstand verschärfte zusätzlich die seit Ausbruch der Finanzmarktkrise besonders prekäre Ertragslage des österreichischen Bankensektors. Verluste der verstaatlichten Krisenbanken, Firmenwertabschreibungen und die traditionell unergiebigsten Ertragsmöglichkeiten im Inlandsgeschäft resultierten gemessen an der Eigenkapitalrentabilität im schlechtesten Jahresergebnis seit den 1990er-Jahren. Deutliche Gewinneinbußen aufgrund des außerordentlich hohen Kreditrisikovorsorgebedarfs (Russland-Ukraine-Krise) verzeichneten selbst jene österreichischen Banken, die in Ostmittel- und Südosteuropa über hohe Marktpräsenz mit bislang zuverlässigen Ertragsmöglichkeiten verfügen.

Abbildung 9: Ertrags- und Kostenentwicklung der österreichischen Banken



Die Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken wurde durch den Bankenstresstest der EZB (Comprehensive Assessment) im Herbst 2014 überprüft. Von den sechs geprüften österreichischen Instituten bestanden fünf den Test und weisen selbst im verschärften Stressszenario hinreichende Eigenkapitalpuffer auf. Dies sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die österreichischen Banken insgesamt, gemessen an der aggregierten Kernkapitalquote, im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich kapitalisiert sind.

Franz R. Hahn ([Franz.Hahn@wifo.ac.at](mailto:Franz.Hahn@wifo.ac.at))

Statistik: Ursula Glauningner ([Ursula.Glauningner@wifo.ac.at](mailto:Ursula.Glauningner@wifo.ac.at))

#### 4. Verhaltene Dynamik im österreichischen Außenhandel

Die internationalen Rahmenbedingungen für den österreichischen Außenhandel verbesserten sich im Jahresverlauf 2014 nur zögerlich. Die kräftigsten Impulse für die Weltwirtschaft kamen aus den USA und Großbritannien, aber auch die Konjunkturerholung im Euro-Raum verstärkte sich zuletzt, wenngleich noch wenig dynamisch. Damit gewann der Welthandel 2014 leicht an Schwung und expandierte im Vorjahresvergleich um 3,3%. Von diesem leicht verbesserten außenwirtschaftlichen Umfeld gingen 2014 auch verhaltene positive Impulse für die österreichische Exportkonjunktur aus, die nach einem guten Ergebnis im I. Quartal (+3,0%), im II. Quartal (+0,4%) und im 2. Halbjahr 2014 (+1,6%) nur mäßig auflebte. Die gedämpfte Entwicklung im 2. Halbjahr 2014 war überwiegend vom Rückgang der Exporte nach Deutschland geprägt (nominell 1. Halbjahr +1,4%, 2. Halbjahr –0,5%). Gemäß den vorläufigen Werten von Statistik Austria lag der nominelle Wert der österreichischen Ausfuhr 2014 mit 127,9 Mrd. € um 1,7% über dem Vorjahresergebnis (Übersicht 9). Real erhöhten sich die Warenexporte um 2,1%. Die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage belastete den österreichischen Import (2014 real nur +0,9%). Der überdurchschnittliche Rückgang der Energie- und Erdölpreise schlug verstärkt auch auf den österreichischen Importpreis durch, sodass die österreichische Wareneinfuhr 2014 nominell um 0,8% abnahm. Aufgrund der gegenläufigen Entwicklung von Importen und Exporten verbesserte sich die Handelsbilanz 2014 erheblich um 3,1 Mrd. € auf ein Defizit von 1,8 Mrd. €. Die Importquote sank um 1,1 Prozentpunkte auf 39,4%, die Warenexportquote blieb mit 38,9% gegenüber dem Vorjahr annähernd unverändert.

Übersicht 9: Österreichs Außenhandel im Überblick

	Export				Import				Saldo		Terms-of-Trade <sup>1)</sup>
	Werte		Real	Preise <sup>1)</sup>	Werte		Real	Preise <sup>1)</sup>	Werte	Veränderung gegen das Vorjahr	
	Mrd. €	Veränderung	gegen das Vorjahr		Mrd. €	Veränderung	gegen das Vorjahr		Mrd. €	Mrd. €	In %
2013	125,8	+ 1,8	+ 2,9	– 1,0	130,7	– 1,0	+ 0,2	– 1,2	– 4,9	+ 3,5	+ 0,2
2014	127,9	+ 1,7	+ 2,1	– 0,4	129,7	– 0,8	+ 0,9	– 1,6	– 1,8	+ 3,1	+ 1,2
2013, I. Quartal	30,6	– 0,5	+ 0,1	– 0,5	31,7	– 4,6	– 4,1	– 0,6	– 1,1	+ 1,4	+ 0,1
II. Quartal	31,9	+ 3,1	+ 4,3	– 1,1	32,3	– 1,5	– 0,2	– 1,3	– 0,4	+ 1,5	+ 0,2
III. Quartal	31,1	+ 0,6	+ 1,9	– 1,3	33,2	+ 1,1	+ 2,4	– 1,3	– 2,1	– 0,2	+ 0,0
IV. Quartal	32,3	+ 4,1	+ 5,1	– 1,0	33,5	+ 1,2	+ 2,7	– 1,5	– 1,3	+ 0,9	+ 0,5
2014, I. Quartal	31,5	+ 3,0	+ 3,9	– 0,9	32,8	+ 3,3	+ 5,2	– 1,8	– 1,3	– 0,2	+ 0,8
II. Quartal	32,0	+ 0,4	+ 1,0	– 0,6	32,3	+ 0,2	+ 1,7	– 1,5	– 0,3	+ 0,1	+ 0,9
III. Quartal	31,5	+ 1,3	+ 1,5	– 0,2	32,1	– 3,4	– 1,9	– 1,5	– 0,6	+ 1,5	+ 1,3
IV. Quartal	32,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 0,0	32,5	– 2,9	– 1,1	– 1,8	0,4	+ 1,6	+ 1,9

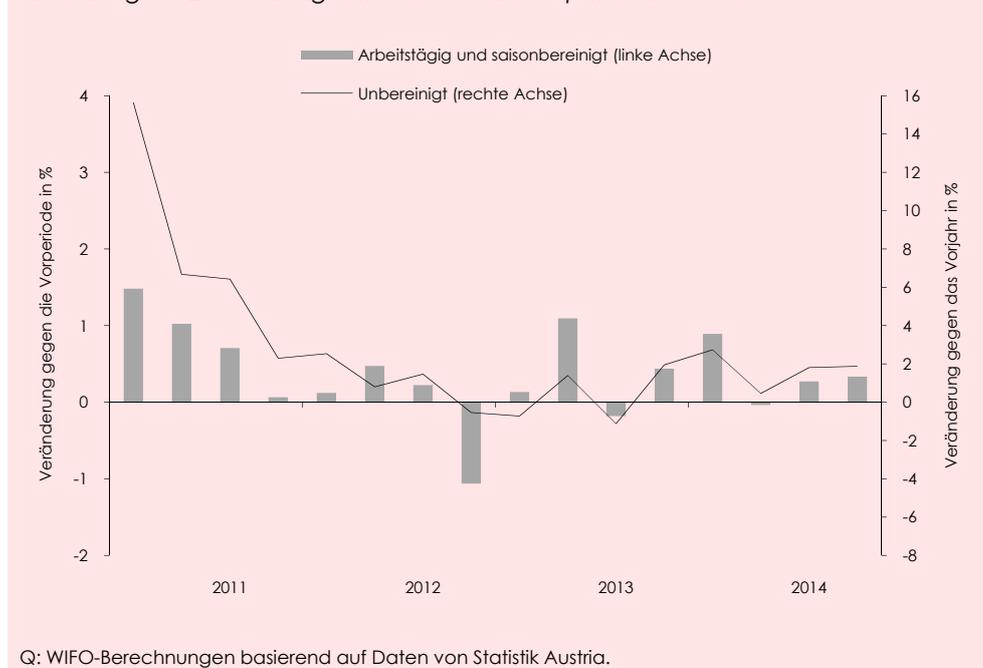
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Preise laut VGR.

Der seit Ende 2013 beobachtete leichte Aufschwung der Exporte setzte sich Anfang 2014 fort, verlor aber rasch an Schwung. Nach der kräftigen Steigerung im I. Quartal 2014 (+3,0% gegenüber dem Vorjahr), entwickelte sich die nominelle Warenausfuhr im 1. Halbjahr 2014 mäßig (+1,7%). Parallel zur Konjunkturerholung in Europa in der zweiten Jahreshälfte gewann der österreichische Warenexport im Laufe des Jahres 2014 etwas an Kraft (III. Quartal 2014 +1,3%, IV. Quartal +2,0%). Maßgebend waren

dafür insbesondere die starken Nachfrageimpulse aus den USA, der Schweiz sowie Großbritannien, Frankreich und Ungarn. Die Exporte nach Deutschland, Österreichs wichtigstem Handelspartner, sanken dagegen im 2. Halbjahr 2014 (-0,5%).

Die Auswirkungen der zögerlichen internationalen Konjunkturerholung zeigen sich auch in den realen arbeitstägig und saisonbereinigten Exportwerten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (Abbildung 10): Nach der noch kräftigen Zunahme im I. Quartal (+0,9% gegenüber der Vorperiode) brach die Dynamik im II. Quartal 2014 ein (-0,0%) und blieb im 2. Halbjahr gedämpft (III. und IV. Quartal jeweils +0,3%).

Abbildung 10: Entwicklung der realen Warenexporte laut VGR



Q: WIFO-Berechnungen basierend auf Daten von Statistik Austria.

#### 4.1 Exporte in die neuen EU-Länder gesteigert, Nachfrage aus den USA wichtigste Stütze

Die positiven Impulse für den österreichischen Export kamen 2014 vor allem aus den neuen EU-Ländern, insbesondere den MOEL 5, und dem Extra-EU-Raum. Insgesamt wies die Ausfuhr in den Extra-EU-Raum (+2,1%) eine größere Dynamik auf als der Intra-EU-Handel (+1,4%). Während die Ausfuhr in den Euro-Raum nur verhalten wuchs (+0,3%), konnten besonders die Exporte in die neuen EU-Länder deutlich gesteigert werden (+3,4%). Kräftig stiegen 2014 die Exporte in die MOEL 5 (+4,4%), vor allem nach Ungarn (+10,9%) und Polen (+6,3%), während die Ausfuhr nach Tschechien aufgrund des Einbruchs im IV. Quartal (-7,8%) 2014 insgesamt rückläufig war (-0,5%). Auch die Lieferungen in die Slowakei (+3,5%) sowie nach Bulgarien (+2,1%), Rumänien (+4,1%) und Kroatien (+4,9%) wurden 2014 merklich ausgeweitet. Positive Impulse erhielt die heimische Exportwirtschaft 2014 auch aus Frankreich (+5,6%) und Großbritannien (+8,4%) sowie Griechenland (+6,6%), Spanien (+9,5%) und Portugal (+9,3%). Hingegen blieb die Dynamik der Exporte nach Deutschland auch gegen Jahresende sehr verhalten (IV. Quartal +0,2%) und wuchs 2014 insgesamt um lediglich +0,5%. Auch die Lieferungen nach Italien, Österreichs zweitwichtigstem Exportmarkt, erhöhten sich 2014 nicht (-0,0%).

Die österreichische Ausfuhr in den Extra-EU-Raum stieg 2014 insgesamt um 2,1%, die Expansion beschleunigte sich im 2. Halbjahr deutlich. Kräftig wuchs in dieser Ländergruppe in der zweiten Jahreshälfte vor allem die Ausfuhr in die USA (III. Quartal +12,8%, IV. Quartal +15,8%) und die Schweiz (III. Quartal +14,0%, IV. Quartal +5,5%). Bedingt durch die Russland-Ukraine-Krise und die damit verbundenen Sanktionen verzeichneten die österreichischen Exporteure 2014 einen deutlichen Rückgang der Warenausfuhr nach Russland (-8,0%) und in die Ukraine (-24,9%; Anteil von 2,5% bzw. 0,4% an den gesamten Warenexporten). Uneinheitliche Impulse gingen 2014 von den Schwellenländern aus: Österreichische Exporteure profitierten von der Zunahme

der Nachfrage aus China (+7,8%), die im Jahresverlauf allerdings deutlich an Schwung verlor (1. Halbjahr +12,2%, 2. Halbjahr +3,9%). Hingegen entwickelte sich die Ausfuhr nach Brasilien (-17,3%) und nach Indien (-8,3%) anhaltend ungünstig. In die sechs dynamischen Länder Asiens wurde 2014 mehr exportiert als im Vorjahr (+2,1%), in die westlichen Balkanländer (-1,6%) und in den Schwarzmeerraum weniger (-10,9%). Die stärksten positiven Wachstumsbeiträge für die heimische Exportwirtschaft kamen somit aus dem Extra-EU-Raum (USA, Schweiz und China). China zählte 2014 wieder zu den zehn wichtigsten Märkten für österreichische Lieferungen (2013: 11. Rang, 2014: 10. Rang), Russland fiel auf Rang 11 zurück.

Übersicht 10: Entwicklung des Außenhandels nach Ländern und Regionen 2014

	Export		Import		Saldo	
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung in Mrd. €
Intra-EU 28	68,8	+ 1,4	71,3	- 0,7	- 4,5	+ 2,0
Intra-EU 15	51,7	+ 0,8	56,9	- 1,0	- 7,7	+ 1,3
Deutschland	29,8	+ 0,5	37,4	- 1,0	- 10,5	+ 0,6
Italien	6,4	- 0,0	6,2	- 0,3	0,2	+ 0,0
Frankreich	4,9	+ 5,6	2,8	- 2,3	2,6	+ 0,4
13 neue EU-Länder	17,1	+ 3,4	14,4	+ 0,1	3,2	+ 0,7
5 neue EU-Länder <sup>1)</sup>	13,8	+ 4,4	12,6	+ 0,9	1,2	+ 0,6
Tschechien	3,4	- 0,5	4,2	+ 3,2	- 1,1	- 0,2
Ungarn	3,3	+ 10,9	3,0	+ 2,7	0,4	+ 0,3
Polen	3,0	+ 6,3	2,0	- 0,4	1,3	+ 0,2
Baltikum	0,3	- 4,7	0,1	+ 1,2	0,3	- 0,0
Bulgarien, Rumänien	2,0	+ 3,6	1,2	+ 5,8	0,9	± 0,0
Extra-EU 28	31,2	+ 2,1	28,7	- 0,8	2,6	+ 1,1
Extra-EU 15	48,3	+ 2,6	43,1	- 0,5	5,8	+ 1,8
EFTA	6,0	+ 4,1	5,5	- 3,4	0,6	+ 0,6
Schweiz	5,2	+ 5,5	5,1	- 2,8	0,1	+ 0,5
MOEL <sup>2)</sup> , Türkei	5,5	- 6,5	5,5	- 7,7	- 0,1	+ 0,1
Westbalkanländer <sup>3)</sup>	0,8	- 1,6	0,7	+ 8,0	0,2	- 0,1
GUS	3,7	- 8,5	3,8	- 12,8	- 0,3	+ 0,3
Russland	2,5	- 8,0	1,8	- 28,0	0,9	+ 0,6
Nordafrika <sup>4)</sup>	0,5	- 6,9	1,0	+ 29,3	- 0,5	- 0,3
NAFTA	7,3	+ 10,0	3,9	+ 1,9	4,3	+ 0,8
USA	6,1	+ 10,1	3,4	+ 3,3	3,3	+ 0,6
Südamerika	1,3	- 7,4	0,7	+ 3,8	0,8	- 0,2
Brasilien	0,6	- 17,3	0,2	- 9,6	0,4	- 0,1
Asien	9,0	+ 2,0	11,4	+ 5,9	- 3,3	- 0,6
Japan	1,0	- 1,1	1,3	+ 3,6	- 0,4	- 0,1
China	2,6	+ 7,8	5,6	+ 6,6	- 3,9	- 0,2
Indien	0,5	- 8,3	0,5	+ 9,0	0,0	- 0,1
6 dynamische Volkswirtschaften in Asien <sup>5)</sup>	2,3	+ 2,1	1,8	- 0,8	0,6	+ 0,1
Euro-Raum (18 Länder)	51,3	+ 0,3	57,4	- 1,5	- 8,7	+ 1,3
OPEC	2,1	- 0,6	1,8	- 14,7	0,4	+ 0,4
BRIC <sup>6)</sup>	6,2	- 2,9	8,1	- 3,9	- 2,6	+ 0,2
Schwarzmeerregion <sup>7)</sup>	1,6	- 10,9	1,8	- 3,4	- 0,2	- 0,2
Insgesamt	100,0	+ 1,7	100,0	- 0,8	- 1,8	+ 3,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – <sup>2)</sup> Westbalkan, GUS. – <sup>3)</sup> Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien. – <sup>4)</sup> Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien. – <sup>5)</sup> Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia. – <sup>6)</sup> Brasilien, Russland, Indien, China. – <sup>7)</sup> Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Türkei, Ukraine.

## 4.2 Lebhaftige Entwicklung der Exporte von chemischen Erzeugnissen

Die im österreichischen Export mit Abstand wichtigste Warengruppe waren auch 2014 Maschinen und Fahrzeuge mit einem Anteil von 39,1% der gesamten Warexporte. Der Anteil der Untergruppe der Pkw-Exporte und der Ausfuhr der Autozulieferindustrie spiegelt mit 10% aller Warenlieferungen die große Bedeutung der Autoindustrie im österreichischen Außenhandel wider. Infolge der anhaltenden Schwäche der Nachfrage aus den Schwellenländern und der gedämpften Investitionskonjunktur in Europa entwickelte sich die Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen 2014 nur mäßig (+1,5%). Maßgebend war dafür der deutliche Rückgang der Lieferungen

von Transportmitteln (-4,3%), der hauptsächlich Flugzeuglieferungen betraf (-33,0%). Aufgrund der lebhaften Entwicklung der Exporte von Büromaschinen und Nachrichtengeräten (+15,0%), besonders in die USA, wuchs die Ausfuhr von Maschinen (+2,5%) kräftiger. Die Konjunkturerholung in Europa belebte zuletzt auch die Ausfuhr der Autozulieferindustrie (IV. Quartal +6,2%), insbesondere in die USA, während die Pkw-Exporte kumuliert über den Jahresverlauf um 1,9% zurückgingen und sich auch zuletzt nicht erholten (IV. Quartal -5,7%). Besonders lebhaft wuchsen 2014 die österreichischen Lieferungen von chemischen Erzeugnissen (+7,0%), die durch eine kräftige Ausweitung der Exporte von Polypeptidhormonen nach Frankreich gekennzeichnet sind<sup>3)</sup>. Positiv entwickelten sich 2014 auch die Exporte von Nahrungsmitteln sowie bearbeiteten Waren, insbesondere die Lieferungen von Eisen und Stahl lebten im 2. Halbjahr 2014 wieder auf. Der empfindliche Rückgang der Exporte und Importe von Brennstoffen war in nomineller Rechnung auch ein Ergebnis des Verfalls der Erdöl- und Energiepreise.

Die Entlastung der Energierechnung durch eine Verbesserung des Saldos im Außenhandel mit Brennstoffen und Energie um 1,4 Mrd. € bewirkte 2014 eine deutliche Verbesserung der Warenhandelsbilanz im Gesamthandel um 3,1 Mrd. €. Aufgrund des starken Preisrückganges nahm Österreichs Wareneinfuhr 2014 insgesamt nominell um 0,8% ab, real ergab sich ein mäßiger Zuwachs um 0,9%. Besonders lebhaft entwickelten sich 2014 die Lieferungen von chemischen Erzeugnissen, konsumnahen Fertigwaren sowie Textilien, die verstärkt aus China und der Türkei importiert wurden. Die weiterhin zurückhaltende Binnennachfrage spiegelt sich vor allem im schwachen Zuwachs der Pkw-Importe 2014 (+0,6%; 1. Halbjahr +5,0%, 2. Halbjahr -4,0%). Die kräftigsten Wachstumsbeiträge lieferten die Importe von Maschinen, chemischen Erzeugnissen und konsumnahen Fertigwaren.

Übersicht 11: Entwicklung des Außenhandels nach Warengruppen 2014

	Export		Import		Saldo	
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. €	Veränderung in Mrd. €
Nahrungsmittel	7,3	+ 2,7	7,6	+ 3,0	- 0,6	- 0,0
Rohstoffe	3,0	- 1,1	4,4	- 3,0	- 1,9	+ 0,1
Holz	1,1	- 2,1	1,0	- 6,1	0,1	+ 0,1
Brennstoffe	2,4	- 9,2	10,1	- 11,7	- 10,0	+ 1,4
Chemische Erzeugnisse	13,9	+ 7,0	13,6	+ 3,9	0,2	+ 0,5
Bearbeitete Waren	22,0	+ 2,0	15,5	+ 1,3	8,0	+ 0,3
Papier	3,2	- 0,1	1,5	- 0,8	2,1	+ 0,0
Textilien	1,3	+ 3,6	1,3	+ 4,2	- 0,1	- 0,0
Eisen, Stahl	5,4	+ 2,1	2,7	+ 2,1	3,4	+ 0,1
Maschinen, Fahrzeuge	39,1	+ 1,5	33,0	- 0,9	7,1	+ 1,1
Maschinen	24,9	+ 2,5	17,7	+ 2,7	8,9	+ 0,2
Autozulieferindustrie	6,6	+ 2,9	4,4	- 1,5	2,8	+ 0,3
Pkw	3,3	- 1,9	5,1	+ 0,6	- 2,4	- 0,1
Konsumnahe Fertigwaren	11,5	+ 0,5	14,6	+ 3,7	- 4,3	- 0,6
Insgesamt	100,0	+ 1,7	100,0	- 0,8	- 1,8	+ 3,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

### 4.3 Zugewinne im Extra-EU-Raum gleichen Marktanteilsverluste auf wichtigen europäischen Märkten aus

Gedämpft wurde die Entwicklung der österreichischen Exportwirtschaft auch durch die anhaltende real-effektive Aufwertung seit 2013: Der real-effektive Wechselkurs für Industriewaren stieg 2014 um 1,5% und drückte somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Exportwaren. Nach den deutlichen Zugewinnen des Vorjahres (+2,7%) erhöhte sich der Weltmarktanteil am Export nominell gemäß den vor-

<sup>3)</sup> Bereits seit 2012 sind in einzelnen Monaten bzw. Quartalen außerordentlich hohe Exporte in dieser Warengruppe nach Frankreich zu beobachten. Ohne Hinzurechnung der Ausfuhr von Polypeptidhormonen stiegen die Exporte von chemischen Erzeugnissen 2014 kumuliert um 3,3% gegenüber dem Vorjahr.

liegenden Daten bis November 2014 lediglich um 0,5%. Ein Vergleich zwischen realer Exportveränderung (+2,1% gegenüber dem Vorjahr) und der Entwicklung der österreichischen Exportmärkte (+3,0%) weist auf reale Marktanteilsverluste hin. Der Marktanteil am Export des Euro-Raumes (Übersicht 12), ein Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Handelspartnern im selben Währungsraum, sank bis November 2014 um 0,5%.

Übersicht 12: Österreichs Marktanteile im Außenhandel

	Anteile am Export der Welt			Anteile am Export des Euro-Raumes (18 Länder)		
	2013	2013	2014	2013	2013	2014
	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Jänner bis November	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Jänner bis November
Intra-EU 28	2,08	+ 4,0	- 0,9	4,23	+ 1,7	- 1,6
Intra-EU 15	1,76	+ 3,6	- 1,3	3,62	+ 1,2	- 1,8
Deutschland	4,52	+ 1,3	- 3,2	9,47	+ 1,2	- 0,9
Italien	2,33	+ 1,4	+ 2,1	5,21	- 0,5	- 1,0
Frankreich	1,18	+ 6,2	+ 2,8	2,00	+ 5,1	+ 1,3
13 neue EU-Länder	4,10	+ 3,4	- 1,1	7,83	+ 1,4	- 3,2
5 neue EU-Länder <sup>1)</sup>	4,78	+ 3,4	- 1,4	8,54	+ 2,7	- 3,0
Tschechien	4,22	- 3,4	- 5,0	6,80	- 1,7	- 5,6
Ungarn	5,57	- 1,0	+ 4,4	10,07	- 1,2	+ 1,2
Polen	2,38	+ 2,6	- 0,4	4,16	+ 0,5	- 2,2
Baltikum	0,75	+ 7,2	- 3,5	2,15	- 0,3	- 5,9
Bulgarien, Rumänien	3,40	- 3,4	- 2,8	6,57	- 8,9	- 2,9
Extra-EU 28	0,37	+ 1,1	+ 1,3	2,93	- 0,3	+ 1,7
Extra-EU 15	0,60	+ 2,7	+ 1,9	3,95	+ 0,9	+ 1,0
EFTA	2,04	- 10,9	+ 21,9	4,57	+ 1,6	+ 6,5
Schweiz	2,41	- 13,7	+ 28,0	5,07	+ 2,2	+ 7,5
MOEL <sup>2)</sup> , Türkei	1,36	+ 2,5	- 0,1	4,46	+ 3,0	+ 3,8
Westbalkanländer <sup>3)</sup>	3,87	- 6,9	- 6,0	7,91	- 5,4	- 5,6
GUS	1,43	+ 4,6	+ 0,2	5,27	+ 6,4	+ 7,2
Russland	1,74	+ 2,5	- 1,9	4,95	+ 7,3	+ 5,8
Nordafrika <sup>4)</sup>	0,45	+ 14,3	- 5,9	1,11	+ 9,6	- 2,0
NAFTA	0,31	+ 4,6	+ 4,5	2,96	+ 2,1	+ 2,6
USA	0,35	+ 5,0	+ 4,3	3,01	+ 2,7	+ 1,4
Südamerika	0,27	- 14,4	+ 1,3	2,20	- 19,0	+ 5,9
Brasilien	0,43	- 21,3	- 13,6	2,50	- 21,5	- 11,1
Asien	0,21	+ 2,2	+ 0,2	2,60	+ 1,2	- 3,1
Japan	0,19	+ 10,7	+ 0,7	2,94	+ 5,9	- 2,9
China	0,22	- 2,3	+ 2,1	2,52	- 3,7	- 4,0
Indien	0,21	+ 11,2	- 3,7	2,39	+ 13,2	- 6,3
5 dynamische Volkswirtschaften in Asien <sup>5)</sup>	0,16	- 4,4	+ 4,6	2,66	- 2,0	+ 0,7
Euro-Raum (18 Länder)	2,13	+ 4,6	- 1,4	4,40	+ 2,9	- 1,5
OPEC	0,41	+ 8,5	- 0,9	2,14	+ 2,8	+ 1,6
BRIC <sup>6)</sup>	0,42	- 1,1	- 5,0	3,32	- 0,1	- 3,5
Schwarzmeerregion <sup>7)</sup>	0,92	+ 4,7	- 1,7	3,02	+ 1,6	- 1,2
Insgesamt	0,93	+ 2,7	+ 0,5	3,77	+ 1,1	- 0,5

Q: IWF, DOT (Daten für EU-Länder am Eurostat-Konzept angelehnt); WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – <sup>2)</sup> Westbalkan, GUS. – <sup>3)</sup> Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Serbien. – <sup>4)</sup> Ägypten, Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien. – <sup>5)</sup> Hongkong, Singapur, Südkorea, Thailand, Malaysia. – <sup>6)</sup> Brasilien, Russland, Indien, China. – <sup>7)</sup> Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Türkei, Ukraine.

Die regionale Entwicklung der Marktanteile verlief bis November 2014 sehr heterogen: Positionsverlusten im Intra-EU-Handel (-1,6%) standen Zugewinne im Extra-EU-Raum (+1,7%) gegenüber. Besonders auf Österreichs wichtigsten Exportabsatzmärkten Deutschland und Italien gingen gemessen am Exportmarktanteil des Euro-Raumes Marktanteile verloren. Auch in Tschechien sowie in Bulgarien und Rumänien büßten die österreichischen Exporteure Marktanteile ein, während sie ihre Position in Ungarn und Frankreich verbesserten. Die Positionsgewinne im Extra-EU-Raum beschränken sich auf einzelne Länder und die wichtigsten Märkte (USA, Schweiz, Russland); in China, Brasilien und den Westbalkanländern ergaben sich deutliche Marktanteilsverluste. Zugewinne waren auch in den fünf dynamischen Volkswirtschaften in Asien zu verzeichnen. Der wichtige Ausbau der Marktanteile auf wachsenden Märkten

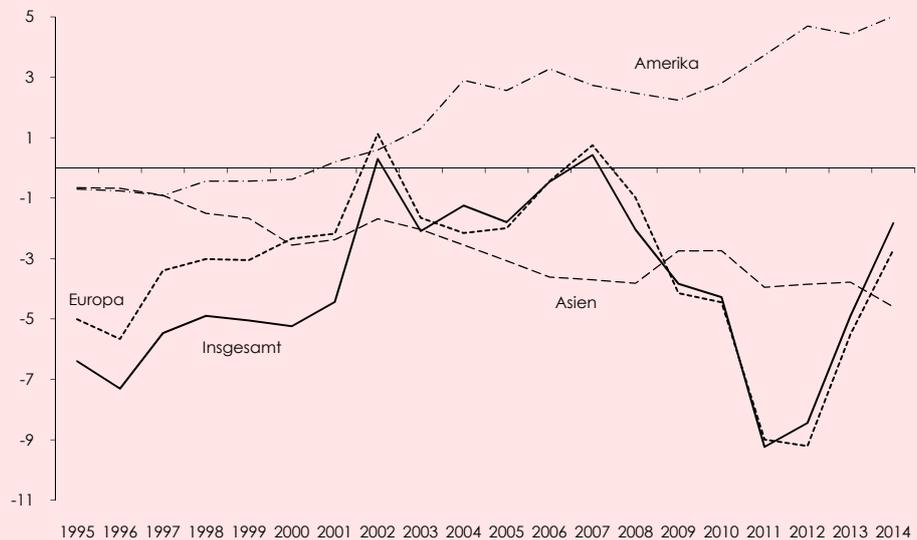
ten gelang 2014 in Südamerika und in Teilen Asiens besser als in den 13 neuen EU-Ländern, in Nordafrika und der Schwarzmeerregion.

#### 4.4 Außenhandelsaldo mit Europa verbessert, Energieverbilligung entlastet Handelsbilanz

Die deutliche Verbesserung des Handelsbilanzsaldos um 3,1 Mrd. € geht auf die günstige Entwicklung des Außenhandels mit Europa und Amerika zurück (Abbildung 11). Während das Passivum gegenüber Asien um 0,8 Mrd. € auf 4,6 Mrd. € stieg, verbesserte sich der Handelsbilanzsaldo mit Europa um 2,8 Mrd. € auf ein Defizit von 2,7 Mrd. €. Die merkliche Verbesserung der Außenhandelsbilanz gegenüber der EU 15 um 1,3 Mrd. € lässt sich zu einem großen Teil auf die positive Entwicklung des Saldos gegenüber Deutschland und Frankreich zurückführen. Der Saldo im Handel mit Drittländern verbesserte sich um insgesamt 1,1 Mrd. €, dies betraf besonders die USA, die Schweiz sowie Russland, einen wichtigen Lieferanten von Brennstoffen und Energie.

Abbildung 11: Österreichs Handelsbilanz

Mrd. €



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Der starke Preisrückgang auf den internationalen Rohstoff- und Energiemärkten entlastete 2014 die Energierechnung deutlich. Wie die Aufteilung der Handelsbilanzveränderung in eine Preis- und Mengenkomponeute zeigt, trugen 2014 positive Mengen- und Preiseffekte zur Verbesserung der Warenverkehrsbilanz bei (Übersicht 13). Die erhebliche Verbesserung des Saldos wurde zu etwa gleichen Teilen vom Preiseffekt (+1,60 Mrd. €) und vom Mengeneffekt (+1,46 Mrd. €) getragen. Die positiven Preiseffekte ergaben sich 2014 durch den überdurchschnittlichen Rückgang der Energie- und Erdölpreise, der auf den Importpreis durchschlug.

Der österreichische Importpreis von Erdöl, der wichtigsten Komponente im Energieimport, sank 2014 auf Dollarbasis auf 105,0 \$ je Barrel (-6,5% gegenüber dem Vorjahr). Aufgrund des stabilen Euro-Dollar-Wechselkurses verbilligte sich der Import auf Euro-Basis um 6,7%. Insgesamt nahm der Wert der österreichischen Erdölimporte um 8,7% ab. Ein Großteil dieses Rückganges ist auf den Verfall der Rohölpreise (-6,7%) zurückzuführen, doch auch die Importmenge verringerte sich um 2,1%. Aufgrund der geringen Vorkommen an Erdöl und Erdgas ist Österreich auf Energieimporte angewiesen. Rund 15% der gesamten Energieimporte bezieht Österreich aus Russland, sodass mehr als 80% der österreichischen Warenbezüge aus Russland Energieimporte sind (vorwiegend Erdgas und Erdöl). Der Importwert von Erdöl und Erdölprodukte sank im Vorjahresvergleich um 9,2%. Die Verbesserung des Handelsbilanzsaldos um

0,7 Mrd. € auf –7,0 Mrd. € ist überwiegend Preiseffekten zuzurechnen. Der massive Rückgang des Importwertes von Erdgas um 18,2% ist fast ausschließlich auf den massiven Rückgang des Importpreises (–16,6%) zurückzuführen, die Importmenge wurde um 2,0% eingeschränkt. Insgesamt wurde 2014 um 11,7% weniger an Brennstoffen und Energie importiert. Daraus ergab sich eine Verbesserung des Handelsbilanzsaldo um 1,4 Mrd. € auf –10,0 Mrd. €. Auch im Handel mit Industriewaren verbesserte sich der Saldo (um 1,6 Mrd. €), in erster Linie in den Bereichen Maschinen und Fahrzeuge sowie chemische Erzeugnisse.

Übersicht 13: Beitrag der Mengen- und Preiskomponente von Export und Import zur Veränderung der Handelsbilanz 2014

	Export	Import	Handelsbilanz
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. €		
Preiseffekt	– 0,5	– 2,1	+ 1,60
Mengeneffekt	+ 2,6	+ 1,2	+ 1,46
Mischeffekt	– 0,0	– 0,0	+ 0,01
Insgesamt	+ 2,1	– 1,0	+ 3,07

Q: WIFO-Berechnungen.

Übersicht 14: Österreichs Energieimporte

		2011	2012	2013	2014	2014
		Absolut				Veränderung
						gegen das
						Vorjahr in %
Erdöl						
Menge	1.000 t	7.358,6	7.463,5	7.831,5	7.663,1	– 2,1
Wert	Mrd. €	4,4	4,9	4,9	4,5	– 8,7
Preis	€ je t	603,0	662,6	628,3	586,3	– 6,7
Erdöl und -produkte						
Menge	1.000 t	14.556,1	14.832,2	14.232,5	13.963,5	– 1,9
Wert	Mrd. €	9,7	10,9	9,7	8,8	– 9,2
Preis	€ je t	668,1	736,2	682,1	631,1	– 7,5
Erdgas						
Menge	1.000 TJ	511,0	541,1	396,7	388,7	– 2,0
Wert	Mrd. €	3,7	4,3	3,2	2,6	– 18,2
Preis	1.000 € je TJ	7,3	8,0	8,0	6,7	– 16,6
Brennstoffe, Energie						
Wert	Mrd. €	15,7	17,3	14,8	13,0	– 11,7
	in % des BIP	5,1	5,5	4,6	4,0	.
	Anteile am Gesamtimport in %	12,0	13,1	11,3	10,1	.
Importpreis Erdöl						
\$ je Barrel		112,5	114,7	112,4	105,0	– 6,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Elisabeth Christen ([Elisabeth.Christen@wifo.ac.at](mailto:Elisabeth.Christen@wifo.ac.at))  
 Statistik: Gabriele Wellan ([Gabriele.Wellan@wifo.ac.at](mailto:Gabriele.Wellan@wifo.ac.at))

## 5. Anhaltende Stagnation im Tourismus

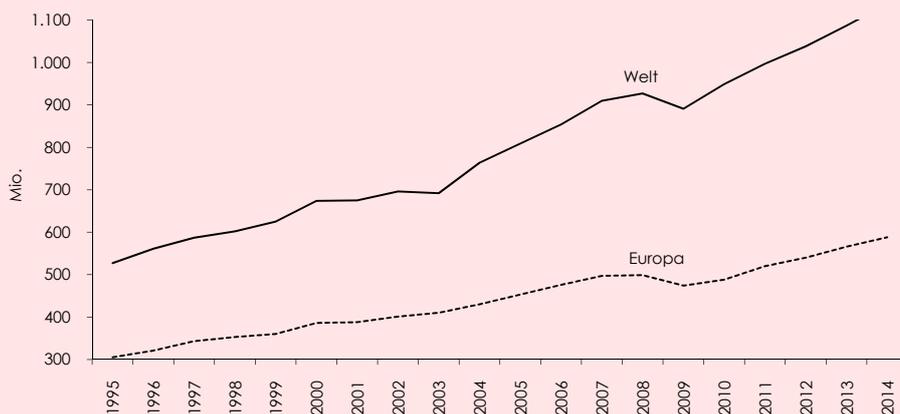
Der Tourismus gehört nach wie vor zu den dynamischsten Bereichen der Weltwirtschaft: Im Jahr 2014 stiegen die internationalen Touristenankünfte trotz des mäßigen Weltwirtschaftswachstums mit +4,7% genauso stark wie im Jahr davor<sup>4)</sup>.

<sup>4)</sup> UNWTO (World Tourism Organization), World Tourism Barometer, Jänner 2015.

Von den im Welttourismus wichtigen Länderblöcken expandierten die internationalen Touristenankünfte am stärksten in Amerika (+7,4%; einschließlich Karibik) und Asien (+5,4%; einschließlich des pazifischen Raumes). In den anderen Weltregionen lagen die Raten unter dem Durchschnitt (Nahe Osten +4,4%, Europa +3,9%, Afrika +2,3%).

Nach 1.087 Mio. im Jahr 2013 erreichten die internationalen Touristenankünfte 2014 weltweit 1.138 Mio.; davon entfielen 588 Mio. auf Europa (2013: 566 Mio., laut UNWTO; Abbildung 12).

Abbildung 12: Entwicklung der internationalen Touristenankünfte weltweit und in Europa



Q: World Tourism Organization (UNWTO).

### 5.1 Realer Aufwand je Nächtigung rückläufig

Österreichs reale Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr (Tourismusexporte) waren 2014 rückläufig (-1,9%), nachdem sie 2013 stagniert hatten (+0,5%). Die preisbereinigten Einnahmen im Binnenreiseverkehr sanken mit -3,0% ähnlich kräftig wie 2013 (-2,8%; Übersicht 15). Insgesamt blieben die realen Tourismusumsätze nach einer Stagnation 2013 (-0,3%) 2014 um 2,1% unter dem Vorjahresniveau.

Seit dem Jahr 2000 nahmen die realen Einnahmen aus dem internationalen und dem Binnenreiseverkehr kaum zu, seit dem Rezessionsjahr 2009 sanken sie um insgesamt 3,4%. Der reale Aufwand je Übernachtung verringerte sich im Zeitraum 2000/2008 nur leicht, seither ist aber ein massiver Rückgang zu verzeichnen (2008/2014 -13,0%). Diese Tendenz ist teilweise auf eine generelle Veränderung der Tourismusnachfrage in Richtung geringerer Qualität zurückzuführen: Die Gäste wählen einfacher ausgestattete Unterkünfte, schränken Restaurantbesuche ein oder bevorzugen weniger exklusive Geschäfte. Wie die Verkürzung der Aufenthaltsdauer ist dies ein Ausdruck wirtschaftlicher Unsicherheit.

Das Jahr 2014 brachte einen weiteren und verstärkten Rückgang der Aufenthaltsdauer von in- und ausländischen Gästen um insgesamt 2,4% (2013 -0,6%, 2012 -0,4%), der über dem langfristigen Trend seit 2000 lag (-1,5% pro Jahr). Während die Aufenthaltsdauer in Kärnten, im Burgenland, in Tirol und Oberösterreich etwas überdurchschnittlich sank, verringerte sie sich in den anderen Bundesländern weniger deutlich oder stagnierte.

Die Übernachtungen inländischer Gäste entsprachen 2014 mit -0,2% annähernd dem Vorjahresergebnis, während die internationale Nachfrage etwas deutlicher zurückging (-0,7%). Von den für Österreich wichtigen Herkunftsmärkten nahmen die Übernachtungszahlen aus China (+17,9%), den USA (+9,0%), Polen (+7,0%), der Slowakei (+6,2%), Kroatien (+6,1%), Spanien (+6,0%) und Tschechien (+3,2%) relativ stark zu. Weniger expansiv war die Nachfrage aus Slowenien, Ungarn (jeweils +1,8%), Belgien und Luxemburg (+1,6%), der Schweiz (+1,4%) und Rumänien (+1,1%). Die Nächtigungen von Gästen aus Großbritannien, Italien, Schweden sowie Dänemark stagnierten 2014. Auf dem niederländischen und dem französischen Markt war mit -1,4%

bzw. –1,8% eine leicht rückläufige Tendenz zu verzeichnen; kräftiger fielen die Einbußen im Tourismus aus Deutschland (–2,6%) – dem bedeutendsten Herkunftsland –, Japan (–3,5%) und vor allem Russland (–7,9%) aus. Die Nachfrage aus Russland wurde dabei durch die Wirtschaftssanktionen der EU, den Verfall des russischen Rubels und die Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung in der Russischen Föderation stark beeinträchtigt.

Übersicht 15: Übernachtungen und Umsätze im österreichischen Tourismus

	Übernachtungen			Binnenreiseverkehr		Umsätze		Gesamtreiseverkehr	
	Inländer	Ausländer In 1.000	Insgesamt			Mio. €			
				Nominell	Real <sup>1)</sup>	Nominell	Real <sup>2)</sup>	Nominell	Real <sup>2)</sup>
2000	31.153	82.534	113.686	4.060	5.227	12.201	15.386	16.261	20.613
2001	31.442	83.669	115.111	4.233	5.310	12.791	15.756	17.024	21.066
2002	31.013	85.792	116.804	4.207	5.141	13.198	15.868	17.405	21.009
2003	31.619	86.348	117.967	4.355	5.196	13.528	15.902	17.883	21.097
2004	31.329	85.922	117.251	4.483	5.196	13.897	15.878	18.380	21.073
2005	31.501	87.741	119.242	4.742	5.360	14.700	16.359	19.442	21.719
2006	32.130	87.274	119.403	4.971	5.475	15.144	16.534	20.115	22.009
2007	33.008	88.443	121.451	5.134	5.463	15.485	16.464	20.619	21.927
2008	33.879	92.840	126.719	5.382	5.561	16.513	17.005	21.895	22.566
2009	34.443	89.864	124.307	5.374	5.511	15.375	15.647	20.749	21.158
2010	35.024	89.857	124.881	5.442	5.442	15.704	15.704	21.146	21.146
2011	35.297	90.706	126.003	5.621	5.412	16.186	15.499	21.807	20.912
2012	35.964	95.052	131.016	5.680	5.335	16.662	15.628	22.342	20.963
2013	35.755	96.874	132.629	5.681	5.187	17.145	15.705	22.826	20.892
2014	35.668	96.233	131.901	5.668	5.033	17.239	15.412	22.907	20.445
Veränderung gegen das Vorjahr in %									
2000	.	.	.	.	.	.	.	.	.
2001	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 4,3	+ 1,6	+ 4,8	+ 2,4	+ 4,7	+ 2,2
2002	– 1,4	+ 2,5	+ 1,5	– 0,6	– 3,2	+ 3,2	+ 0,7	+ 2,2	– 0,3
2003	+ 2,0	+ 0,6	+ 1,0	+ 3,5	+ 1,1	+ 2,5	+ 0,2	+ 2,8	+ 0,4
2004	– 0,9	– 0,5	– 0,6	+ 2,9	– 0,0	+ 2,7	– 0,2	+ 2,8	– 0,1
2005	+ 0,5	+ 2,1	+ 1,7	+ 5,8	+ 3,2	+ 5,8	+ 3,0	+ 5,8	+ 3,1
2006	+ 2,0	– 0,5	+ 0,1	+ 4,8	+ 2,1	+ 3,0	+ 1,1	+ 3,5	+ 1,3
2007	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,7	+ 3,3	– 0,2	+ 2,3	– 0,4	+ 2,5	– 0,4
2008	+ 2,6	+ 5,0	+ 4,3	+ 4,8	+ 1,8	+ 6,6	+ 3,3	+ 6,2	+ 2,9
2009	+ 1,7	– 3,2	– 1,9	– 0,1	– 0,9	– 6,9	– 8,0	– 5,2	– 6,2
2010	+ 1,7	– 0,0	+ 0,5	+ 1,3	– 1,3	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,9	– 0,1
2011	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,9	+ 3,3	– 0,5	+ 3,1	– 1,3	+ 3,1	– 1,1
2012	+ 1,9	+ 4,8	+ 4,0	+ 1,0	– 1,4	+ 2,9	+ 0,8	+ 2,5	+ 0,2
2013	– 0,6	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,0	– 2,8	+ 2,9	+ 0,5	+ 2,2	– 0,3
2014	– 0,2	– 0,7	– 0,5	– 0,2	– 3,0	+ 0,5	– 1,9	+ 0,4	– 2,1

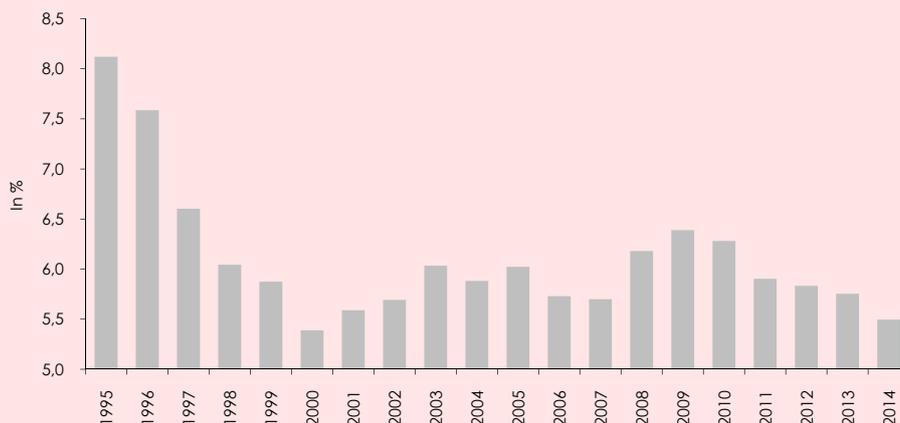
Q: Statistik Austria, OeNB, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Zu Preisen von 2010.

In den einzelnen Bundesländern entwickelten sich die Nächtigungszahlen sehr unterschiedlich. Am stärksten stiegen sie 2014 in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. In der Steiermark ergab sich eine geringfügige Zunahme, in den anderen Bundesländern sank die Nächtigungsnachfrage. Der Nächtigungsrückgang konzentrierte sich auf die tourismusintensiven Bundesländer (mit Ausnahme von Oberösterreich) und folgte einem Ost-West-Gefälle.

Die Saisonen verliefen 2014 anders als in den zwei Tourismusjahren davor: In der Wintersaison 2013/14 ergab sich u. a. wegen Schneemangels vor allem zu Beginn der Saison ein Rückgang (–1,6%), in der Sommersaison 2014 nahmen die Nächtigungen dagegen um 1,1% zu. Ein ähnliches Bild ergibt die Entwicklung der Umsätze: Die nominellen Einnahmen sanken im Winter (–0,6%) und nahmen im Sommer zu (+1,8%); preisbereinigt war jedoch in beiden Saisonen ein Rückgang zu verzeichnen (Wintersaison –3,8%, Sommersaison –1,8%).

Gemessen an den nominellen Tourismusexporten der EU 15 verlor Österreich 2014 weiterhin Marktanteile (Abbildung 13). Nach Zugewinnen 2008 und 2009 waren ab 2010 jährlich Einbußen zu verzeichnen, die nach 2011 auch 2014 etwas kräftiger ausfielen. 2014 lag der österreichische Marktanteil mit 5,50% um nur rund 0,1 Prozentpunkt über dem bisherigen Tiefstwert des Jahres 2000 (5,39%).

Abbildung 13: Österreichs Marktanteil am internationalen europäischen Tourismus  
Gemessen an den nominellen Tourismusexporten der EU 15



Q: IWF, OeNB, UNWTO, WIFO, wiiw. Ohne internationalen Personentransport.

## 5.2 Tourismus generiert 7,9% des BIP

Auf Basis der aktuellen Multiplikatoren aus der Input-Output-Tabelle wurden für 2013 direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte des Tourismus von 25,45 Mrd. € ermittelt (+1,1% gegenüber 2012)<sup>5)</sup>. Der Tourismus trug damit 7,9% zur gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BIP) bei; 2014 lag diese Kennzahl ersten Schätzungen zufolge bei 7,7%.

Zur vollständigen Erfassung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Tourismus- und Freizeitwirtschaft ist zusätzlich der nicht-touristische Freizeitkonsum der Bevölkerung am Wohnort zu berücksichtigen. Diese Aufwendungen erreichten im Jahr 2013 nach den aktuellen Berechnungen 29,51 Mrd. €. Unter Anwendung der Input-Output-Multiplikatoren resultieren daraus direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von 22,80 Mrd. € (+1,9%) bzw. 7,1% des BIP. 2014 dürfte der Beitrag zur Gesamtwirtschaft unverändert geblieben sein.

Eine Gesamtbetrachtung der inlandswirksamen Aufwendungen für den touristischen Konsum und den nicht-touristischen Freizeitkonsum der Bevölkerung am Wohnort zeigt die beachtliche Dimension der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich: Diese generierte 2013 direkt und indirekt ein Wertschöpfungsvolumen von 48,24 Mrd. € (+1,5%) und leistete damit einen gegenüber 2012 konstanten Beitrag von 15,0% zur Gesamtwirtschaft. 2014 dürfte das Gewicht des Sektors auf 14,8% zurückgegangen sein; für 2015 wird keine wesentliche Zunahme erwartet.

## 5.3 Tourismus trägt knapp 10% zur Gesamtbeschäftigung bei

Für das Jahr 2013 wurden direkte und indirekte Beschäftigungseffekte des Tourismus – wiederum ermittelt durch Anwendung der aktuellen Input-Output-Multiplikatoren auf die revidierte Datenbasis – von rund 348.200 Vollzeitarbeitsplätzen ermittelt (-3,3% gegenüber 2012). Damit trug der Sektor knapp ein Zehntel (9,4%, -0,4 Prozentpunkte) zur Gesamtbeschäftigung (Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten) bei.

Eine erweiterte Sicht auf die Beschäftigungseffekte der gesamten Tourismus- und Freizeitwirtschaft, die wiederum den nicht-touristischen Freizeitkonsum der Bevölkerung am Wohnort mit einschließt, ergibt für das Jahr 2013 eine direkte und indirekte Beschäftigungswirkung von rund 270.800 Vollzeitarbeitsplätzen (-1,6% gegenüber 2012). Die Freizeitwirtschaft trug somit 7,3% zur gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung bei (2012: 7,5%).

<sup>5)</sup> Laimer, P., Ehn-Fragner, S., Smeral, E., Ein Tourismus-Satellitenkonto für Österreich. Methodik, Ergebnisse und Prognosen für die Jahre 2000 bis 2015, Statistik Austria und WIFO, Wien, 2014, <http://www.wifo.ac.at/wa/pubid/57848>.

2013 waren gut 618.900 Vollzeitarbeitsplätze direkt und indirekt der Tourismus- und Freizeitwirtschaft zuzurechnen (2012: 635.300 Vollzeitäquivalente). Das entsprach rund einem Sechstel der Gesamtbeschäftigung (16,7%, 2012: 17,2%).

Oliver Fritz ([Oliver.Fritz@wifo.ac.at](mailto:Oliver.Fritz@wifo.ac.at))

Statistik: Sabine Ehn-Fragner ([Sabine.Ehn-Fragner@wifo.ac.at](mailto:Sabine.Ehn-Fragner@wifo.ac.at)),

Susanne Markytan ([Susanne.Markytan@wifo.ac.at](mailto:Susanne.Markytan@wifo.ac.at))

## 6. Wachsende Arbeitsplatzunsicherheit und mäßige Einkommensentwicklung trüben Konsumentenstimmung

### 6.1 Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte anhaltend niedrig

Die Eintrübung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresverlauf 2014 war auch ein Ausdruck der anhaltenden Schwäche der privaten Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen. Üblicherweise hat der private Konsum in einer Konjunkturlaute eine stabilisierende Funktion, da die privaten Haushalte versuchen, ihr gewohntes Ausgabenprofil auch bei kurzfristigen Einkommensschwankungen aufrechtzuerhalten. Diese stabilisierende Wirkung war jedoch in den vergangenen Jahren wegen geringer Einkommenssteigerungen wenig ausgeprägt. Zwar nahmen die verfügbaren Haushaltseinkommen 2014 – nach einem kräftigen Rückgang im Jahr 2013 – nach vorläufigen Berechnungen mit real +0,3% etwas zu, dieser geringe Anstieg ließ aber keine merkliche Ausweitung der Konsumausgaben zu. Im Jahr 2014 wuchsen die privaten Konsumausgaben (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) real mit einer Rate von nur 0,2%, die die Abnahme um 0,1% im Jahr 2013 lediglich wettmachte; die Konsumausgaben der heimischen Haushalte stagnieren demnach seit zwei Jahren. Im Durchschnitt 2010/2014 war die jährliche Konsumwachstumsrate nur unwesentlich höher (+0,3%) und deutlich niedriger als in den Perioden 2006/2010 (+1,0%) und 2002/2006 (+2,1%).

Die Entwicklung der persönlich verfügbaren Einkommen der Haushalte, als wichtige Determinante für die Konsumbereitschaft bzw. -möglichkeit, schwankt von Jahr zu Jahr meist stärker als die des Konsumniveaus. 2014 stiegen die verfügbaren Einkommen zwar ähnlich mäßig wie der private Konsum, im Jahr zuvor waren sie allerdings um 2 Prozentpunkte stärker gesunken, 2012 um 1,3 Prozentpunkte kräftiger gestiegen und 2011 mit –1,1% um 1,8 Prozentpunkte deutlich hinter dem Anstieg der realen Konsumausgaben zurückgeblieben. Dementsprechend stark schwankt auch die Konsumquote, die misst, welcher Teil des verfügbaren Einkommens nicht gespart, sondern konsumiert wird. 2014 verringerte sie sich um 0,1 Prozentpunkt. Die Sparquote, als Gegenstück zur Konsumquote, stieg entsprechend von ihrem Tiefstwert von 7,3% 2013 auf 7,4% 2014<sup>6)</sup>.

Übersicht 16: Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote

	Privater Konsum <sup>1)</sup>		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote <sup>2)</sup>
	Nominell	Real <sup>3)</sup>	Nominell	Real <sup>3)</sup>	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2002/2006	+ 4,1	+ 2,1	+ 4,7	+ 2,7	– 0,6
Ø 2006/2010	+ 2,7	+ 1,0	+ 2,2	+ 0,5	+ 0,5
Ø 2010/2014	+ 2,8	+ 0,3	+ 2,2	– 0,3	+ 0,6
2011	+ 4,1	+ 0,7	+ 2,2	– 1,1	+ 1,8
2012	+ 3,0	+ 0,6	+ 4,3	+ 1,9	– 1,2
2013	+ 2,1	– 0,1	+ 0,1	– 2,1	+ 2,0
2014	+ 2,0	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	– 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – <sup>3)</sup> Berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen.

<sup>6)</sup> Wert für 2014 laut WIFO-Prognose vom 16. März 2015. Die kumulierte Quartalsverlaufsrate (vom IV. Quartal 2013 bis zum III. Quartal 2014) liegt laut vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria ebenfalls bei 7,4% (Stand 30. Dezember 2014).

Großen Einfluss auf die Ausgabenbereitschaft bzw. Sparneigung hat auch die Höhe bzw. der Anteil der einzelnen Einkommenskomponenten (wie etwa Löhne und Gehälter, Nettovermögenseinkommen, Transferbezüge) am persönlich verfügbaren Einkommen. Die Bruttolöhne und Gehälter nahmen pro Kopf nominell mit +1,7% genauso stark zu wie im Jahr 2013, real stagnierten sie jedoch (brutto); unter Berücksichtigung der kalten Progression waren die Lohn- und Gehaltseinkommen netto ebenfalls weiterhin rückläufig. Da Arbeitseinkünfte eher in den Konsum als ins Sparen fließen, erklärt dies die geringe Dynamik des Konsums der privaten Haushalte im Jahr 2014. Auch die Vermögenseinkommen – die tendenziell mehr angespart als ausgegeben werden – dürften nach vorliegenden Schätzungen gesunken sein.

In der ersten Jahreshälfte 2014 stagnierte die Konsumnachfrage gegenüber dem Vorjahr real, im III. und IV. Quartal wurde sie geringfügig ausgeweitet (+0,1% bzw. +0,4%). Bereinigt um Saison- und irreguläre Schwankungen blieb die reale Konsumnachfrage im Vorquartalsvergleich unverändert. Die Stagnation aus dem Jahr 2013 hielt somit im gesamten Jahresverlauf 2014 an.

## 6.2 Niedrige Zinssätze dämpfen Geldvermögensbildung, Anstieg der Verschuldung verringert Nettovermögenszuwachs

Das Nettovermögen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) nahm laut vorläufigen Ergebnissen der Finanzierungsrechnung der OeNB (Übersicht 17) in den ersten drei Quartalen 2014 um 0,4 Mrd. € schwächer zu als im selben Zeitraum des Vorjahres. Die Finanzierungspositionen wurden demnach stärker ausgeweitet als jene des Geldvermögens (Abbildungen 14 und 15). Am kräftigsten sank 2014 der Bestand von Bargeld und Einlagen sowie Wertpapieren (-4,4 Mrd. €). Das bereits niedrige und weiter sinkende Niveau der Einlagenzinssätze – sowohl auf täglich fällige, kurzfristige als auch mittel- bis langfristige Veranlagungsformen – förderte diesen Rückgang. Etwas schwächer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres stieg der Bestand an Versicherungssparprodukten und hier vor allem an Lebensversicherungen. Kräftig erhöhten sich hingegen das Aktienvermögen und der Bestand an Investmentzertifikaten.

Übersicht 17: Geldvermögensbildung und Finanzierung des privaten Haushaltssektors

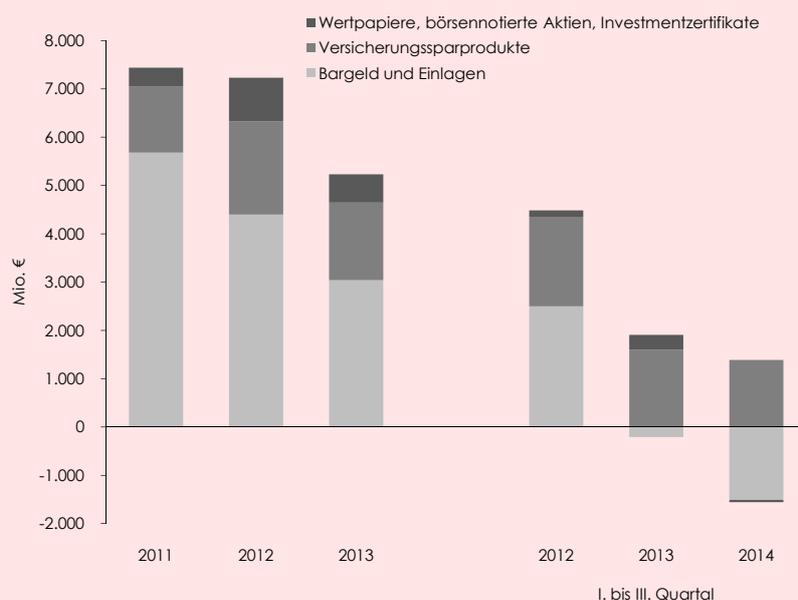
Transaktionen

	2012	2013	2012	2013	2014
			I. bis III. Quartal		
			Mio. €		
Geldvermögensbildung <sup>1)</sup>	10.752	7.466	7.049	3.314	3.841
Bargeld und Einlagen	4.398	3.041	2.499	- 210	- 1.510
Wertpapiere	130	- 1.838	- 28	- 1.634	- 2.893
Börsennotierte Aktien	- 112	- 269	- 72	- 70	414
Nicht-börsennotierte Aktien und sonstige Anteilspapiere	1.225	192	1.245	180	1.291
Investmentzertifikate	887	2.692	233	2.010	2.432
Versicherungssparprodukte	1.929	1.604	1.853	1.600	1.388
Lebensversicherungen	1.419	1.165	1.086	848	669
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	805	828	545	568	688
Finanzierung <sup>2)</sup>	512	569	223	701	1.615
Nach der Laufzeit					
Kurzfristige Kredite	- 642	- 795	- 249	- 211	- 43
Langfristige Kredite	1.091	1.751	587	1.209	1.581
Nach dem Zweck					
Wohnbaukredite	1.843	1.834	1.168	1.126	1.776
Konsumkredite	- 974	- 491	- 496	144	- 240
Sonstige Kredite	- 420	- 387	- 334	- 272	2
Finanzierungssaldo	10.239	6.897	6.830	2.614	2.234

Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>1)</sup> Enthält "Sonstige Forderungen, einschließlich Finanzderivate" und "Kredite". – <sup>2)</sup> Enthält "Sonstige Verbindlichkeiten, einschließlich Finanzderivate".

Abbildung 14: Struktur der Veranlagungen des privaten Haushaltssektors

Transaktionen

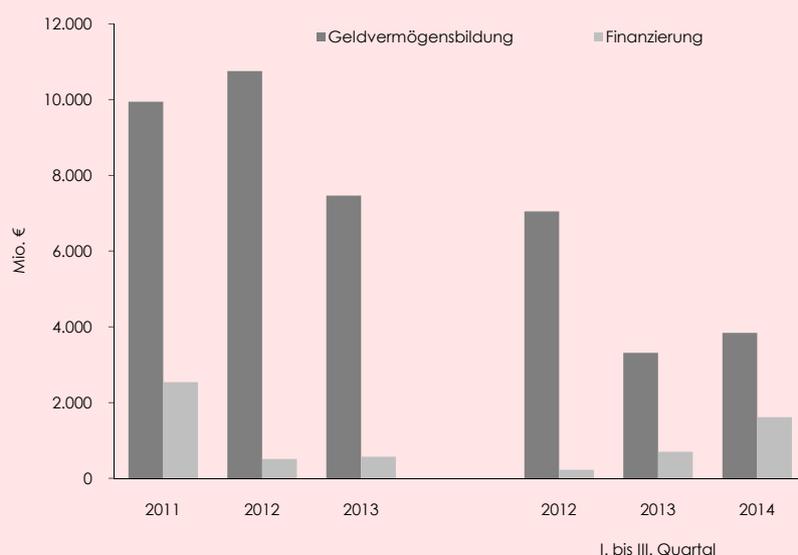


Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Auf der Finanzierungsseite ergab sich im Jahr 2014 (I. bis III. Quartal) eine Ausweitung der Verschuldung der privaten Haushalte, insbesondere im Bereich der langfristigen Kredite (in erster Linie Wohnbaukredite). Die Verbilligung von Immobilienkrediten begünstigte diese Entwicklung. Die Verschuldung in Konsumkrediten wurde dagegen eingeschränkt, auch vor dem Hintergrund des pessimistischen Konsumentenvertrauens.

Abbildung 15: Vermögensaufbau und Verschuldung des privaten Haushaltssektors

Transaktionen

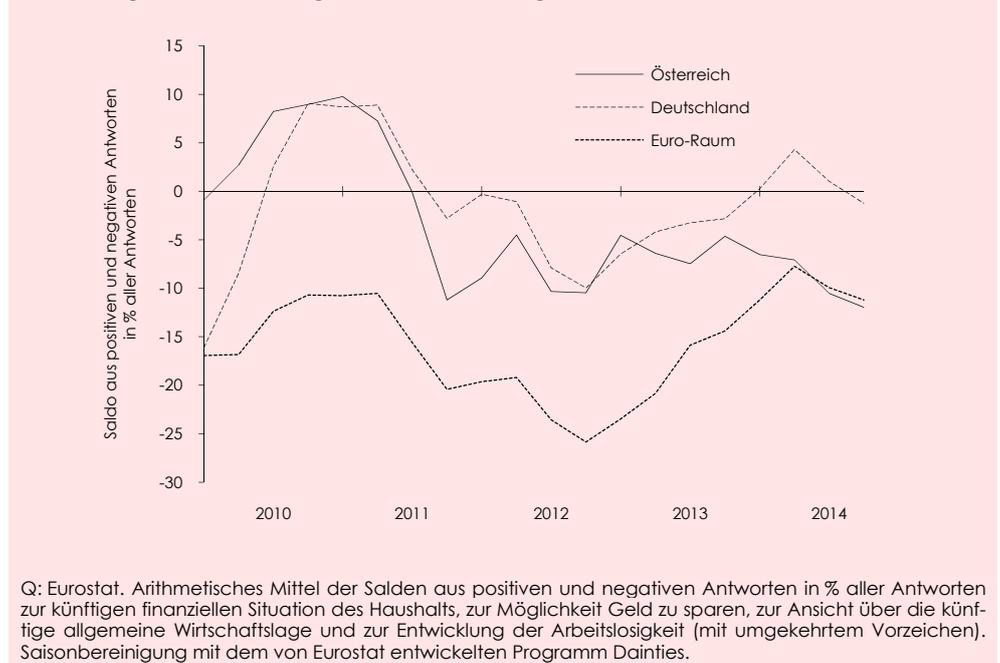


Q: OeNB. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

### 6.3 Konsumentenstimmung und Erwartungen zunehmend pessimistisch

Das Konsumentenvertrauen verschlechterte sich in Österreich gemessen am harmonisierten Konsumklimaindikator der EU im Jahresverlauf 2014 schrittweise. Im Dezember 2014 ergab sich (saisonbereinigt) ein Überhang der pessimistischen Einschätzungen von 12,9 Prozentpunkten. Im IV. Quartal 2014 erreichte der Saldo daher mit -12 Prozentpunkten den niedrigsten Wert seit der Erholungsphase 2010/11 (Abbildung 16). Seither bewegt sich der heimische Konsumklimaindikator in einer Wellenbewegung seitwärts und verläuft damit entgegen der Verbesserung des Konsumentenvertrauens auf (aggregierter) EU-Ebene. Der Konsumklimaindikator für den Euro-Raum steigt seit Herbst 2012 stetig, erst in der zweiten Jahreshälfte 2014 war ein Rückgang bzw. eine Stagnation zu beobachten, vermutlich aufgrund der Russland-Ukraine-Krise und der Staatsschuldenkrise in Griechenland. Im Indikator auf europäischer Ebene waren die pessimistischen Einschätzungen jedoch bis Anfang 2014 noch deutlich stärker ausgeprägt, im weiteren Jahresverlauf erreichte das Niveau (d. h. der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen) des heimischen Konsumklimaindikatoren jenes für den Euro-Raum. In Deutschland, Österreichs wichtigstem Handelspartner, entsprach die Dynamik des Konsumentenvertrauens etwa dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Die ungünstige Konsumentenstimmung und der gedämpfte Ausblick in Österreich waren 2014 einerseits von der Konjunkturschwäche geprägt, die anhaltende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage (Arbeitslosenzahl +32.000, Anstieg der Arbeitslosenquote von 7,6% 2013 auf 8,4% 2014) und der Rückgang der Nettoeallöhne und -gehälter verstärkten den Pessimismus zusätzlich.

Abbildung 16: Entwicklung des saisonbereinigten Vertrauensindex



Die konjunkturreakible Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern (Pkw, Einrichtungsgegenstände oder Haushaltselektronik) nahm nach vorläufigen Berechnungen im Jahr 2014 nicht wesentlich zu (real +0,4%), nachdem sie 2013 real um 3,2% gesunken war. Die Bereitschaft zum Kauf neuer Pkw schwächte sich aber 2014 weiter ab. Nur im Februar 2014 war die Zahl der Pkw-Neuzulassungen für private Haushalte aufgrund von Vorziehkäufen vor der Anhebung der Normverbrauchsabgabe mit 1. März 2014 höher als im Vorjahr. Der geringfügige Anstieg der Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter beruhte somit 2014 auf der Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen und Möbeln.

Der größte Teil der Konsumausgaben entfällt auf den Bereich Wohnen, Wasser und Energie (nomineller Anteil am Gesamtkonsum der privaten Haushalte rund 22%); die realen Ausgaben stiegen 2014 um 1,3% (Übersicht 18). Für die Gruppe Verkehr (Anteil 11%) wurde hingegen real um 4,8% weniger ausgegeben als 2013, hauptsächlich

wegen der Abnahme der Pkw-Neuzulassungen. Mit einem Anteil am (aggregierten) Ausgabenbündel von jeweils rund 10% folgen die Gruppen Nahrungsmittel (+0,8%), Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+0,8%) sowie Ausgaben für sonstige Waren und Dienstleistungen (-1,3%). Insgesamt entfällt auf diese fünf Konsumgruppen ein Gesamtanteil von über 60%. Die erhebliche Verringerung der Verkehrsausgaben dämpfte somit das gesamte reale Konsumwachstum der privaten Haushalte 2014 (+0,2%) merklich.

#### Übersicht 18: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Ø 2002/2006	Ø 2006/2010	Ø 2010/2014	2011	2012	2013	2014
	Veränderung in % p. a.						
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,2	- 0,9	- 0,2	+ 1,0	+ 0,8
Tabakwaren, alkoholische Getränke	- 0,3	+ 2,0	- 0,2	- 1,3	+ 0,9	+ 0,5	- 0,8
Bekleidung, Schuhe	+ 2,2	+ 1,5	+ 0,4	- 0,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,4
Wohnen, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	+ 1,9	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,4	+ 1,3
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte	+ 2,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,5	+ 0,7	- 0,5	+ 2,6
Gesundheitspflege	- 0,1	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,6	- 0,4	- 1,8	+ 1,0
Verkehr	+ 1,6	- 0,6	- 2,4	+ 0,9	- 2,1	- 3,6	- 4,8
Nachrichtenübermittlung	+ 6,3	- 0,3	- 2,1	+ 0,1	+ 4,1	- 5,1	- 7,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	+ 4,0	+ 3,8	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,9	- 0,2	+ 0,8
Bildungswesen	+ 1,1	- 0,6	+ 2,9	+ 1,1	+ 4,2	+ 4,1	+ 2,4
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	+ 3,1	+ 1,5	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 5,4	+ 2,8
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 2,3	+ 1,9	- 0,4	+ 0,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,3
Ausgaben von Gebietsansässigen im Ausland	- 0,1	- 1,3	- 3,1	- 4,9	- 2,3	- 4,2	- 0,9
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 2,2	+ 2,4	+ 1,4	- 1,1	+ 3,5	+ 1,0	+ 2,1
Privater Konsum insgesamt	+ 2,1	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,6	- 0,1	+ 0,2
Dauerhafte Konsumgüter	+ 4,5	+ 3,0	+ 0,4	+ 4,6	- 0,1	- 3,2	+ 0,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

#### 6.4 Handelsumsätze insgesamt neuerlich gesunken, Einzelhandel jedoch gesteigert

Der heimische Handel verzeichnete im Jahr 2014 sowohl nominell als auch real Umsatzeinbußen (-1,4% bzw. -0,8%; Übersicht 19). Die Handelsumsätze entwickelten sich damit bereits das dritte Jahr in Folge ungünstig. Die abnehmende Preisdynamik dämpfte in der zweiten Jahreshälfte 2014 den Rückgang des Absatzvolumens real (preisbereinigt) etwas. Die Preise gingen im Handel um 0,5% zurück (2013 +0,1%), getrieben hauptsächlich durch den Verfall der Energierohstoffpreise. Die Beschäftigung wurde nur geringfügig ausgeweitet (+0,1%; Übersicht 20).

Den größten Umsatzrückgang verzeichnete 2014 der Großhandel (ohne Kfz-Handel) mit -2,4% nominell und -1,0% real. Auch der Umsatz des Kfz-Handels sank – im Einklang mit der Entwicklung der Kfz-Neuzulassungen – nominell (-2,3%), bei einem Rückgang des Absatzes um 3,1%. Die nominelle Steigerung der Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz-Handel) um 1,1% entsprach preisbereinigt einem Absatzzuwachs von 0,4% gegenüber dem Jahr 2013.

Die erheblichen Umsatzeinbußen des Großhandels (2014: 108,6 Mrd. €, -2,4% gegenüber 2013), auf den gut die Hälfte der gesamten Handelsumsätze entfällt, waren auch eine Folge der zurückhaltenden Investitionstätigkeit der heimischen Unternehmen sowie der geringen Dynamik im Außenhandel. Neben der Handelsvermittlung erzielte lediglich der Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern eine nominelle Umsatzsteigerung. Die Beschäftigung stieg 2014 im Großhandel insgesamt um 0,2%.

Etwa ein Drittel der Handelsumsätze trägt der Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) bei (2014: 60,4 Mrd. €). Nach dem seit drei Jahren anhaltenden Rückgang wurde 2014 wieder eine leichte Absatzsteigerung verzeichnet (+0,4%), die aber auch aufgrund der höheren heimischen Preissteigerungen unter dem EU-Durchschnitt blieb (z. B. Deutschland +1,6%). Die Zahl der Beschäftigten war etwas höher als im Vorjahr (+0,2%).

Übersicht 19: Entwicklung der Umsätze im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Nominell</i>				
2012	+ 0,0	- 3,9	+ 0,1	+ 1,8
2013	- 2,0	- 0,6	- 4,2	+ 1,4
2014	- 1,4	- 2,3	- 2,4	+ 1,1
1. Halbjahr	- 0,5	+ 0,1	- 1,6	+ 1,4
2. Halbjahr	- 2,2	- 4,8	- 3,3	+ 0,9
I. Quartal	+ 0,4	+ 4,9	- 0,6	+ 0,3
II. Quartal	- 1,2	- 4,0	- 2,4	+ 2,4
III. Quartal	- 2,0	- 5,0	- 2,9	+ 1,2
IV. Quartal	- 2,4	- 4,6	- 3,7	+ 0,8
<i>Real</i>				
2012	- 1,9	- 5,3	- 1,8	- 0,6
2013	- 2,1	- 0,9	- 3,3	- 0,2
2014	- 0,8	- 3,1	- 1,0	+ 0,4
1. Halbjahr	- 0,2	- 0,6	- 0,4	+ 0,4
2. Halbjahr	- 1,5	- 5,6	- 1,5	+ 0,3
I. Quartal	+ 0,9	+ 4,1	+ 0,9	- 0,5
II. Quartal	- 1,1	- 4,5	- 1,6	+ 1,4
III. Quartal	- 1,7	- 5,8	- 1,7	+ 0,2
IV. Quartal	- 1,3	- 5,4	- 1,2	+ 0,5

Q: Statistik Austria.

Übersicht 20: Preise und Beschäftigung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Preise (Ø 2010 = 100)</i>				
2012	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,9	+ 2,4
2013	+ 0,1	+ 0,4	- 0,7	+ 1,6
2014	- 0,5	+ 0,7	- 1,5	+ 0,8
1. Halbjahr	- 0,3	+ 0,6	- 1,2	+ 1,0
2. Halbjahr	- 0,7	+ 0,8	- 1,8	+ 0,6
I. Quartal	- 0,5	+ 0,7	- 1,5	+ 0,9
II. Quartal	- 0,1	+ 0,6	- 1,0	+ 1,1
III. Quartal	- 0,3	+ 0,8	- 1,3	+ 0,8
IV. Quartal	- 1,2	+ 0,9	- 2,4	+ 0,4
<i>Beschäftigung</i>				
2012	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,8
2013	- 0,5	- 1,3	- 0,8	- 0,2
2014	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,2
1. Halbjahr	+ 0,1	- 0,4	- 0,1	+ 0,4
2. Halbjahr	+ 0,1	- 0,9	+ 0,5	+ 0,1
I. Quartal	+ 0,2	- 0,5	- 0,3	+ 0,5
II. Quartal	+ 0,1	- 0,5	+ 0,2	+ 0,1
III. Quartal	- 0,0	- 0,9	+ 0,3	- 0,0
IV. Quartal	+ 0,2	- 0,8	+ 0,6	+ 0,2

Q: Statistik Austria.

Der Kfz-Handel setzte in Österreich 2014 26,3 Mrd. € um, um 0,6 Mrd. € weniger als im Jahr zuvor. Im I. Quartal 2014 ergab sich aufgrund der Vorziehkäufe im Februar (Kfz-Neuzulassungen +22,8% gegenüber dem Vorjahr) ein beträchtlicher Umsatzanstieg, der sich aber im weiteren Jahresverlauf wieder in einen Rückgang drehte (2. Halbjahr real -5,6%). Dementsprechend verstärkte sich auch die Abnahme der Beschäftigtenzahl im Jahresverlauf (2014 insgesamt -0,7%).

Jürgen Bierbaumer-Polly ([Juergen.Bierbaumer-Polly@wifo.ac.at](mailto:Juergen.Bierbaumer-Polly@wifo.ac.at))  
Statistik: Martina Einsiedl ([Martina.Einsiedl@wifo.ac.at](mailto:Martina.Einsiedl@wifo.ac.at))

## 7. Verbilligung von Mineralölprodukten bestimmt die Inflationsdynamik, Anstieg der Dienstleistungspreise das Inflationsniveau

Die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt 2014 auf Basis des Verbraucherpreisindex mit 1,7% (2013: 2,0%, 2012: 2,4%; Übersicht 21) um etwa 0,2 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der letzten zwei Jahrzehnte. Von Jahresbeginn bis Juni zog der Preisauftrieb leicht auf 1,9% an. Im weiteren Jahresverlauf verringerte er sich leicht (mit Ausnahme von November) und ging im Dezember deutlich auf 1% zurück. Diese Tendenz war wesentlich bestimmt durch den zunehmend negativen Inflationsbeitrag von Mineralölprodukten (Durchschnitt Jänner bis November -0,15 Prozentpunkte, Dezember -0,5 Prozentpunkte). Die Verbilligung von Mineralölprodukten war auf den Rückgang der Rohölpreise auf Euro-Basis zurückzuführen (Sorte Brent -9,2%, Dezember -36,8%). Hätte sich der Auftrieb der Mineralölproduktpreise im Jahresdurchschnitt wie jener des gesamten Preisniveaus entwickelt, dann wäre die Inflationsrate um ¼ Prozentpunkt höher ausgefallen. Daher blieb die Kerninflation (Gesamtinflation ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie, gemäß VPI) gegenüber dem Vorjahr unverändert (2013 +2,1%, 2012 +2,2%). Dienstleistungen (+2,8%; Wohnungsmieten +4,0%, Cafés und Restaurants +3,0%, Telekommunikationsdienstleistungen +5,7%) trugen überdurchschnittlich zur Teuerung bei.

### Übersicht 21: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,7
Kerninflationsrate laut VPI <sup>1)</sup>	+ 1,2	+ 2,5	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1
Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH)	+ 2,0	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,8
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 0,6	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,4	+ 2,8
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 3,4	+ 6,7	+ 3,7	+ 1,3	+ 1,0
Gebühren und Tarife <sup>2)</sup>	+ 0,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,9
COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,5	+ 4,2	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,0
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,0	+ 4,1	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,8
Bekleidung und Schuhe	+ 1,1	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,8	- 0,8
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,6	+ 3,2	+ 3,3	+ 2,3	+ 1,6
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,2	+ 1,6	+ 2,4	+ 1,8	+ 0,9
Gesundheitspflege	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,5	+ 3,1	+ 2,2
Verkehr	+ 3,4	+ 5,6	+ 2,6	- 0,3	+ 0,2
Nachrichtenübermittlung	+ 1,9	+ 0,9	- 0,1	+ 1,3	+ 6,0
Freizeit und Kultur	+ 0,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,8	+ 1,4
Erziehung und Unterricht	- 4,7	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,2	+ 2,7
Restaurants und Hotels	+ 1,1	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,8	+ 3,2	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,7
Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel <sup>3)</sup>	+ 2,0	+ 3,5	+ 2,5	+ 5,0	+ 1,0
Verarbeitete Nahrungsmittel <sup>4)</sup>	+ 0,1	+ 4,7	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,1
Energie	+ 7,6	+ 11,0	+ 4,9	- 0,9	- 2,0
Industriegüter	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6
Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – <sup>2)</sup> WIFO-Berechnungen. – <sup>3)</sup> Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – <sup>4)</sup> Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Die überdurchschnittliche Erhöhung der Mieten geht zum einen auf den Anstieg der frei vereinbarten Mieten bei Neuvermietung zurück. Daneben wirkt ein Struktureffekt auf die Bestandsmiete: Wenn Altverträge mit niedrigerer Miete durch Neuverträge mit höherer Miete auf Basis des freien Marktes bzw. des Richtwertsystems ersetzt werden, bewirkt dies einen Anstieg der durchschnittlichen Bestandsmieten (auch wenn die Durchschnittsmieten bei Neuvermietung unverändert geblieben wären). Zudem wurden ab 1. April 2014 die Richtwertsätze für Neuvermietungen, ab Mai für Bestandsmieten) um 4,6% und die Kategoriemieten zwischen +5,3% und +6,2% angehoben. Erhebungsbedingt gehen diese Preissteigerungen jedoch erst um ein hal-

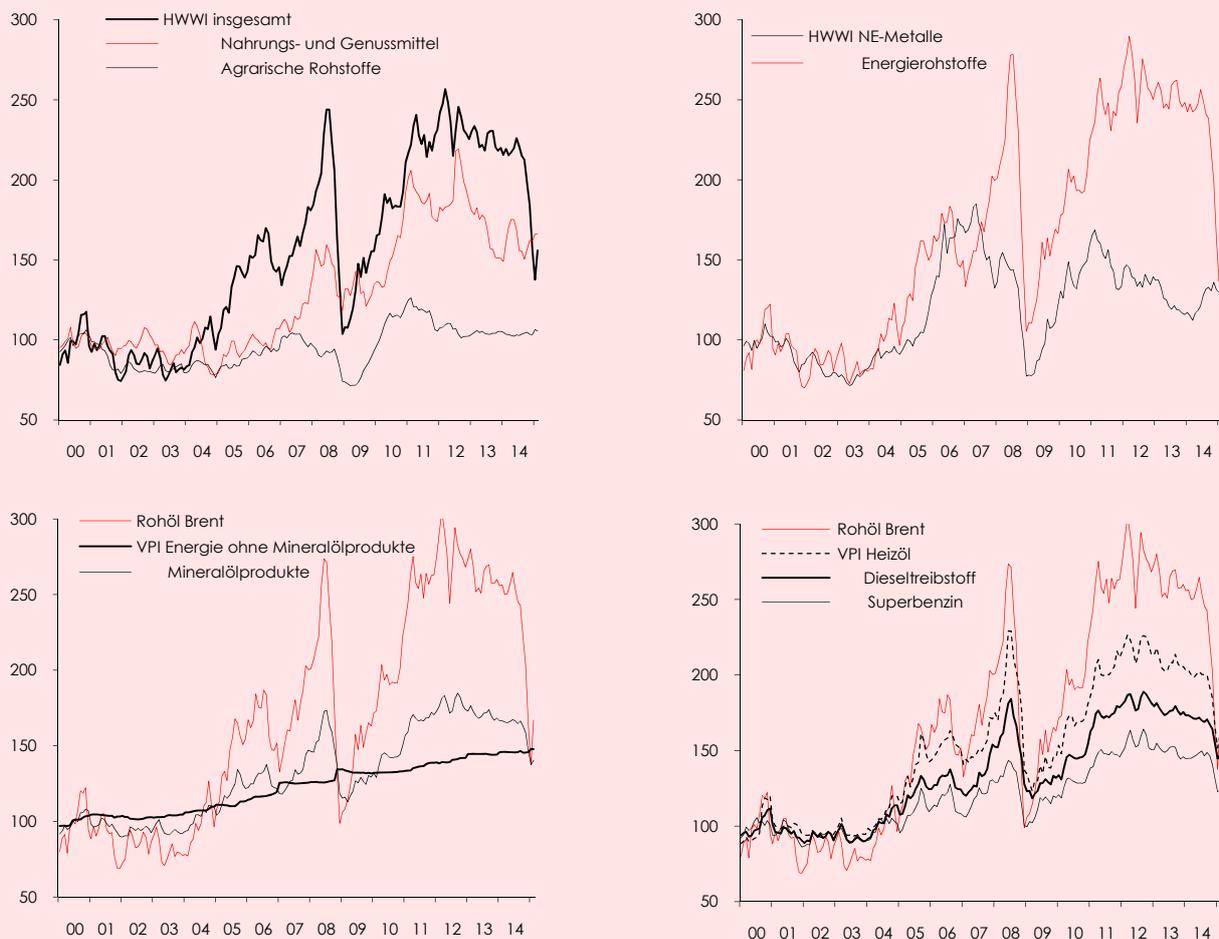
bes Jahr verzögert in den VPI ein und sind daher erst ab Oktober bzw. November 2014 sichtbar.

Die Inflationsrate betrug im Jahr 2014 1,7%. Teurer wurden vor allem Dienstleistungen (Wohnkosten, Bewirtung, Telekommunikation) und Nahrungsmittel; die Verbilligung von Mineralölprodukten dämpfte den Preisauftrieb.

Am stärksten verteuerten sich im Jahr 2014 die folgenden zehn Indexpositionen (gereiht nach ihrem Inflationsbeitrag): Restaurants, Cafés (Preise +3,0% gegenüber dem Vorjahr, Beitrag zur Inflationsrate +0,20 Prozentpunkte), Wohnungsmieten (+4,0%, +0,16 Prozentpunkte), Versicherungen (+2,3%, +0,11 Prozentpunkte), Milch, Käse und Eier (+5,5%, +0,10 Prozentpunkte), motorbezogene Versicherungssteuer (+10,8%, +0,09 Prozentpunkte), Mobiltelefon, Grundentgelt (+16,9%, +0,09 Prozentpunkte), Tabakwaren (+3,9%, +0,08 Prozentpunkte), Material für die Instandhaltung und Reparatur der Wohnung (+2,0%, +0,07 Prozentpunkte), Möbel und andere Einrichtungsgegenstände (+2,2%, +0,07 Prozentpunkte) und alkoholische Getränke (+3,9%, +0,07 Prozentpunkte).

Abbildung 17: Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise

2000 = 100, auf Euro-Basis



Q: HWWI, Statistik Austria. HWWI . . . Weltmarktpreisindex, VPI . . . Verbraucherpreisindex.

Am deutlichsten inflationsdämpfend wirkte die Preisentwicklung von Dieseltreibstoff (Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr -4,4%, Beitrag zur Inflationsrate -0,11 Prozentpunkte), Superbenzin (-3,4%, -0,05 Prozentpunkte), Heizöl extra leicht für Großabnehmer (-6,0%, -0,05 Prozentpunkte), Empfangs-, Aufzeichnungs- und Wiedergabegeräte für Ton und Bild (-5,0%, -0,03 Prozentpunkte), Flachfernseher (-7,1%, -0,03 Prozentpunkte), Damenbekleidung (-1,5%, -0,03 Prozentpunkte), Aufwand für eine Eigentumswohnung (-6,9%, -0,03 Prozentpunkte), Flugticket (-5,9%, -0,03 Prozentpunkte), Städteflug (-6,8%, -0,02 Prozentpunkte) und Erdbeeren (-25,7%, -0,02 Prozentpunkte).

Die administrierten Preise (im VPI enthaltene öffentliche Tarife und Gebühren) stiegen 2014 um 2,9% (2013 +2,3%, 2012 +2,4%) und trugen damit ¼ Prozentpunkt zur Teuerungsrate bei. Die darin enthaltene Position "motorbezogene Versicherungssteuer" wurde im März 2014 angehoben, deren Preisauftrieb verstärkte sich dadurch im Jahresdurchschnitt auf 10,8%. Wie der harmonisierte Verbraucherpreisindex zu konstanten Steuersätzen zeigt, erhöhte die Anhebung von Verbrauchssteuern (Tabaksteuer, Schaumweinsteuer, Normverbrauchsabgabe; die motorbezogene Versicherungssteuer wird in die Berechnung des HVPI nicht einbezogen) die Inflation 2014 um rund 0,1 Prozentpunkt. Damit sind etwa 0,35 Prozentpunkte (d. h. gut ein Fünftel) des Preisauftriebes direkt auf die öffentliche Hand zurückzuführen.

### Übersicht 22: Entwicklung der Rohstoff- und Großhandelspreise

	Ø 2004/ 2014	Ø 2009/ 2014	2010	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>							
Dollarbasis	+ 8,5	+ 8,0	+ 28,9	+ 28,6	- 2,8	- 1,9	- 7,0
Euro-Basis	+ 7,8	+ 9,1	+ 36,4	+ 22,4	+ 5,3	- 5,1	- 7,4
Ohne Energierohstoffe	+ 4,2	+ 5,0	+ 37,4	+ 12,4	- 5,4	- 8,4	- 4,4
Nahrungs- und Genussmittel	+ 5,7	+ 4,2	+ 16,8	+ 22,8	+ 3,2	- 14,0	- 3,3
Industrierohstoffe	+ 3,7	+ 5,4	+ 46,6	+ 8,7	- 8,9	- 5,8	- 4,8
Agrarische Rohstoffe	+ 2,2	+ 5,6	+ 41,8	+ 5,1	- 9,8	- 1,3	- 1,0
NE-Metalle	+ 3,1	+ 5,1	+ 45,3	+ 6,5	- 7,4	- 10,8	+ 0,2
Energierohstoffe	+ 8,7	+ 10,0	+ 36,1	+ 25,0	+ 7,8	- 4,4	- 8,0
Rohöl	+ 9,1	+ 10,5	+ 35,7	+ 25,5	+ 9,1	- 3,9	- 7,7
<i>Index der Großhandelspreise</i>							
Konsumgüter	+ 2,0	+ 2,5	+ 5,0	+ 8,3	+ 2,4	- 1,1	- 1,9
Investitionsgüter	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,1	+ 10,0	+ 4,0	- 1,7	- 2,1
Investitionsgüter	- 1,0	- 0,1	+ 1,2	- 3,1	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5
Intermediärgüter	+ 2,8	+ 3,3	+ 8,8	+ 10,3	+ 1,1	- 0,8	- 2,4

Q: HWWI.

### Übersicht 23: Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex

#### Gliederung nach dem Konsumzweck

	2010		2011		2012		2013		2014	
	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum	Öster- reich	Euro- Raum
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	+ 1,7	+ 1,6	+ 3,6	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,4
Keminflationsrate <sup>1)</sup>	+ 1,2	+ 1,0	+ 2,8	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,9
HVPI zu konstanten Steuersätzen	+ 1,7	+ 1,5	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,2
<i>COICOP-Gliederung</i>										
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,4	+ 0,4	+ 4,4	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,4	+ 1,8	- 0,1
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,0	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,5	+ 2,5	+ 4,3	+ 3,5	+ 3,8	+ 3,9	+ 2,7
Bekleidung und Schuhe	+ 1,1	+ 0,7	+ 3,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,4	- 0,9	+ 0,3
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,8	+ 2,0	+ 3,6	+ 4,9	+ 3,5	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,8
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,2	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,2
Gesundheitspflege	+ 1,9	+ 0,8	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,2	- 0,2	+ 2,4	+ 1,0
Verkehr	+ 3,4	+ 4,6	+ 6,1	+ 5,5	+ 3,1	+ 4,0	- 0,1	+ 0,5	- 0,7	- 0,0
Nachrichtenübermittlung	+ 1,4	- 0,8	+ 0,7	- 1,3	- 0,3	- 3,2	+ 1,4	- 4,2	+ 6,3	- 2,8
Freizeit und Kultur	+ 0,9	- 0,2	+ 2,1	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,0	+ 2,0	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,1
Erziehung und Unterricht	- 4,2	+ 1,7	+ 4,1	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,3	+ 3,9	+ 2,8	+ 2,7	+ 0,5
Restaurants und Hotels	+ 0,9	+ 1,2	+ 3,7	+ 1,9	+ 3,2	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,9	+ 1,5
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 3,1	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,8
<i>Sondergliederung</i>										
Unbearbeitete Nahrungsmittel <sup>2)</sup>	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,4	+ 3,0	+ 4,9	+ 3,5	+ 0,8	- 0,9
Bearbeitete Nahrungsmittel <sup>3)</sup>	+ 0,1	+ 0,9	+ 4,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2
Energie	+ 7,6	+ 7,4	+ 11,3	+ 11,9	+ 5,1	+ 7,6	- 1,0	+ 0,6	- 2,2	- 1,9
Industriegüter	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1
Dienstleistungen	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,1	+ 1,8	+ 2,8	+ 1,8	+ 3,0	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,2

Q: Eurostat. – <sup>1)</sup> Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – <sup>2)</sup> Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – <sup>3)</sup> Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

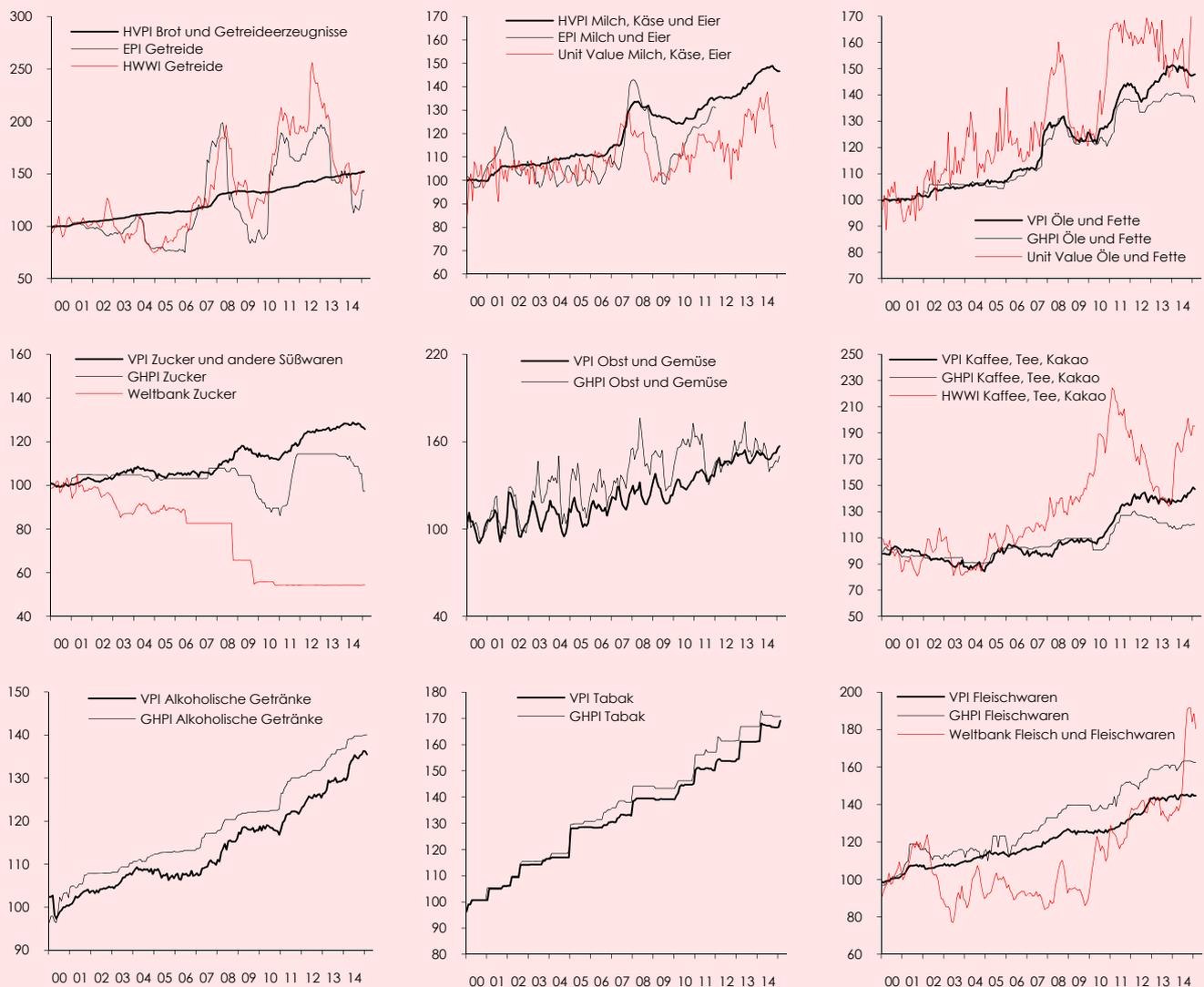
Der Preisindex für Pensionistenhaushalte (PIPH) stieg im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,8% (2013 +2,2%, 2012 +2,6%), um 0,1 Prozentpunkt stärker als der VPI. Diese Differenz geht auf die unterschiedliche Gewichtung der Positionen im PIPH und im VPI zurück.

Die internationale Konjunkturabschwächung schlug sich 2014 in der Rohstoffpreisentwicklung nieder. Gemäß dem HWWI-Index auf Euro-Basis sanken die Weltmarktpreise von Rohstoffen um 7,4% (2013 -5,1%, 2012 +5,3%; Übersicht 22). Die Weltmarktnotierungen von Nahrungs- und Genussmitteln gaben um 3,3% nach (2013 -14%, 2012 +3,2%), jene von Industrierohstoffen um knapp 5% (2013 -5,8%, 2012 -8,9%), und Rohöl der Sorte Brent war um 9,2% billiger als vor einem Jahr (2013 -5,6%, 2012 +8,6%; Dezember 2014 -36,8%).

Die rückläufige Entwicklung der internationalen Rohstoffpreise spiegelte sich auch im Rückgang des Großhandelspreisindex (2014 -1,9%, 2013 -1,1%, 2012 +2,4%).

Abbildung 18: Preisindizes für ausgewählte Nahrungsmittel in Österreich

2000 = 100, auf Euro-Basis



Q: Eurostat, HWWI, Statistik Austria, Weltbank. VPI... Verbraucherpreisindex, HVPI... harmonisierter Verbraucherpreisindex, EPI... Erzeugerpreisindex, GHPI... Großhandelspreisindex, HWWI... Weltmarktpreisindex.

Gemäß dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), der für die EU-Länder nach weitgehend einheitlicher Methode erhoben wird, betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2014 1,5% (2013: 2,1%, 2012: 2,6%; Übersicht 23) und die Kerninflation (ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel) 1,9% (2013: 2,3%, 2012: 2,3%);

Übersicht 23). Der Unterschied von +0,2 Prozentpunkten zur Inflationsrate laut VPI geht auf das abweichende Gewichtungsschema der beiden Indizes zurück. Der HVPI wird nach dem Inlandskonzept erstellt, wodurch Ausgaben von ausländischen Reisenden (vor allem für Restaurants und Hotels +0,15 Prozentpunkte, Kraft- und Schmierstoffe -0,04 Prozentpunkte) mitberücksichtigt und daher stärker als im VPI gewichtet werden. Dies erhöhte die Inflationsrate laut HVPI 2014 um etwa 0,1 Prozentpunkt.

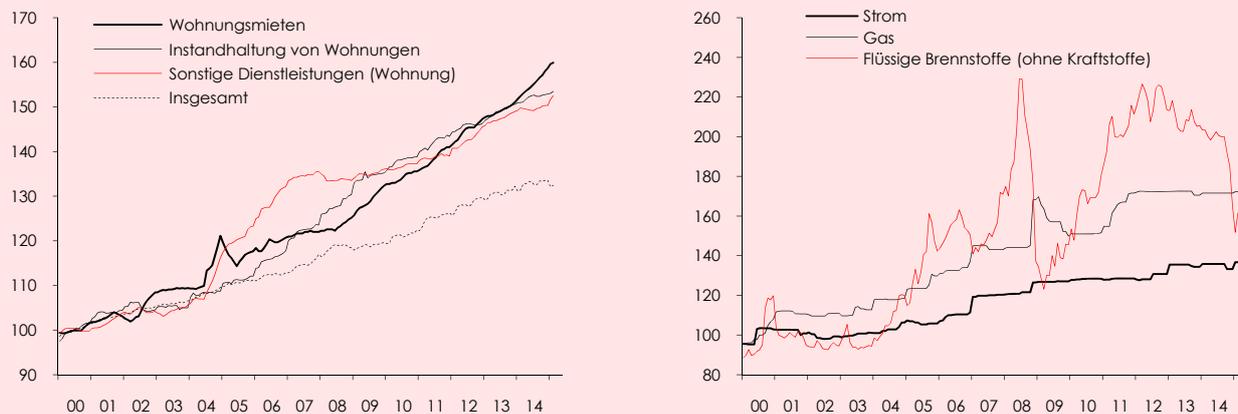
Die Position motorbezogene Versicherungssteuer wird im HVPI nicht erfasst, wodurch die Inflationsrate laut HVPI im Jahr 2014 um 0,1 Prozentpunkt niedriger ausfiel. Weiters sind Ausgaben für eigentümergegenutztes Wohnen im HVPI nicht enthalten, die Ausgaben für die Wohnungsinstandhaltung gehen in den HVPI daher mit einem geringeren Gewicht ein; auch dieser Faktor dämpfte die Inflationsrate laut HVPI 2014. Versicherungsleistungen werden im HVPI nach dem Nettokonzept erfasst (Prämienzahlungen minus Versicherungsleistungen), in den VPI gehen nur die Versicherungsprämien ein. Die beiden letztgenannten Effekte drückten den Preisauftrieb laut HVPI 2014 um knapp 0,15 Prozentpunkte.

Das Inflationsdifferential gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes und Deutschland war 2014 das vierte Jahr in Folge deutlich ausgeprägt (2012 zwar nicht im Jahresdurchschnitt, jedoch im Jänner und im IV. Quartal). Es betrug im Jahresdurchschnitt +1,1 Prozentpunkte (Euro-Raum) bzw. +0,7 Prozentpunkte (Deutschland) schwankte im Jahresverlauf zwischen +0,7 und +1,3 bzw. zwischen +0,3 und +1,0 Prozentpunkt. Maßgebend war der deutlich stärkere Anstieg der Dienstleistungspreise in Österreich (+2,8%, Euro-Raum +1,2%, Deutschland +1,4%), in erster Linie der Preise von Bewirtschaftungsleistungen (Österreich +2,9%, Euro-Raum +1,5%, Deutschland +2,1%), Wohnen (+2,7%, +1,7%, +1,4%) sowie Nachrichtenübermittlung (+6,3%, -2,8%, -1,3%) und medizinischen Dienstleistungen (+3,0%, +0,9%, 1,5%). Nahrungsmittel (Österreich +2,4%, Euro-Raum +0,4%, Deutschland +1,5%) trugen im Jahr 2014 +0,3 Prozentpunkte zum Inflationsdifferential gegenüber dem Durchschnitt des Euro-Raumes bei und 0,1 Prozentpunkt gegenüber Deutschland.

*Der Preisauftrieb war 2014 in Österreich neuerlich höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes (+1,1 Prozentpunkte) und in Deutschland (+0,7 Prozentpunkte). Der Inflationsunterschied vergrößerte sich gegenüber dem Vorjahr und beruhte hauptsächlich auf dem in Österreich deutlich größeren Inflationsbeitrag der Dienstleistungen.*

Abbildung 19: Verbraucherpreisindizes für Wohnungsaufwand und Haushaltsenergie in Österreich

2000 = 100



Q: Statistik Austria.

Laut HVPI betrug die Inflationsrate 2014 im Durchschnitt des Euro-Raumes 0,4% (2013: 1,4%, 2012: 2,5%). In den einzelnen Ländern war die Preisdynamik sehr differenziert: Griechenland verzeichnete etwa eine Deflation (-1,4%), Österreich wies mit 1,5% die höchste Inflationsrate im Euro-Raum aus. Die Inflationsdispersion (gemessen an der BIP-gewichteten Standardabweichung der Inflationsraten im Euro-Raum) sank 2014 auf den niedrigsten Wert der letzten 17 Jahre.

Das relative Preisniveau von Konsumgütern (tatsächlicher Individualverbrauch) in Österreich im Vergleich mit den anderen Ländern des Euro-Raumes veränderte sich in den letzten fünf Jahren im Gesamttaggregat aller erhobenen Konsumgüter und

Dienstleistungen nicht wesentlich (gemäß den relativen Preisniveauidizes RPNI von Eurostat bis zum Jahr 2013; die Werte für 2014 werden erst im Sommer 2015 veröffentlicht). Die RPNI weisen Österreich das sechsthöchste Preisniveau unter den Ländern des Euro-Raumes zu (2011: 7. Rang). Über alle erhobenen Produktgruppen war das Preisniveau in Österreich um 8,8% höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes und um 9,9% höher als in Deutschland (Übersicht 24).

Übersicht 24: Vergleichende Preisniveauidizes für einzelne Länder des Euro-Raumes 2013

	Euro-Raum 17	Belgien	Deutschland	Irland	Griechenland	Spanien	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Portugal	Finnland	Österreich
	EU 27 = 100													
	Rang													
Tatsächlicher Individualverbrauch	103,2	114,2	102,2	122,7	85,6	92,4	110,7	102,7	136,4	113,8	112,3	78,7	123,9	6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	105,7	111,7	108,0	117,2	101,1	93,6	108,1	111,9	118,4	96,9	122,2	90,6	123,1	2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Narkotika	96,8	96,2	89,4	169,4	91,0	86,8	107,3	98,0	86,2	106,8	89,4	85,2	133,9	10
Bekleidung und Schuhe	101,8	107,1	102,7	97,9	93,2	88,6	104,3	106,7	102,6	107,1	99,1	94,5	119,7	9
Wohnungswesen, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	103,4	113,2	106,2	120,8	80,7	95,0	115,5	96,0	149,0	119,2	98,1	68,3	130,8	8
Innenausstattung, Ausrüstungsgegenstände und Haushaltsführung	101,9	106,3	98,5	101,8	92,3	96,7	110,7	102,7	106,8	104,2	110,9	85,6	111,9	2
Gesundheitspflege	109,7	126,5	105,0	155,3	74,4	100,4	117,6	110,7	178,1	132,7	134,4	72,6	126,8	3
Verkehr	101,0	102,1	103,3	106,4	90,0	92,5	102,5	100,1	92,5	112,4	103,8	92,8	116,6	4
Nachrichtenübermittlung	104,6	126,4	94,7	130,3	120,6	118,3	98,7	124,1	99,2	124,3	86,0	100,0	72,6	13
Freizeit und Kultur	103,2	105,3	103,4	113,8	91,8	98,9	107,0	101,4	107,4	104,7	111,0	89,5	117,7	3
Erziehung und Unterricht	104,1	140,4	108,0	118,1	73,0	83,4	113,2	95,0	306,2	119,1	161,2	65,8	134,1	2
Gaststätten und Hotels	100,8	115,7	97,0	126,7	86,9	90,4	110,9	110,3	107,0	115,5	106,0	76,4	127,7	8
Sonstige Waren und Dienstleistungen	102,8	116,5	99,1	122,5	83,3	87,0	112,1	101,8	124,9	114,1	111,5	79,5	128,5	7

Q: Eurostat.

Josef Baumgartner ([Josef.Baumgartner@wifo.ac.at](mailto:Josef.Baumgartner@wifo.ac.at))  
 Statistik: Ursula Glauninger ([Ursula.Glauninger@wifo.ac.at](mailto:Ursula.Glauninger@wifo.ac.at))

## 8. Gedämpfte Einkommensentwicklung 2014

Das Jahr 2014 war von einer mäßigen Lohndynamik und einer Stagnation der Realeinkommen gekennzeichnet. Der Anstieg der Nominallöhne je Beschäftigungsverhältnis (einschließlich Teilzeit- und geringfügig Beschäftigter) entsprach mit +1,7% der Inflationsrate. Die Einkommensentwicklung im Jahr 2014 muss aber zunächst im Lichte der Lohnverhandlungen betrachtet werden, insbesondere der Lohnrunde im Herbst 2013. Zu diesem Zeitpunkt war das gesamtwirtschaftliche Umfeld nach wie vor schwierig und durch Unsicherheit geprägt. Sowohl für den Euro-Raum als auch für die EU insgesamt wurden für 2013 ein leichter Rückgang der Wirtschaftsleistung und für 2014 nur eine verhaltene Erholung erwartet. In Österreich kündigte sich nach einer Stagnationsphase ein leichter Aufschwung an, für 2013 wurde ein Wachstum von 0,4%, für 2014 von 1,7% prognostiziert. Die Inflation verflachte im Jahresverlauf langsam, das WIFO prognostizierte im September für 2013 einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,0% (nach +2,4% im Vorjahr) und für 2014 um 1,9%.

### 8.1 Abschlüsse in der Herbstlohnrunde 2013

Unter diesen Rahmenbedingungen vereinbarten Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter in der Metallindustrie eine nach Gruppen gestaffelte Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter um 2,5% bis 3,2%. Das entsprach im Durchschnitt über alle 180.000 Beschäftigten der Branche einem Anstieg um 2,8%. Nominell lag der Abschluss in der Metallindustrie deutlich unter jenem des Vorjahres (+3,4%). Die Ist-Löhne wurden um denselben Prozentsatz angehoben. Obwohl die Verhandlungen für die sechs Fachverbände in der Metallindustrie seit 2012 getrennt geführt werden, erzielten die Tarifpartner aufgrund der Bemühungen der Gewerkschaften erneut einheitliche Abschlüsse für den gesamten Wirtschaftszweig.

Auch in dieser Lohnrunde hatte der Abschluss der Metallindustrie offenbar Signalwirkung für die zeitlich nachgelagerten Verhandlungen. Die Abschlüsse im Metallgewerbe (Arbeiter und Arbeiterinnen +2,75%, Angestellte +2,65%), im Handel (+2,5% bis +2,6%) und im Finance-Bereich (+1,93% zuzüglich einer einmaligen Sonderzahlung von 6 €) lagen wie jene der Metallindustrie um etwa ½ Prozentpunkt unter dem Vorjahreswert. Der Abschluss der Gesundheits- und Sozialberufe, der im Februar 2014 wirksam wurde, sah eine Steigerung der Mindestlöhne und Mindestgehälter um 2,5% vor, die Ist-Löhne und -Gehälter wurden um 2,4% erhöht. Besonders zähe Verhandlungen fanden im öffentlichen Dienst statt. Nachdem für 2013 eine Nulllohnrunde vereinbart worden war, einigten sich die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und die Vertreter der Bundesregierung auf einen Doppelabschluss für die Jahre 2014 und 2015. Demnach erhöhten sich die Gehälter der Beamten und Beamtinnen sowie der Vertragsbediensteten 2013 gestaffelt um 1,55% bis 2,53% (Durchschnitt +2%). Diese Anpassung wurde allerdings erst im März 2014 wirksam statt wie in vergangenen Jahren bereits im Jänner. Für 2015 wurde eine Erhöhung vereinbart, welche die Inflationsrate zuzüglich eines Zuschlages von 0,1 Prozentpunkt abgeltet wird.

### Übersicht 25: Lohnrunde 2014

November 2013 bis Juni 2014

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluss	
		Mindestlöhne	Ist-Löhne
		Erhöhung in %	
<b>Bedienstete</b>			
Öffentlicher Dienst	März 2014	+1,55 bis +2,53 <sup>1)</sup>	
<b>Arbeiter</b>			
Metallindustrie und Bergbau, Gas- und Wärmeversorgung	November 2013	+2,6 bis +3,2	+2,6 bis +3,2
Metallgewerbe	Jänner 2014	+ 2,75 <sup>2)</sup>	+ 2,6
Handel	Jänner 2014	+ 2,58 <sup>3)</sup>	
Gesundheits- und Sozialberufe	Februar 2014	+ 2,5	+ 2,4
Mineralölindustrie	Februar 2014	+ 2,8	+ 2,7
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar 2014	+2,4 bis +2,6	+2,4 bis +2,5
Graphisches Gewerbe	April 2014	+ 2,2	<sup>4)</sup>
Textilindustrie	April 2014	+ 2,35	+ 2,25
Stein- und keramische Industrie	Mai 2014	+ 2,4	+ 2,3
Bauhilfs- und -nebgewerbe	Mai 2014	+ 2,1	
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai 2014	+ 2,2	
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai 2014	+ 2,5	+ 2,4
Chemische Industrie	Mai 2014	+ 2,5	<sup>4)</sup>
Holz- und kunststoffverarbeitendes Gewerbe	Mai 2014	+ 2,1	
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	Mai 2014	+ 2,5	+2,3 bis +2,45
Holz- und Sägeindustrie	Mai 2014	+ 2,4	+ 2,3
Glasbe- und -verarbeitung	Juni 2014	+ 2,4	+ 2,3
Hotel- und Gastgewerbe	September 2014	+ 2,2 <sup>5)</sup>	
		Mindestgehälter	Ist-Gehälter
<b>Angestellte</b>			
Stein- und keramische Industrie	November 2013	+2,3 bis +2,1	+2,3 bis +3,0
Metallindustrie und Bergbau, Gas- und Wärmeversorgung	November 2013	+2,5 bis +3,2	+2,5 bis +3,2
Metallgewerbe	Jänner 2014	+ 2,65	+ 2,5
Handel	Jänner 2014	+2,5 bis +2,55 <sup>3)</sup>	
Gesundheits- und Sozialberufe	Februar 2014	+ 2,5	+ 2,4
Mineralölindustrie	Februar 2014	+ 2,8	+ 2,7
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	Februar 2014	+2,3 bis +2,6	+2,3 bis +2,5
Finance	April 2014	+ 1,93 <sup>6)</sup>	
Graphisches Gewerbe	April 2014	+ 2,2	<sup>4)</sup>
Textilindustrie	April 2014	+ 2,35	+ 2,25
Bauindustrie und Baugewerbe	Mai 2014	+ 2,4	
Chemische Industrie	Mai 2014	+ 2,5	<sup>4)</sup>
Elektro- und Elektronikindustrie	Mai 2014	+ 2,5	+ 2,4
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	Mai 2014	+ 2,5	+2,3 bis +2,45
Holz- und Sägeindustrie	Mai 2014	+ 2,3	+2,2 bis +2,3
Glasbe- und -verarbeitung	Juni 2014	+ 2,4	+ 2,3
Hotel- und Gastgewerbe	September 2014	+ 2,2 <sup>5)</sup>	

Q: Gewerkschaften. – <sup>1)</sup> Doppelabschluss 2014/15. 2015: volle Inflationsrate + 0,1 Prozentpunkt. – <sup>2)</sup> Neuer Mindestlohn: 1.672,33 €. – <sup>3)</sup> Überzahlungen bleiben aufrecht. – <sup>4)</sup> Ist-Löhne: Parallelverschiebung. – <sup>5)</sup> Mai 2013: Einkommen +3,0%. Der alte Kollektivvertrag galt aufgrund Verzögerungen der Lohnverhandlungen von Mai 2013 bis August 2014. – <sup>6)</sup> Einmalzahlung von 6 €.

## 8.2 Frühjahrslohnrunde setzt Trend der Herbstabschlüsse fort

Das Konjunkturbild veränderte sich bis Anfang 2014 kaum. Der Aufschwung war sehr verhalten und reichte nicht aus, um den Anstieg des Arbeitskräfteangebotes voll zu absorbieren, sodass neben der Beschäftigung auch die Arbeitslosigkeit weiter wuchs. Gleichzeitig verlangsamte sich der Verbraucherpreisauftrieb spürbar. Die Lohnverhandlungen der Frühjahrsmonate 2014 setzten den Trend der Herbstlohnrunde fort. In den meisten Fällen wichen die Ergebnisse um etwa ½ Prozentpunkt vom Vorjahreswert ab.

In der Chemieindustrie wurden die kollektivvertraglichen Mindestbezüge so wie in der Elektro- und Elektronikindustrie um 2,5% angehoben. Während in der Elektro- und Elektronikindustrie eine Anhebung der Ist-Löhne um 2,4% vereinbart wurde, sieht der Abschluss für die Chemieindustrie im Fall von Überzahlungen eine Parallelverschiebung vor. Einen etwas schwächeren Abschluss erzielten die Beschäftigten der Textilindustrie (Mindestlöhne und Mindestgehälter +2,35%, Ist-Bezüge +2,25%). In der Bauindustrie und im Baugewerbe erhöhten sich die Löhne im Mai um 2,2%, die Gehälter um 2,4%. Im Bauhilfs- und -nebgewerbe war die Anhebung mit +2,1% etwas geringer. Der Kollektivvertrag für das Hotel- und Gastgewerbe konnte erst nach langem Ringen und mit Verzögerung erneuert werden, mit September 2014 stiegen die Mindestbezüge in diesem Bereich um 2,2%.

Übersicht 26: Tariflohnindex 2006

	Arbeiter und Arbeiterinnen		Angestellte		Beschäftigte insgesamt	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014
Tariflohnindex insgesamt					+ 2,6	+ 2,4
Ohne öffentlichen Dienst	+ 3,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,6
Gewerbe	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,7 <sup>1)</sup>
Baugewerbe	+ 3,4 <sup>1)</sup>	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,4	+ 2,6
Industrie	+ 3,4	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,3 <sup>1)</sup>	+ 2,6
Handel	+ 3,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,9	+ 3,1	+ 2,8
Transport und Verkehr	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,3 <sup>1)</sup>	+ 1,7	+ 2,7	+ 2,2
Tourismus und Freizeitwirtschaft	+ 5,1	+ 1,9	+ 3,9	+ 2,4	+ 4,7	+ 2,1
Banken und Versicherungen	+ 4,5	+ 0,7	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,8	+ 2,3
Freie Berufe	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,2	+ 3,2	+ 2,2	+ 3,2
Land- und Forstwirtschaft	+ 3,0 <sup>1)</sup>	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,6
Öffentlicher Dienst					+ 0,7	+ 1,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Durch Rundungen geringfügige Abweichungen gegenüber den von Statistik Austria veröffentlichten Indexwerten möglich.

Die Entwicklung der Arbeitnehmerbezüge in den einzelnen Branchen spiegelt sich in den aggregierten Daten des Tariflohnindex. Die Mindestlöhne erhöhten sich 2014 im Durchschnitt über alle Branchen mit +2,4% um 0,2 Prozentpunkte schwächer als im Vorjahr (Übersicht 26). In einer Betrachtung ohne den öffentlichen Dienst war die Steigerung mit +2,6% um rund ½ Prozentpunkt schwächer als im Vorjahr (+3,1%). Die freien Berufe verzeichneten mit +3,2% die stärkste Erhöhung, nachdem in den letzten Jahren unterdurchschnittliche Steigerungsraten erzielt worden waren. Deutlich schwächer als im Durchschnitt entwickelte sich der Tariflohn für den Sektor Tourismus und Freizeitwirtschaft (+2,1%) sowie im Transport und Verkehr (+2,2%).

## 8.3 Verdienstentwicklung 2014

2014 lag der monatliche Bruttobezug (einschließlich aller Sonderleistungen) im Durchschnitt aller Beschäftigungsverhältnisse – einschließlich der rund 333.000 geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse – bei 2.905 €, der Nettobezug bei 2.001 €. Die gesamtwirtschaftliche nominelle Lohnsumme stieg 2014 mit +2,6% etwas stärker als die Wirtschaftsleistung (nominell +2,0%). In Verbindung mit dem Beschäftigungswachstum erreichte die nominelle Zunahme der Pro-Kopf-Einkommen brutto nur 1,7% (Übersicht 27), real bedeutete dies eine durchschnittliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 0,1%.

Die Realeinkommen vor Steuern waren im Gegensatz zu 2013 etwas höher als im Vorjahr (+0,1%), nach Steuern aber niedriger (-0,5%). Die Nettoeallöhne waren da-

mit das vierte Jahr in Folge rückläufig. Die Tarifreform der in Eckpunkten beschlossenen Steuerreform 2016 lässt ab 2016 deutliche Nettolohnzuwächse sowohl nominell als auch real erwarten.

#### Übersicht 27: Löhne und Einkommen

	2012	2013	2014	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			In €
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 4,2	+ 2,7	+ 2,6	
Löhne und Gehälter pro Kopf <sup>1)</sup>				
Brutto nominell	+ 2,7	+ 1,7	+ 1,7	
Brutto real <sup>2)</sup>	+ 0,2	- 0,3	+ 0,1	
Netto nominell <sup>3)</sup>	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,2	
Netto real <sup>2)3)</sup>	- 0,2	- 0,7	- 0,5	
Kumulierter Bruttoverdienst pro Kopf (einschließlich Sonderzahlungen, ohne Abfertigungen) <sup>4)</sup>				
Sachgüterproduktion (ÖNACE) einschließlich Bergwerke				
Pro Monat	+ 3,3	+ 2,7	+ 2,5	3.429,4
Pro Stunde	+ 3,3	+ 2,7	+ 3,2	21,5
Produzierender Bereich (ÖNACE) Klasse C bis F				
Pro Monat	+ 3,3	+ 2,3	+ 2,3	3.297,9
Pro Stunde	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,0	20,9

Q: Statistik Austria, VGR, Konjunkturstatistik. – <sup>1)</sup> Je Beschäftigungsverhältnis. – <sup>2)</sup> Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI). – <sup>3)</sup> Laut WIFO-Prognose vom März 2015. – <sup>4)</sup> Die Konjunkturstatistik von Statistik Austria basiert nicht mehr auf der Primärerhebung der Betriebsdaten, sondern auf der hochgerechneten Grundgesamtheit.

Der produzierende Bereich weist einen geringeren Anteil an Teilzeitbeschäftigten aus als die Gesamtwirtschaft, eine stärkere Exportorientierung und höhere Potentiale zur Produktivitätssteigerung durch technischen Fortschritt. Die Monatsbezüge lagen hier 2014 mit 3.294,6 € um 13,4% über dem Durchschnitt. Ohne den Bausektor überstiegen die Monatsverdienste in der Sachgüterproduktion mit 3.418,3 € den Durchschnitt um knapp 18%. Die Zuwächse der Bruttomonatsverdienste waren mit +2,4% im gesamten produzierenden Bereich bzw. +2,6% im Sachgüterbereich ebenfalls überdurchschnittlich.

Bezogen auf die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit im jeweiligen Bereich betragen die Bruttostundenlöhne in der Sachgüterproduktion 21,4 € und im gesamten produzierenden Bereich 20,8 €. Der Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit hält mittlerweile seit 2011 an (2014 monatliche Arbeitszeit 134,4 Stunden). Die Stundenlöhne stiegen deshalb 2014 mit +2,9% im produzierenden Bereich und +3,1% im Sachgüterbereich deutlich stärker als die Monatsentgelte.

Die schwache gesamtwirtschaftliche Verdienstenwicklung ergibt sich auch aus der Beschäftigungszunahme in Branchen mit niedrigem Lohnniveau bzw. höherem Anteil an Teilzeitbeschäftigten und der Stagnation der Beschäftigung in Branchen mit höherem Einkommensniveau wie der Sachgütererzeugung. Diese Dynamik zeigt sich an der Zahl der in Österreich geleisteten Arbeitsstunden: Das Arbeitsvolumen lag 2014 gemäß Arbeitskräfteerhebung um knapp 4% unter dem Vorkrisenniveau 2008, die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten hingegen um 4% über dem Beschäftigtenstand 2008. Die überdurchschnittliche Zunahme der Teilzeitbeschäftigung hatte geringe Pro-Kopf-Einkommenssteigerungen bzw. Realeinkommensverluste zur Folge. Die Stundenverdienste zeigen hingegen ein weniger gedämpftes Bild.

#### 8.4 Weiterhin gedämpfter Einkommensausblick für 2015

Im Laufe des Jahres 2014 verschlechterten sich die Konjunkturaussichten, die für die zweite Jahreshälfte erwartete Belebung setzte nicht ein. Die Exportnachfrage war für einen Aufschwung zu gering, angesichts der auch durch die Russland-Ukraine-Krise getrübbten Absatzperspektiven wurden die Investitionen nicht ausgeweitet. Der Anstieg des Arbeitskräfteangebotes hatte neben dem Beschäftigungswachstum auch eine Zunahme der Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Herbstlohnrunde 2014 stand unter gesamtwirtschaftlich pessimistischeren Rahmenbedingungen als im Vorjahr. Die ers-

ten Abschlüsse für 2015 waren deshalb deutlich niedriger als im Vorjahr. Für 2015 lassen die Abschlüsse weiterhin sehr geringe Pro-Kopf-Reallohnzuwächse erwarten.

Thomas Leoni ([Thomas.Leoni@wifo.ac.at](mailto:Thomas.Leoni@wifo.ac.at)),  
Christine Mayrhuber ([Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at](mailto:Christine.Mayrhuber@wifo.ac.at))  
Statistik: Doris Steininger ([Doris.Steininger@wifo.ac.at](mailto:Doris.Steininger@wifo.ac.at)),  
Martin Keppelmüller ([Martin.Keppelmuller@wifo.ac.at](mailto:Martin.Keppelmuller@wifo.ac.at))

## 9. Ausweitung der Beschäftigung, Arbeitslosigkeit steigt anhaltend

Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse stieg 2014 bei gleichzeitiger Verringerung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit. Wegen der starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes nahm die Arbeitslosigkeit weiter zu. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich auf 8,4%.

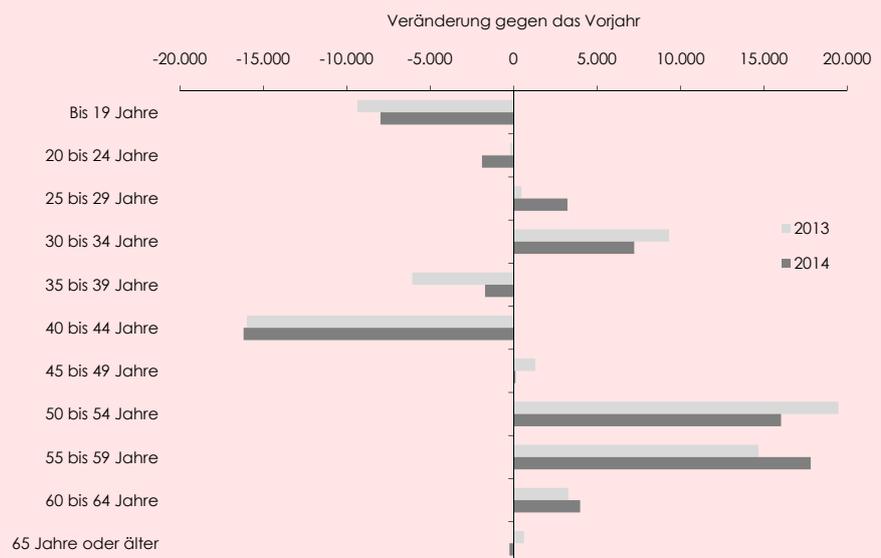
Aufgrund der verhaltenen Konjunktur fiel das Beschäftigungswachstum auch 2014 merklich niedriger aus als 2011 und 2012 (2014 +23.824 oder +0,7%, 2013 +21.226 oder +0,6%, 2012 +47.155 oder +1,4%). Insgesamt betrug die Zahl der aktiven unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse im Jahresdurchschnitt 2014 3,415.530. Die angespannte Konjunkturlage spiegelt sich noch deutlicher in der registrierten Arbeitslosigkeit und im Stellenangebot: Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich nach +26.563 im Jahr 2013 um 32.151 oder 11,2% auf 319.357, während die Zahl der offenen Stellen nach zwei Jahren des Rückganges stagnierte (-63 oder -0,2% auf 26.320).

Seit Herbst 2014 sinkt die Zahl der Schulungsteilnahmen von Arbeitslosen wegen der geänderten Strategie der aktiven Arbeitsmarktpolitik des AMS. Die Budgetmittel werden nun vermehrt für Beschäftigungsförderung und höherwertige Schulungen verwendet – Maßnahmen, welche die Zahl der Schulungsteilnahmen senken und die offene Arbeitslosigkeit erhöhen. Im IV. Quartal 2014 verringerten sich die Schulungszahlen gegenüber dem Vorjahr bereits um 3.604, nach +4.253 im 1. Halbjahr und +2.304 im III. Quartal; für das Jahr 2014 ergab sich damit insgesamt noch eine Erhöhung der Schulungszahlen um 1.801 oder 2,5% auf 75.317.

Das Arbeitskräfteangebot (unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose) wuchs 2014 das vierte Jahr in Folge besonders dynamisch (+1,4%, 2013 +1,2%).

Die Zahl der aktiven Erwerbspersonen im Inland stieg um 61.873 oder 1,5% auf 4,205.687. Damit nahm die Erwerbsquote der aktiv Erwerbstätigen um 0,7 Prozentpunkte auf 73,2% zu, während die Beschäftigungsquote (wegen des Anstieges der Arbeitslosigkeit) beinahe stagnierte (+0,2 Prozentpunkte auf 67,6%).

Abbildung 20: Veränderung der Altersstruktur der unselbständig Beschäftigten



Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Die Zahl der Personen mit Kindergeldbezug aus einem unselbständigen Beschäftigungsverhältnis sank im Jahresdurchschnitt 2014 neuerlich (-2.874 oder -3,4% auf

81.731), u. a. weil die Variante des kurzen Kindergeldbezuges ("12 + 2") vermehrt in Anspruch genommen wurde.

Die Männerbeschäftigung wuchs das dritte Jahr in Folge auch wegen der Konjunktüreintrübung und der Konzentration der Männer auf die exportorientierten Wirtschaftsbereiche weniger stark als die traditionell expansivere, vielfach auf Teilzeitbeschäftigung ausgerichtete Frauenbeschäftigung (+10.582 oder +0,6%, 2013 +7.189 oder +0,4%). Im Jahresdurchschnitt umfasste die Männerbeschäftigung 1,853.887 Beschäftigungsverhältnisse.

Die Frauenbeschäftigung wuchs 2014 ebenfalls so wie im Jahr 2013 (+13.242 oder +0,9%, 2013 +14.037 oder +0,9%) und merklich schwächer als 2011 und 2012. Im Jahresdurchschnitt lag die Frauenbeschäftigung bei 1,561.642 Beschäftigungsverhältnissen. Der Frauenanteil an der Aktivbeschäftigung betrug unverändert 45,7%.

Am stärksten stieg die Beschäftigung in der Altersgruppe ab 50 Jahren (55 bis 59 Jahre +17.813). Das war einerseits auf den Wechsel der stark besetzten Jahrgänge von Anfang der 1960er-Jahre aus der Altersgruppe der unter 50-Jährigen in jene der über 50-Jährigen und andererseits auf den längeren Verbleib der über 55-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Der letztere Effekt ist auf eine Reihe von Reformen im Pensionsversicherungsrecht zurückzuführen, durch die vorzeitige Ausstiegspfade geschlossen, Altersgrenzen angehoben und/oder Zugangsvoraussetzungen verschärft wurden. Seit 1. Jänner 2014 ist kein abschlagsfreier vorzeitiger Pensionsübertritt mehr möglich.

### **9.1 Anstieg der Selbständigenzahl entfällt ausschließlich auf Frauen**

Die Zahl der Selbständigen erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 2014 laut WIFO-Berechnungen<sup>7)</sup> auf Basis vorläufiger Zahlen abermals (+5.900 oder +1,3% auf 470.800 Personen, Männer -800 oder -0,3%, Frauen +6.700 oder +3,5%). Wie in den letzten Jahren war diese Entwicklung überwiegend eine Folge der anhaltenden Expansion der selbständigen Tätigkeit von Frauen aus den neuen EU-Ländern, die persönliche Dienstleistungen (etwa im Pflegebereich) erbringen.

### **9.2 Starker Zustrom ausländischer Arbeitskräfte aus den EU-Nachbarländern flacht ab**

Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte nimmt seit dem Ende der Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern dynamisch zu. Auch 2014, als die Übergangsfrist für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien auslief, hielt dieser Trend an (+31.970 oder +5,7% auf 588.722). 2014 entfielen insgesamt 17,2% der gesamten Aktivbeschäftigung auf ausländische Arbeitskräfte.

Der Beschäftigungszuwachs unter den ausländischen Arbeitskräften entstammt seit dem Ende der Übergangsfristen in erster Linie den neuen EU-Ländern; die Bedeutung der Herkunftsregionen verlagerte sich 2014 von den Beitrittsländern 2004 zu den Ländern, die 2007 beigetreten sind. Waren 2013 fast zwei Drittel des Beschäftigungsanstieges unter ausländischen Arbeitskräften auf Personen aus den EU-Beitrittsländern von 2004 entfallen, so waren es 2014 mit +15.191 etwa die Hälfte (insgesamt +31.970); Ungarn ist in dieser Ländergruppe nach wie vor das wichtigste Sendeland. Seit dem Wegfall der Einschränkungen für den Arbeitsmarktzugang für rumänische und bulgarische Arbeitskräfte (EU-Beitrittsländer des Jahres 2007) mit 1. Jänner 2014 erhöhte sich die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte aus diesen Ländern deutlich auf gut ein Drittel der Zunahme der Ausländerbeschäftigung im Jahresdurchschnitt 2014 (+10.998, davon die überwiegende Mehrheit aus Rumänien). Der Beschäftigungszuwachs nahm in den ersten Monaten nach der Arbeitsmarktöffnung stetig zu

---

<sup>7)</sup> Die Berechnung der Selbständigenzahlen durch das WIFO umfasst alle Personen, die gemäß Erwerbskarrierenmonitoring der Arbeitsmarktdatenbank von AMS und Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ausschließlich als Selbständige in bzw. außerhalb der Land- und Forstwirtschaft tätig sind (d. h. ohne Selbständige mit einer zusätzlichen unselbständigen Beschäftigung). Darüber hinaus wird die Zahl der Rechtsanwälte bzw. Rechtsanwältinnen, Notare bzw. Notarinnen und Ziviltechniker bzw. Ziviltechnikerinnen in Österreich laut den Länderkammern der Architekten und Ingenieurkonsulenten, dem Österreichischen Rechtsanwaltskammertag und der Österreichischen Notariatskammer berücksichtigt.

und stabilisierte sich im August 2014 auf etwa +13.000 im Vorjahresvergleich. Parallel dazu ließ der Zustrom an Arbeitskräften aus den EU-Beitrittsländern des Jahres 2004 in etwa demselben Ausmaß nach.

Übersicht 28: Der Arbeitsmarkt für Männer und Frauen im Überblick

	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2013/14	
					Absolut	In %
Unselbständig Beschäftigte insgesamt <sup>1)</sup>	3.421.748	3.465.454	3.482.996	3.503.400	+ 20.404	+ 0,6
Männer	1.822.970	1.846.535	1.853.144	1.863.039	+ 9.895	+ 0,5
Frauen	1.598.778	1.618.918	1.629.852	1.640.361	+ 10.510	+ 0,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>2)</sup>	3.323.325	3.370.480	3.391.706	3.415.530	+ 23.824	+ 0,7
Männer	1.812.437	1.836.116	1.843.305	1.853.887	+ 10.582	+ 0,6
Frauen	1.510.888	1.534.363	1.548.401	1.561.642	+ 13.242	+ 0,9
Unselbständig aktiv beschäftigte inländische Arbeitskräfte	2.834.391	2.843.418	2.834.953	2.826.808	- 8.146	- 0,3
Männer	1.522.793	1.523.884	1.514.876	1.507.281	- 7.595	- 0,5
Frauen	1.311.598	1.319.533	1.320.077	1.319.526	- 551	- 0,0
Unselbständig aktiv beschäftigte ausländische Arbeitskräfte	488.934	527.062	556.752	588.722	+ 31.970	+ 5,7
Männer	289.644	312.232	328.428	346.606	+ 18.178	+ 5,5
Frauen	199.290	214.830	228.324	242.116	+ 13.792	+ 6,0
Selbständige und Mithelfende <sup>3)</sup>	453.900	456.800	464.900	470.800	+ 5.900	+ 1,3
Männer	274.300	273.200	275.100	274.300	- 800	- 0,3
Frauen	179.600	183.600	189.800	196.500	+ 6.700	+ 3,5
Aktiv Erwerbstätige	3.777.225	3.827.280	3.856.606	3.886.330	+ 29.724	+ 0,8
Männer	2.086.737	2.109.316	2.118.405	2.128.187	+ 9.782	+ 0,5
Frauen	1.690.488	1.717.963	1.738.201	1.758.142	+ 19.942	+ 1,1
Vorgemerkte Arbeitslose <sup>4)</sup>	246.702	260.643	287.207	319.357	+ 32.151	+ 11,2
Männer	139.095	148.355	165.195	183.530	+ 18.335	+ 11,1
Frauen	107.607	112.288	122.012	135.828	+ 13.816	+ 11,3
Personen in Schulungen <sup>4)</sup>	63.231	66.602	73.516	75.317	+ 1.801	+ 2,5
Männer	30.833	32.299	35.844	37.091	+ 1.247	+ 3,5
Frauen	32.398	34.303	37.672	38.226	+ 555	+ 1,5
Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	4.023.927	4.087.923	4.143.812	4.205.687	+ 61.875	+ 1,5
Männer	2.225.832	2.257.671	2.283.600	2.311.717	+ 28.117	+ 1,2
Frauen	1.798.095	1.830.251	1.860.212	1.893.970	+ 33.758	+ 1,8
Bevölkerung 15 bis 64 Jahre <sup>6)</sup>	5.675.483	5.693.436	5.716.968	5.745.406	+ 28.438	+ 0,5
Männer	2.837.607	2.847.455	2.861.072	2.876.697	+ 15.625	+ 0,5
Frauen	2.837.876	2.845.981	2.855.896	2.868.709	+ 12.813	+ 0,4
Beim Arbeitsmarktservice gemeldete sofort verfügbare offene Stellen	32.310	29.422	26.383	26.320	- 63	- 0,2
	In %					
Erwerbsquote <sup>5)</sup>	70,9	71,8	72,5	73,2		+ 0,7
Männer	78,4	79,3	79,8	80,4		
Frauen	63,4	64,3	65,1	66,0		
Beschäftigungsquote <sup>7)</sup>	66,6	67,2	67,5	67,6		+ 0,2
Männer	73,5	74,1	74,0	74,0		
Frauen	59,6	60,4	60,9	61,3		
Arbeitslosenquote						
Laut AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger	6,7	7,0	7,6	8,4		
Männer	7,1	7,4	8,2	9,0		
Frauen	6,3	6,5	7,0	7,6		
Laut Eurostat <sup>8)</sup>	4,6	4,9	5,4	5,6		
Männer	4,6	5,0	5,4	5,9		
Frauen	4,6	4,8	5,3	5,4		

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – <sup>2)</sup> Unselbständige laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ohne Präsenzdienler, ohne Personen mit Kinderbetreuungsgeldbezug und Arbeitslose in Schulungen im Beschäftigungsstand; WIFO-Berechnungen. – <sup>3)</sup> Laut WIFO. Werte für 2014 geschätzt. – <sup>4)</sup> Laut Arbeitsmarktstatistik. – <sup>5)</sup> Aktiv Erwerbstätige und vorgemerkte Arbeitslose. – <sup>6)</sup> Bevölkerung zur Jahresmitte laut Statistik Austria; 2014: vorläufig. – <sup>7)</sup> Aktiv Erwerbstätige. – <sup>8)</sup> Auf Basis eines neuen Hochrechnungsverfahrens revidierte Jahreswerte.

Auch der Zustrom von Arbeitskräften aus Kroatien, das Mitte 2013 der EU als 28. Mitgliedsland beigetreten ist, verdoppelte sich (2013 +857 oder +4,8% auf 18.607, 2014 +1.872 oder +10,1% auf 20.479 Beschäftigungsverhältnisse).

Die Zunahme der Beschäftigung von Arbeitskräften aus den anderen EU- bzw. EWR-Ländern (einschließlich Schweiz) fiel dagegen merklich geringer aus als 2013 (+3.228

oder +2,7%, 2013 +4.547, +3,9%). Die Beschäftigung von Arbeitskräften aus Drittländern stagnierte neuerlich (+0,3%, 2013 +0,7%). Sie bilden nach wie vor die größte Gruppe an ausländischen Arbeitskräften mit 7,4% der gesamten aktiv unselbständigen Beschäftigung. Auf die Arbeitskräfte aus den EU-Beitrittsländern von 2004 entfielen 2014 4,4%, auf Personen aus den Beitrittsländern von 2007 1,2% und auf Arbeitskräfte aus den anderen Ländern der EU 15 und aus dem EWR (einschließlich Schweiz) 3,6% der aktiv unselbständigen Beschäftigung. 0,6% der aktiv unselbständigen Beschäftigung kamen aus Kroatien.

2014 waren laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger rund 79.000 Personen oder 2,3% der aktiv unselbständig Beschäftigten Grenzgänger bzw. Grenzgängerinnen oder Pendler bzw. Pendlerinnen<sup>8)</sup>. Der Anteil der grenzüberschreitenden Pendler und Pendlerinnen an allen Arbeitskräften aus den EU-Beitrittsländern des Jahres 2004 lag 2014 bei rund 35% (2010 vor Ende der Übergangsfristen rund 29%).

Übersicht 29: Ausländische Arbeitskräfte in Österreich

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2013/14	
							Absolut	In %
Insgesamt	431.552	451.276	488.934	527.062	556.752	588.722	+ 31.970	+ 5,7
Männer	254.858	266.020	289.644	312.232	328.428	346.606	+ 18.178	+ 5,5
Frauen	176.694	185.256	199.290	214.830	228.324	242.116	+ 13.792	+ 6,0
<i>Herkunft</i>								
EU 15 ohne Österreich, EFTA, Schweiz	96.851	103.743	110.540	115.119	119.666	122.894	+ 3.228	+ 2,7
Neue EU-Länder								
Beitritt 2004	63.442	69.019	88.493	116.312	136.418	151.609	+ 15.191	+ 11,1
Beitritt 2007	18.405	20.458	23.636	26.330	28.721	39.718	+ 10.998	+ 38,3
Kroatien	15.193	16.053	17.001	17.750	18.607	20.479	+ 1.872	+ 10,1
Übriges Ausland	237.660	242.002	249.264	251.551	253.341	254.022	+ 681	+ 0,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

### 9.3 Beschäftigungszuwachs erneut fast ausschließlich im Dienstleistungssektor

Die Beschäftigungsentwicklung nach Wirtschaftsklassen war ein weiteres Jahr in Folge gekennzeichnet von Beschäftigungszuwächsen in fast allen Dienstleistungsbranchen mit Ausnahme von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen und den sonstigen Dienstleistungen, während die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung entsprechend der verhaltenen Konjunktur stagnierte (-0,1%, 2013 ±0,0%).

Innerhalb des Dienstleistungssektors verzeichneten die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (und hier hauptsächlich die Gebäudebetreuung und der Garten- und Landschaftsbau), der Handel, der Bereich Information und Kommunikation (und hier hauptsächlich die Informationsdienstleistungen) sowie der Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen) nennenswerte Beschäftigungszuwächse.

Besonders groß waren die Beschäftigungseinbußen in den Sachgüterbranchen Herstellung von Textilien, Herstellung von Bekleidung, Herstellung von Holzwaren, Papier- und Druckerzeugnissen, Herstellung von chemischen Erzeugnissen, Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, Herstellung von Glaswaren, Herstellung von elektrischen Ausrüstungen sowie Herstellung von Möbeln. Dagegen wurden im Nahrungsmittelbereich, in der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen, in der Herstellung von Metallerzeugnissen, von pharmazeutischen Erzeugnissen, im Maschinenbau und im Fahrzeugbau zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt.

<sup>8)</sup> Ausländische aktiv unselbständig Beschäftigte mit Wohnsitz im Ausland, laut AMS.

Auch im Bauwesen sank die Beschäftigung, und zwar sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau. Nur im Bereich der vorbereitenden Baustellenarbeiten, der Bauinstallation und des sonstigen Ausbaugewerbes waren Beschäftigungszuwächse zu verzeichnen.

Übersicht 30: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

ÖNACE-2008-Abschnitte

	2013	2014	Veränderung 2013/14	
			Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	21.018	21.337	+ 319	+ 1,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5.615	5.599	- 16	- 0,3
Herstellung von Waren	583.300	582.627	- 673	- 0,1
Energieversorgung	27.078	26.906	- 172	- 0,6
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	14.744	15.347	+ 603	+ 4,1
Bauwesen	247.120	246.799	- 321	- 0,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	528.007	530.825	+ 2.818	+ 0,5
Verkehr und Lagerei	182.217	183.594	+ 1.377	+ 0,8
Beherbergung und Gastronomie	195.894	197.731	+ 1.837	+ 0,9
Information und Kommunikation	79.930	82.744	+ 2.814	+ 3,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	117.709	115.836	- 1.873	- 1,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	41.838	40.772	- 1.066	- 2,5
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	158.245	160.294	+ 2.049	+ 1,3
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	183.282	188.012	+ 4.730	+ 2,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	544.392	546.159	+ 1.767	+ 0,3
Erziehung und Unterricht	98.564	101.944	+ 3.380	+ 3,4
Gesundheits- und Sozialwesen	234.277	240.374	+ 6.097	+ 2,6
Kunst, Unterhaltung und Erholung	35.525	36.615	+ 1.090	+ 3,1
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	88.160	87.299	- 861	- 1,0
Hauspersonal in privaten Haushalten, Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	3.078	2.957	- 121	- 3,9
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	661	699	+ 38	+ 5,7
Wirtschaftsklasse unbekannt	1.052	1.061	+ 9	+ 0,9
<b>Aktiv unselbständig Beschäftigte</b>	<b>3.391.706</b>	<b>3.415.531</b>	<b>+ 23.825</b>	<b>+ 0,7</b>
Präsenzdienstleistungen	6.686	6.140	- 546	- 8,2
Personen mit Kinderbetreuungsgeldbezug	84.604	81.731	- 2.873	- 3,4
<b>Unselbständig Beschäftigte</b>	<b>3.482.996</b>	<b>3.503.402</b>	<b>+ 20.406</b>	<b>+ 0,6</b>

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Die Arbeitskräfteüberlassungsstatistik des Sozialministeriums, die im Zuge der Novelle des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes 2013 neu geregelt wurde, wies mit Stichtag 30. Juni 2014 einen Jahresdurchschnittsbestand<sup>9)</sup> von 65.327 überlassenen Arbeitskräften aus<sup>10)</sup>, davon 97,5% im Inland. 30% der überlassenen Arbeitskräfte waren Ausländerinnen und Ausländer, 74,4% Männer. Die meisten Leiharbeitskräfte wurden in der Industrie (42,1%) sowie im Gewerbe bzw. im Handwerk (28,0%) eingesetzt.

Die Zunahme der geringfügigen unselbständigen Beschäftigung hielt laut Hauptverband auch 2014 an (+9.114, +2,8%, 2013 +7.677, +2,4%). Obwohl diese Beschäftigungsform einen Frauenanteil von 63,0% aufweist, nahm 2014 auch die geringfügige Beschäftigung von Männern merklich zu (+4,5%, 2013 +3,8%).

Die Zahl der freien Dienstverträge, die ebenfalls mehrheitlich auf Frauen entfallen, sank 2014 in ähnlich hohem Ausmaß wie 2013 (-879, -4,7%, 2013 -931, -4,8%).

#### 9.4 Teilzeitarbeit nimmt zu, Vollzeitbeschäftigung rückläufig

Die Struktur der Wochenarbeitszeit verändert sich seit einigen Jahren nachhaltig. Ein Anstieg der Beschäftigtenzahl impliziert nicht, dass insgesamt mehr bezahlte Er-

<sup>9)</sup> Berechnet auf Basis der Monatsendbestände Juli 2013 bis Juni 2014.

<sup>10)</sup> [http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/8/6/4/CH2128/CMS1393406558751/ergebnisse\\_2014\\_kurz\\_gefasst.pdf](http://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/8/6/4/CH2128/CMS1393406558751/ergebnisse_2014_kurz_gefasst.pdf).

werbsarbeit geleistet wird: Das Arbeitsvolumen kann zugleich sinken oder stagnieren und von mehr Personen mit jeweils geringerer Wochenarbeitszeit geleistet werden.

Wegen der Konjunkturschwäche sank die durchschnittliche Wochenarbeitszeit (Stundenmaß je Beschäftigungsverhältnis) im Jahr 2014. Laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung erhöhte sich die Zahl der Personen mit Teilzeitbeschäftigung um 44.400, während die Zahl der Vollzeitstellen um 36.400 zurückging. Der Beschäftigungszuwachs laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung geht somit ausschließlich auf die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung zurück. 79,2% aller Teilzeitarbeitskräfte waren 2014 Frauen (2013: 79,6%).

Das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen lag laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung trotz des Beschäftigungsanstieges im Jahr 2014 mit 6.814,7 Mio. Arbeitsstunden nach wie vor unter dem Vorkrisenniveau von 7.113,9 Mio. (2008). Die durchschnittliche geleistete Arbeitszeit der Erwerbstätigen war daher in den letzten Jahren rückläufig. Zugleich stieg die Teilzeitquote der Erwerbstätigen von 23,5% auf 27,9%, während das Volumen an Über- bzw. Mehrstunden von 347,4 Mio. im Jahr 2008 auf 268,8 Mio. im Jahr 2014 abnahm. Die durchschnittliche pro Woche geleistete Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten sank zwischen 2008 und 2014 um 1,5 Stunden auf 35,8 Stunden (Männer –1,7 Stunden auf 36,6 Stunden, Frauen –1,2 Stunden auf 34,4 Stunden), jene der Teilzeitbeschäftigten blieb dagegen nahezu unverändert (2014: 18,2 Stunden, 2008: 18,5 Stunden).

Übersicht 31: Atypische Beschäftigungsformen

	2011	2012	2013	2014
Personalverleih <sup>1)</sup>	74.783	78.414	71.741	65.327
Männer	57.919	61.299	56.368	48.813
Frauen	16.864	17.115	15.373	16.514
Freie Dienstverträge	19.884	19.481	18.550	17.671
Männer	9.503	9.318	8.893	8.501
Frauen	10.381	10.163	9.657	9.170
Geringfügige Beschäftigung	307.741	316.510	324.187	333.301
Männer	109.113	113.668	117.972	123.269
Frauen	198.627	202.842	206.216	210.033
Teilzeitbeschäftigung <sup>2)</sup>	757.300	794.000	819.900	835.200
Männer	107.700	112.500	124.200	124.100
Frauen	649.600	681.500	695.700	711.200

Q: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Statistik Austria. – <sup>1)</sup> Laut Arbeitskräfteüberlassungsstatistik; Zeitreihenbruch 2013/14 durch Umstellung des Erhebungsverfahrens bzw. des Erhebungsumfanges. – <sup>2)</sup> Unselbständig Erwerbstätige (Labour-Force-Konzept), Wochenarbeitszeit 12 bis 35 Stunden.

## 9.5 Anstieg der Arbeitslosigkeit betrifft insbesondere ältere und ausländische Arbeitskräfte

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit hält seit der zweiten Jahreshälfte 2011 an und verfestigt sich nunmehr deutlich. Der Anstieg fiel 2014 (+32.151, +11,2%) ebenso hoch aus wie 2013, als er sich gegenüber 2012 beinahe verdoppelt hatte.

Aufgrund einer Änderung der aktiven Arbeitsmarktpolitik gingen ab Oktober 2014 in allen Bundesländern mit Ausnahme von Burgenland und Kärnten die Schulungszahlen im Vorjahresvergleich zurück. Im Jahresdurchschnitt ergab sich damit noch ein Anstieg der Zahl der Personen in AMS-Kursmaßnahmen um 1.801 oder 2,5% auf 75.317. Die Summe aus registrierten Arbeitslosen und Personen in AMS-Kursmaßnahmen erhöhte sich um 33.952 oder 9,4%.

2012 und 2013 waren Männer aufgrund ihrer Konzentration auf exportabhängige Branchen stärker vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen gewesen als Frauen. Insbesondere im I. Quartal (Männer +7,0%, Frauen +13,8%) und im Dezember 2014 (Männer +8,8%, Frauen +9,2%) nahm auch die Zahl der arbeitslosen Frauen stärker zu (Jahresdurchschnitt +13.816, +11,3% auf 135.828), weil positive Impulse für die österreichische Wirtschaft weiterhin ausblieben. Die Männerarbeitslosigkeit erhöhte sich 2014 um 18.335 oder 11,1% auf 183.530. Die Frauenarbeitslosigkeit stieg bereits 2011 wieder, als Männer noch von der Erholung der Wirtschaft profitierten. 2012 nahm

auch die Arbeitslosigkeit der Männer wieder zu und zwar stärker als die der Frauen. 2014 stieg die Frauenarbeitslosigkeit stärker als die der Männer.

Die Arbeitslosenquote erhöhte sich 2014 auf Basis der Registerdaten von AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger um 0,8 Prozentpunkte auf 8,4% (Männer +0,8 Prozentpunkte auf 9,0%, Frauen +0,6 Prozentpunkte auf 7,6%). Sie war damit ähnlich hoch wie zuletzt in den frühen 1950er-Jahren. Laut Eurostat (Labour Force Survey) lag die Arbeitslosenquote mit 5,6% um 0,2 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau (Männer +0,5 Prozentpunkte auf 5,9%, Frauen +0,1 Prozentpunkt auf 5,4%), d. h. der Anstieg der Arbeitslosenquote war fast ausschließlich dem Anstieg der Männerarbeitslosenquote zuzuschreiben.

Die erweiterte Arbeitslosenquote, die neben den registrierten Arbeitslosen auch Personen in AMS-Kursmaßnahmen, sofort verfügbare Lehrstellensuchende, Personen mit Pensionsvorschuss und Übergangsgeld berücksichtigt, dürfte 2014 mit 10,4% (2013: 9,9%) um nur 2,1 Prozentpunkte höher gewesen sein als auf Basis der Registerdaten (2013: 2,2 Prozentpunkte). Besonders stark rückläufig ist hier die Zahl der Personen mit Pensionsvorschuss- und Übergangsgeldbezug, wobei die Altersstaffelung für den Neuzugang zum Übergangsgeld die Bestandszahlen ab 2012 dämpft.

Die Arbeitslosigkeit der ausländischen Arbeitskräfte steigt seit dem Frühjahr 2011 und verstärkt 2014. Im Jahresdurchschnitt war der Zuwachs deutlich überdurchschnittlich (+14.151, +21,2%). Die Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitskräfte<sup>11)</sup> betrug 11,9% (+1,4 Prozentpunkte gegenüber 2013) und war damit um 4,3 Prozentpunkte höher als jene der österreichischen Staatsangehörigen. Ausländische Arbeitskräfte gehören häufiger einer Randbelegschaft an, die bei Auftragsschwankungen eher angepasst wird als die Stammebelegschaft, sind häufiger in Segmenten des Arbeitsmarktes beschäftigt, die durch höhere Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind, bzw. sind aufgrund ihrer tendenziell schlechteren, wenngleich nach Herkunftsregionen variierenden Qualifikationsstruktur häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Hinzu kommt die kräftige Ausweitung des Angebotes ausländischer Arbeitskräfte durch Zuwanderung und Einpendeln, die mit Verdrängung und Substitution innerhalb dieser Gruppe einhergeht.

Übersicht 32: Arbeitslose und Personen in AMS-Kursmaßnahmen nach Geschlecht und Alter

	Arbeitslose				Personen in Schulung			
	2013	2014	Veränderung 2013/14		2013	2014	Veränderung 2013/14	
			Absolut	In %			Absolut	In %
Männer	165.195	183.530	+ 18.335	+ 11,1	35.844	37.091	+ 1.247	+ 3,5
Bis 24 Jahre	24.791	26.443	+ 1.651	+ 6,7	14.488	15.201	+ 712	+ 4,9
25 bis 49 Jahre	96.746	105.947	+ 9.202	+ 9,5	16.603	16.912	+ 309	+ 1,9
50 Jahre oder älter	43.658	51.140	+ 7.482	+ 17,1	4.753	4.978	+ 225	+ 4,7
Frauen	122.012	135.828	+ 13.816	+ 11,3	37.672	38.226	+ 555	+ 1,5
Bis 24 Jahre	17.953	18.705	+ 752	+ 4,2	12.049	12.299	+ 251	+ 2,1
25 bis 49 Jahre	78.490	86.600	+ 8.110	+ 10,3	22.020	22.026	+ 5	+ 0,0
50 Jahre oder älter	25.569	30.523	+ 4.954	+ 19,4	3.603	3.902	+ 299	+ 8,3
Insgesamt	287.207	319.357	+ 32.151	+ 11,2	73.516	75.317	+ 1.801	+ 2,5
Bis 24 Jahre	42.744	45.147	+ 2.403	+ 5,6	26.537	27.500	+ 963	+ 3,6
25 bis 49 Jahre	175.235	192.547	+ 17.312	+ 9,9	38.623	38.938	+ 314	+ 0,8
50 Jahre oder älter	69.227	81.663	+ 12.436	+ 18,0	8.356	8.880	+ 524	+ 6,3

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm in allen Altersgruppen mit Ausnahme der Jugendlichen bis 19 Jahre zu; besonders betroffen waren Personen ab 50 Jahren. Jugendliche profitieren weiterhin vom Schwerpunkt Jugendbeschäftigung des Sozialministeriums mit einem differenzierten Angebot an etablierten und innovativen Pro-

<sup>11)</sup> Laut Arbeitsmarktdatenbank.

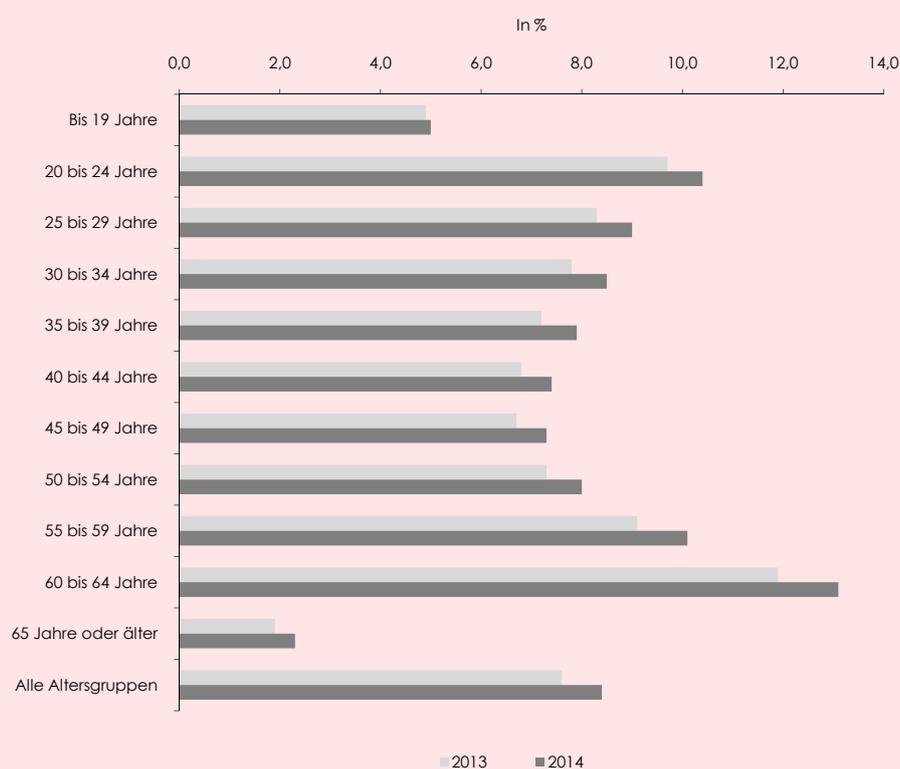
grammen und Projekten der Jugendarbeitsmarktpolitik (AusbildungsFit, Jugendcoaching, überbetriebliche Lehrausbildung usw.).

Die Arbeitslosigkeit der Älteren (ab 50 Jahren) erhöhte sich auch 2014 merklich. Dem steht in den letzten Jahren jedoch auch eine markante Zunahme der Beschäftigung gegenüber – nicht zuletzt aufgrund der vergangenen Pensionsreformen. Zudem gehören zunehmend stärker besetzte Jahrgänge dieser Altersgruppe an. Unter den 50- bis 59-Jährigen stieg die Arbeitslosenquote in der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen am stärksten (+1,1 Prozentpunkte auf 10,1%, 50- bis 54-Jährige +0,8 Prozentpunkte auf 8,0%). Die erhebliche Steigerung der Arbeitslosenzahlen in der Altersgruppe ab 50 Jahren (+12.436 auf 81.663) ist somit angebotsbedingt bzw. auf die Demographie zurückzuführen.

Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen bis 19 Jahre war 2014 halb so hoch wie die der 20- bis 24-Jährigen (5,0% bzw. 10,4%). Die Quote der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 24 Jahren war die zweithöchste nach jener der 60- bis 64-Jährigen (13,1%). Junge Erwachsene haben demnach erhebliche Probleme, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen mit intensiven Suchaktivitäten und häufigerem Arbeitsplatzwechsel in der Einstiegsphase.

Im Haupterwerbssalter herrschte unter den 40- bis 49-Jährigen die geringste Arbeitslosigkeit (40 bis 44 Jahre 7,4%, 45 bis 49 Jahre 7,3%).

Abbildung 21: Arbeitslosenquote nach Altersgruppen



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Besonders stark stieg 2014 die Zahl der Arbeitslosen ohne Pflichtschulabschluss bzw. mit Pflichtschule oder Lehre als höchstem Abschluss. Auch die Zahl der Arbeitslosen mit akademischer Ausbildung oder Matura nahm abermals zu – allerdings weiterhin von einem sehr niedrigen Niveau aus. Insgesamt verfügten 46,6% der registrierten Arbeitslosen höchstens über einen Pflichtschulabschluss, 38,2% hatten eine Lehre oder eine berufsbildende mittlere Schule absolviert, 9,0% eine allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule und 5,3% eine Fachhochschule oder Universität.

Die Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten war fast dreimal so hoch wie der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt (8,4%), mit zunehmender Distanz zu den Hochqualifizierten. 2014 betrug die Arbeitslosenquote von Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss 24,6%, jene der Personen mit Universitäts- oder Hochschulausbildung dagegen 2,9%.

Die durchschnittliche Verweildauer in der Arbeitslosigkeit erhöhte sich 2014 von 97 auf 104 Tage (Männer 104 Tage, Frauen 102 Tage). Der überdurchschnittliche Anstieg der Dauer der längerfristigen Arbeitslosigkeit weist auf eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit, insbesondere von Geringqualifizierten hin. Die Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Arbeitslosen<sup>12)</sup> erhöhte sich um 24.527 oder 42,7% auf 81.989 und jene der Langzeitbeschäftigungslosen<sup>13)</sup> insgesamt um fast ein Drittel auf 119.424 (+29.597). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit einer Vormerkdauer von mindestens einem Jahr verdoppelte sich beinahe auf 12.464 (+5.669 oder +83,4%).

**Übersicht 33: Arbeitslose nach Geschlecht und höchster abgeschlossener Ausbildung**

	2013	2014	Veränderung 2013/14	
			Absolut	In %
<b>Männer</b>	165.195	183.530	+ 18.335	+ 11,1
Keine abgeschlossene Ausbildung	10.407	11.893	+ 1.486	+ 14,3
Pflichtschule	64.885	72.458	+ 7.573	+ 11,7
Lehre	64.188	69.934	+ 5.746	+ 9,0
Berufsbildende mittlere Schule	5.268	5.795	+ 527	+ 10,0
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	12.545	14.262	+ 1.717	+ 13,7
Akademie	272	307	+ 35	+ 12,8
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	6.680	7.807	+ 1.127	+ 16,9
Unbekannt	951	1.074	+ 123	+ 13,0
<b>Frauen</b>	122.012	135.828	+ 13.816	+ 11,3
Keine abgeschlossene Ausbildung	7.956	9.109	+ 1.153	+ 14,5
Pflichtschule	49.673	55.281	+ 5.608	+ 11,3
Lehre	32.733	35.712	+ 2.979	+ 9,1
Berufsbildende mittlere Schule	9.726	10.460	+ 735	+ 7,6
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	12.816	14.544	+ 1.728	+ 13,5
Akademie	593	641	+ 49	+ 8,3
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	7.665	9.122	+ 1.456	+ 19,0
Unbekannt	851	958	+ 107	+ 12,6
<b>Insgesamt</b>	287.207	319.357	+ 32.151	+ 11,2
Keine abgeschlossene Ausbildung	18.363	21.002	+ 2.640	+ 14,4
Pflichtschule	114.558	127.739	+ 13.181	+ 11,5
Lehre	96.921	105.646	+ 8.725	+ 9,0
Berufsbildende mittlere Schule	14.994	16.255	+ 1.261	+ 8,4
Allgemeinbildende oder berufsbildende höhere Schule	25.361	28.806	+ 3.445	+ 13,6
Akademie	865	948	+ 84	+ 9,7
Fachhochschule, Bakkalaureatsstudium, Universität	14.345	16.929	+ 2.583	+ 18,0
Unbekannt	1.802	2.032	+ 231	+ 12,8

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Beim Arbeitsmarktservice waren 2014 ähnlich viele offene Stellen gemeldet wie 2013 (-63, -0,2% gegenüber 2013). Aufgrund der Zunahme der Arbeitslosigkeit und des Rückganges des Stellenangebotes erhöhte sich die Stellenandrangsziffer von 10,9 auf 12,1 registrierte Arbeitslose je offene Stelle, mit Werten von über 14 Arbeitslosen je offene Stelle im I. und IV. Quartal.

Das Stellenangebot laut Offener-Stellen-Erhebung von Statistik Austria sank im Jahresdurchschnitt 2014 um 2.600 oder 4,0% auf 62.400; im Dienstleistungsbereich, auf

<sup>12)</sup> Als langzeitbeschäftigungslose Arbeitslose gelten zum jeweiligen Stichtag beim AMS als arbeitslos vorgezeichnete Personen, die mehr als ein Jahr mit Unterbrechungen von weniger als 62 Tagen immer wieder den Status "vorgezeichnet arbeitslos" erhalten haben.

<sup>13)</sup> Alle Vormerkeperioden als arbeitslos, lehrestellensuchend und in Schulungsmaßnahmen mit Unterbrechungen bis zu 62 Tagen werden als eine Episode gezählt. Wenn eine Episode länger als ein Jahr dauert, gilt die Person als langzeitbeschäftigungslos.

den zwei Drittel der offenen Stellen entfielen, wurden 2014 mit 41.200 um 2.200 oder 5,1% weniger offene Stellen angeboten als im Vorjahr, im produzierenden Bereich betrug der Rückgang 500 bzw. 4,5% (auf 11.300). Im öffentlichen Dienst wurden im Jahresdurchschnitt 2014 um 200 offene Stellen mehr verzeichnet als im Jahr zuvor (+1,7% auf 9.800).

Julia Bock-Schappelwein ([Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at](mailto:Julia.Bock-Schappelwein@wifo.ac.at)),

Ulrike Huemer ([Ulrike.Huemer@wifo.ac.at](mailto:Ulrike.Huemer@wifo.ac.at))

Statistik: Christoph Lorenz ([Christoph.Lorenz@wifo.ac.at](mailto:Christoph.Lorenz@wifo.ac.at))

## 10. Sachgütererzeugung wenig dynamisch

Im Jahr 2014 erwirtschafteten in der Herstellung von Waren<sup>14)</sup> durchschnittlich 609.000 unselbständig und 23.000 selbständig Beschäftigte 54,7 Mrd. € an Wertschöpfung (zu laufenden Preisen). Die durchschnittliche Wertschöpfung je Arbeitskraft betrug somit knapp 90.000 €. Der Anteil der Industrie am nominellen Bruttoinlandsprodukt war 2014 mit 18,7% um 1 Prozentpunkt geringer als zehn Jahre zuvor, aber etwas höher als 2013 (+0,2 Prozentpunkte). Wie 2013 trug die Herstellung von Waren zum realen Bruttoinlandsprodukt (zu Preisen von 2005) 19,7% bei. Entgegen der verbreiteten Befürchtung einer Deindustrialisierung hat in Österreich der reale Industrieanteil langfristig sogar leicht steigende Tendenz. Der Unterschied zwischen der Entwicklung des Industrieanteils zu laufenden und zu konstanten Preisen beruht vor allem auf dem durch überdurchschnittliche Produktivitätsgewinne möglichen Rückgang der Erzeugerpreise relativ zu den anderen Sektoren<sup>15)</sup>. Aufgrund der kräftigen Steigerung der Arbeitsproduktivität sinkt jedoch der Anteil der Herstellung von Waren an der unselbständigen Beschäftigung beständig und lag 2014 bei 16,3%.

Übersicht 34: Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	Nettoproduktionswert real <sup>1)</sup>	Unselbständig Beschäftigte <sup>1)</sup>	Stundenproduktivität <sup>2)</sup>	Lohnstückkosten <sup>3)</sup>	Warenexporte (SITC 5 bis 8)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
2001	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,8	- 3,5	+ 6,1
2002	- 2,5	- 2,5	+ 1,8	+ 1,5	+ 3,1
2003	- 0,6	- 0,6	+ 0,6	+ 6,9	+ 1,2
2004	- 1,1	- 1,1	+ 3,4	+ 1,2	+ 13,4
2005	+ 0,3	+ 0,3	+ 4,4	- 1,4	+ 3,4
2006	+ 0,1	+ 0,1	+ 7,9	- 2,3	+ 12,3
2007	+ 2,2	+ 2,2	+ 5,9	- 1,1	+ 9,8
2008	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,4
2009	- 4,3	- 4,3	- 6,8	+ 6,2	- 20,9
2010	- 1,8	- 1,8	+ 6,8	- 2,5	+ 16,5
2011	+ 1,9	+ 1,9	+ 7,0	- 3,4	+ 11,3
2012	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 1,1	+ 1,2
2013	- 0,1	- 0,1	+ 1,1	+ 3,0	+ 2,5
2014	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,9		+ 2,3

Q: WIFO-Datenbank, WIFO-Prognose vom März 2015. – 1) Laut VGR. – 2) Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – 3) In einheitlicher Währung gegenüber Handelspartnern; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Nach dem Einbruch der realen Wertschöpfung um beinahe 15% im Jahr 2009 konnte die österreichische Industrie den Rückschlag mit sehr hohen Zuwachsraten von 7,7% 2010 und 8,8% 2011 rasch ausgleichen. In der Folge verflachte das Wachstum aber neuerlich auf +1,2% 2012, +0,7% 2013 und nur +0,3% im Jahr 2014. Gestützt wurde die Sachgüterproduktion durch den mäßigen Anstieg der Warenexporte um 2,3%. Die Beschäftigung wurde unter diesen Rahmenbedingungen nicht ausgeweitet. Ein leichter Rückgang des tatsächlichen Arbeitsvolumens hatte hingegen ein geringfü-

<sup>14)</sup> Die Begriffe "Industrie", "Sachgütererzeugung" oder "Herstellung von Waren" werden hier synonym verwendet.

<sup>15)</sup> Peneder, M., "Warum die Neue Industriepolitik die Deindustrialisierung beschleunigen wird", FIW Policy Brief, 2014, (23).

giges Wachstum der Stundenproduktivität zur Folge (+0,9%). Zu den relativen Lohnstückkosten liegen für 2014 noch keine Daten vor. Nach einem beständigen Rückgang seit drei Jahren stiegen sie 2013 um 3,0%.

Der Mangel an Dynamik in der Herstellung von Waren insgesamt verdeckt zum Teil große Unterschiede zwischen den einzelnen Industriezweigen. Relativ kräftig wuchs die Produktion neben der Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (+6,2%) z. B. in der Herstellung von Leder, -waren und Schuhen (+4,4%), im sonstigen Fahrzeugbau (+4,3%), in der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (+4,1%) oder der Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik und der Verarbeitung von Steinen und Erden (+3,5%). Einen mäßigen Zuwachs meldeten dagegen die Hersteller von Bekleidung, Kraftwagen und Kraftwagenteilen, von pharmazeutischen Erzeugnissen, die Getränkehersteller, der Maschinenbau und die Produzenten von Gummi- und Kunststoffwaren. In der Herstellung von Textilien, Nahrungs- und Futtermitteln sowie in der Metallerzeugung und -bearbeitung blieb die Produktion nahezu konstant. Alle anderen Branchen (8 von 22) verzeichneten einen Rückgang der Produktion. Am deutlichsten war dieser in der Herstellung von sonstigen Waren (-25,3%), der Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (-4,2%), der Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (-3,9%) sowie der Herstellung von Möbeln (-2,9%).

Übersicht 35: Kennzahlen zur Konjunkturlage der Herstellung von Waren 2014

ÖNACE 2008

	Produktionswert		Beschäftigte		Produktion pro Kopf		Erzeugerpreisindex	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	In €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	2010 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	14.768,6	+ 0,1	55.507	+ 0,16	266.069	+ 2,4	110,1	- 1,0
Getränkeherstellung	5.214,2	+ 2,5	8.183	+ 0,87	637.199	+ 0,9	104,3	+ 0,7
Herstellung von Textilien	1.273,8	+ 0,8	7.339	- 1,42	173.574	+ 3,4	108,6	- 0,4
Herstellung von Bekleidung	783,3	+ 2,8	4.648	- 9,98	168.533	+ 2,2	107,0	- 0,6
Herstellung von Leder, -waren und Schuhen	868,4	+ 4,4	3.745	+ 2,17	231.903	+ 4,1	107,0	+ 1,4
Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren	6.931,2	- 3,9	26.271	- 4,83	263.839	+ 3,4	104,7	- 0,5
Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	6.063,8	- 0,6	16.644	+ 0,62	364.334	- 2,1	98,0	- 1,4
Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	1.944,4	- 1,9	9.520	- 6,97	204.254	+ 2,0	100,2	+ 1,2
Kokerei und Mineralölverarbeitung	.	.	.	.	.	.	.	.
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	7.686,5	- 0,9	15.747	- 1,13	488.140	+ 0,4	106,0	- 3,0
Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen	3.325,0	+ 2,6	13.651	+ 2,64	243.566	- 5,3	96,5	- 1,2
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	5.854,1	+ 1,3	27.525	+ 1,73	212.682	+ 2,0	105,3	- 0,2
Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	6.309,6	+ 3,5	28.079	- 2,82	224.710	- 0,6	103,6	- 0,5
Metallerzeugung und -bearbeitung	14.797,6	+ 0,5	34.919	+ 1,23	423.764	- 6,6	99,9	- 2,1
Herstellung von Metallerzeugnissen	13.200,7	- 0,8	63.909	- 1,97	206.554	- 0,9	102,2	- 0,3
Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	4.815,4	+ 6,2	20.611	+ 1,22	233.633	- 0,2	99,0	+ 0,2
Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	10.324,3	+ 4,1	39.570	+ 0,26	260.913	- 2,8	101,1	- 0,1
Maschinenbau	19.779,1	+ 2,2	72.916	+ 0,02	271.259	- 1,1	104,8	+ 1,2
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	14.424,8	+ 2,8	29.833	+ 1,05	483.513	+ 13,2	103,2	+ 0,3
Sonstiger Fahrzeugbau	2.371,0	+ 4,3	6.082	+ 7,51	389.823	+ 4,9	107,2	+ 0,1
Herstellung von Möbeln	2.301,7	- 2,9	16.844	- 9,26	136.646	- 1,0	108,2	+ 1,0
Herstellung von sonstigen Waren	3.180,6	- 25,3	11.308	- 7,41	281.268	+ 1,9	102,7	+ 0,1
Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	5.104,6	- 4,2	24.914	- 2,52	204.889	+ 3,8	106,0	+ 1,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

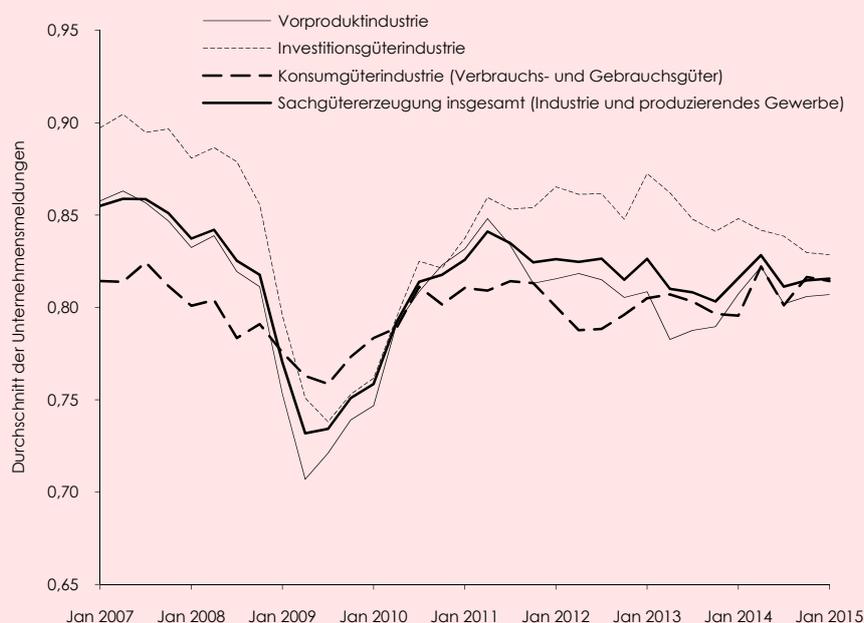
Auffällig hohe Beschäftigungszuwächse weist die Statistik neben dem sonstigen Fahrzeugbau (+7,5%) für die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+2,6%) aus, vor der Herstellung von Leder, -waren und Schuhen (+2,2%). Die größten Beschäftigungseinbußen ergaben sich in der Herstellung von Bekleidung (-10%) und von Möbeln (-9,3%) sowie der Herstellung von sonstigen Waren (-7,4%), von Druckerzeugnissen (-7%) und von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (-4,8%).

Die Produktion je Arbeitskraft stieg in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+13,2%), im sonstigen Fahrzeugbau (+4,9%) sowie in der Herstellung von Leder, -waren und Schuhen (+4,1%) am deutlichsten. Besonders ungünstig entwickelte sie sich neben der Metallerzeugung und -bearbeitung (-6,6%) in der Pharmabranche (-5,3%), der Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (-2,8%) sowie der Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (-2,1%).

Die Erzeugerpreise sanken in der Herstellung von chemischen Erzeugnissen mit -3,0% am stärksten. Wesentlich niedrigere Preise als im Vorjahr erzielte mit -2,1% auch die Metallerzeugung und -bearbeitung. Den höchsten Anstieg der Erzeugerpreise verzeichneten mit jeweils +1,4% die Herstellung von Leder, -waren und Schuhen sowie die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen. Über 1% lag auch der Preisanstieg im Maschinenbau sowie der Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern.

Wie schon 2013 entwickelte sich die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2014 insgesamt ruhig. Laut Insolvenzstatistik der Creditreform Österreich sank sie in der Gesamtwirtschaft um 0,5% von 5.626 auf 5.600 Fälle. Laut Schätzungen des Krediterschutzverbandes von 1870 waren 2014 um rund 34% weniger Beschäftigte von Insolvenzen betroffen als im Vorjahr. Das damit verbundene Insolvenzvolumen wird auf 2,9 Mrd. € geschätzt, nahezu die Hälfte des Vorjahreswertes. Diese Schätzung bezieht sich auf die Zahl der eröffneten Insolvenzen (2014: 3.275). Die Zahl der mangels Masse nicht eröffneten Insolvenzverfahren verringerte sich 2014 auf 2.148 Fälle. Insgesamt waren laut Insolvenzstatistik der Creditreform Österreich 326 Fälle der Sachgütererzeugung zuzurechnen (-8,2% gegenüber 2013). Die meisten Insolvenzen betrafen das Bauwesen (1.011 Fälle, +16,6% gegenüber dem Vorjahr), den Handel (1.044 Fälle, +7,7%) und die unternehmensnahen Dienstleistungen (971 Fälle, -23,3%). Die wenig dynamische Industriekonjunktur schlug sich im Insolvenzgeschehen nicht nieder, teils auch wegen des mittlerweile recht sanierungsfreundlichen Rechtsrahmens in Österreich. Allerdings hinkt die Insolvenzentwicklung der Konjunktur in der Regel nach.

Abbildung 22: Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung

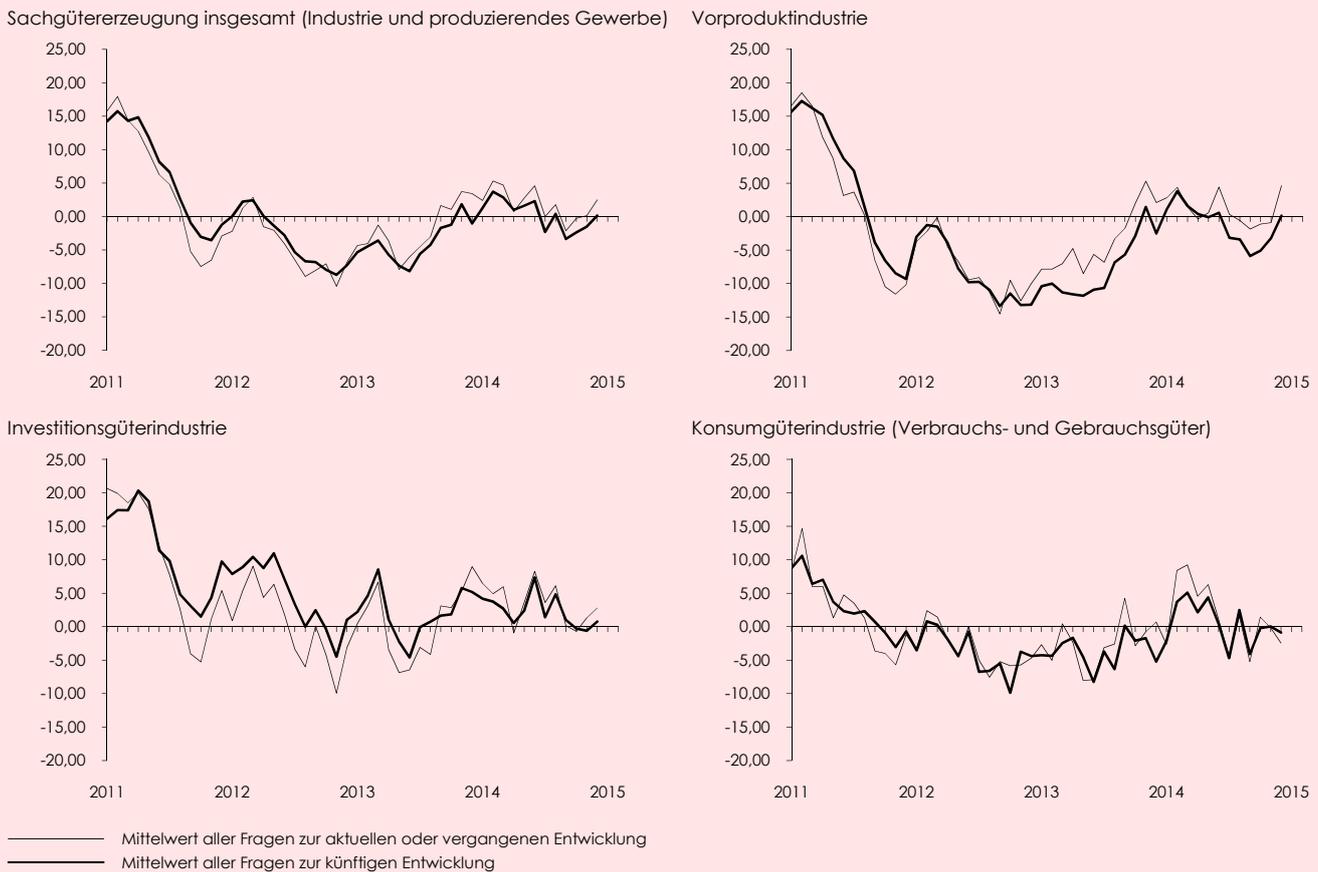


Q: WIFO-Konjunkturtest.

Wie die Indikatoren aus dem WIFO-Konjunkturtest zeigen (Abbildung 22), entwickelte sich die Kapazitätsauslastung der Sachgütererzeugung 2014 ruhig. Wie 2013 lag sie mit 81,7% etwas über dem langjährigen Durchschnitt (81,4%), sie schwächte sich aber im Jahresverlauf in allen Sektoren ab und zog erst Ende 2014 wieder leicht an,

insbesondere in den Vorprodukt- und Investitionsgüterbranchen. In der Konsumgüterbranche zeigte sich auch gegen Jahresende ein leichter Rückgang. Der leichte Anstieg des Index der Unsicherheit über die weitere Geschäftsentwicklung der Unternehmen im Jahresverlauf spiegelt die insgesamt wenig dynamische Entwicklung der Sachgütererzeugung im Jahr 2014 wider. Zu den mit der Euro-Krise verbundenen Risiken kamen 2014 die Risiken der Russland-Ukraine-Krise. Wie 2013 war deshalb die Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Geschäftslage überdurchschnittlich, blieb aber deutlich unter den Höchstwerten während der Wirtschaftskrise 2009.

Abbildung 23: Konjunkturbeurteilung durch die Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest. -100 ... pessimistische Meldungen, +100 ... optimistische Meldungen.

Ein stärker akzentuiertes Muster zeigen die Branchenkonjunkturindikatoren, die das WIFO auf Basis der Unternehmensbefragungen im WIFO-Konjunkturtest für die Sachgütererzeugung insgesamt sowie für die drei Branchengruppen Vorprodukt-, Investitionsgüter- und Konsumgütererzeugung erstellt. Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen ist als gleichlaufender Indikator konzipiert und basiert auf den monatlichen Erhebungen zur aktuellen Lage und zur Entwicklung in den letzten drei Monaten. Der Index der unternehmerischen Erwartungen hingegen fasst jene monatlichen Fragen zusammen, die sich auf die Entwicklung in den Folgemonaten der Erhebung beziehen. Er ist somit als vorlaufender Indikator konzipiert. Beide Indizes umfassen einen Wertebereich von -100 (negative Einschätzung durch alle Unternehmen) bis +100 (ausschließlich positive Einschätzungen).

Der Index der aktuellen Lagebeurteilungen gab insgesamt in den ersten zwei Quartalen 2014 eine Verbesserung gegenüber den Vorquartalen wieder. Hingegen blieb der Index der unternehmerischen Erwartungen immer deutlich hinter dem Index der aktuellen Lagebeurteilung zurück, was auf die anhaltenden Konjunkturrisiken hindeutete. Ab Juli und bis in den Herbst brachen die Erwartungsindikatoren, aber auch die Lagebeurteilungen infolge der Verunsicherung durch die Russland-Ukraine-Krise über alle Branchen hinweg ein. Erst im Herbst setzte eine vorsichtige Aufwärts-

bewegung ein, die allerdings bis zum Jahresende für die Sachgüterbranchen wenig dynamisch blieb. Der Index der unternehmerischen Erwartungen entwickelte sich nahezu parallel zu den Lagebeurteilungen und war bis Dezember negativ. Besonders ausgeprägt war der Einbruch in den Vorproduktbranchen, während die Investitionsgüterbranchen sich laut Konjunkturindikatoren günstiger entwickelten. In den Investitionsgüterbranchen sanken die Indizes erst im Herbst in den negativen Bereich.

Werner Hölzl ([Werner.Hoelzl@wifo.ac.at](mailto:Werner.Hoelzl@wifo.ac.at)),  
Michael Peneder ([Michael.Peneder@wifo.ac.at](mailto:Michael.Peneder@wifo.ac.at))  
Statistik: Anna Strauss ([Anna.Strauss@wifo.ac.at](mailto:Anna.Strauss@wifo.ac.at))

## 11. Baukonjunktur verliert an Schwung

Nach dem äußerst schwachen Wachstum der Bruttowertschöpfung von real 0,4% im Jahr 2013 – die realen Bauinvestitionen waren mit –2,2% sogar rückläufig – verzeichnete das Bauwesen Anfang 2014 relativ große Zugewinne. Die Bruttowertschöpfung expandierte im 1. Halbjahr 2014 real mit 5,6% wesentlich stärker als die Gesamtwirtschaft. Im Laufe des Jahres kühlte die Baukonjunktur dann jedoch merklich ab, im 2. Halbjahr schrumpfte die Wertschöpfung empfindlich (–2,9%). Diese äußerst heterogene Entwicklung war nicht zuletzt eine Folge des äußerst milden Wetters Anfang 2014. Das starke Wachstum im 1. Halbjahr 2014 beruhte somit zumindest teilweise auf Vorzieheffekten, deren Echoeffekt die Konjunkturschwäche im 2. Halbjahr bestimmte. Insgesamt ergab sich 2014 ein Wachstum der realen Bruttowertschöpfung von nur 0,5%.

Aufgrund der unveränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist auch der Ausblick für 2015 sehr verhalten. Da die angekündigten Wohnbaupakete der Bundesregierung frühestens 2016 umgesetzt werden, sind heuer noch keine substantiellen Wachstumsimpulse für den Wohnbau zu erwarten. Ähnliches gilt für den überwiegend im Auftrag der öffentlichen Hand tätigen Tiefbau, welcher in Zeiten knapper Budgetmittel kaum expandieren dürfte. Mit dem prognostizierten Anziehen der allgemeinen Konjunktur könnte der private Hochbau als erste Sparte für positive Wachstumsbeiträge sorgen.

Übersicht 36: Produktionswert des Bauwesens

	2013	2014	2014			
			I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	IV. Quartal
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bauwesen insgesamt	+ 1,4	– 0,9	+ 5,2	+ 0,8	– 2,4	– 4,0
Hochbau	+ 2,4	– 4,1	+ 5,6	– 2,7	– 7,2	– 7,6
Erschließung von Grundstücken, Bauträger	+ 1,7	– 9,0	+ 0,4	– 4,4	– 10,1	– 15,8
Wohnungs- und Siedlungsbau	+ 2,0	– 3,8	+ 7,4	– 1,7	– 9,4	– 6,1
Adaptierungsarbeiten im Hochbau	+ 0,5	– 0,1	+ 13,1	– 2,8	– 6,5	+ 0,8
Sonstiger Hochbau	+ 3,9	– 3,8	+ 3,0	– 3,3	– 3,4	– 8,3
Tiefbau	– 0,8	+ 5,0	+ 6,1	+ 10,8	+ 5,7	– 0,8
Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	+ 10,6	+ 7,9	+ 10,9	+ 19,1	+ 9,1	– 2,7
Sonstiger Tiefbau <sup>1)</sup>	– 23,1	– 3,3	– 4,8	– 10,3	– 4,5	+ 5,4
Baunebengewerbe	+ 1,6	– 1,1	+ 4,8	– 0,7	– 2,7	– 3,2
Abbrucharbeiten und Baustellenvorbereitung	+ 4,9	+ 3,5	+ 26,0	+ 3,5	– 2,1	– 1,3
Bauinstallation	+ 1,8	– 1,2	+ 5,0	– 1,2	– 1,8	– 4,5
Sonstige Ausbauarbeiten	+ 0,2	– 0,8	+ 0,6	– 0,1	– 2,2	– 0,9
Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	+ 2,1	– 2,2	+ 4,9	– 1,4	– 5,3	– 3,4

Q: Statistik Austria. Abgesetzte Produktion, Grundgesamtheit. – <sup>1)</sup> Leitungstiefbau und Kläranlagenbau + Sonstiger Tiefbau.

Ein sehr ähnliches Bild zeichnet die Konjunkturerhebung von Statistik Austria für den Produktionswert. Nach dem kräftigen Anstieg um 5,2% im I. Quartal 2014 war die abgesetzte Produktion im weiteren Jahresverlauf stark rückläufig (II. Quartal +0,8%, III. Quartal –2,4%, IV. Quartal –4,0%). Im Jahresdurchschnitt 2014 sank der Produktionswert im Bauwesen gegenüber dem Vorjahr um 0,9%. Von dieser Entwicklung war

vor allem der Hochbau betroffen, der Produktionswert brach um 4,1% ein. Die aufgrund ihres Volumens wichtigen Bereiche Wohnungs- und Siedlungsbau sowie sonstiger Hochbau (z. B. Büro- und Geschäftslokale) waren in gleichem Maße vom Einbruch betroffen und schrumpften 2014 um jeweils 3,8%.

Etwas schwächere Einbußen verzeichnete auch das Baunebengewerbe (-1,1%), bestimmt vor allem durch den großen Bereich der Bauinstallationen (-1,2%).

Nur der Tiefbau verzeichnete im Jahr 2014 ein Wachstum, das mit +5,0% zudem ungewöhnlich hoch ausfiel. Der Straßen- und Schienenbau wurde nach +10,6% im Jahr 2013 um 7,9% ausgeweitet. Wie im Vorjahr waren dafür eine Reihe von Großprojekten bestimmend (z. B. Wiener Hauptbahnhof). Der Produktionswert des sonstigen Tiefbaus, zu dem auch der Leitungstiefbau und der Kraftwerksbau gehören, war mit -3,3% zwar rückläufig, aber wesentlich schwächer als 2013.

Übersicht 37: Produktionswert der Bauzulieferbranchen

	Stein- und keramische Industrie <sup>1)</sup>	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
2012	- 4,5	-11,6	- 3,4
2013	+ 1,0	- 3,4	- 0,7
2014	- 4,4	+ 4,3	- 3,9
I. Quartal	+ 3,2	+ 2,6	+ 1,5
II. Quartal	- 5,2	- 0,3	- 1,4
III. Quartal	- 7,8	+11,4	- 6,9
IV. Quartal	- 5,0	+ 3,2	- 8,1

Q: Statistik Austria, ÖNACE. – 1) Gliederung laut Wirtschaftskammer Österreich.

Mit Ausnahme der Glasindustrie, welche nach zwei negativen Jahren 2014 um 4,3% wuchs, standen auch die Bauzulieferbranchen unter dem Eindruck des schwachen Marktumfeldes. Die Stein- und keramische Industrie sowie die Holzverarbeitende Industrie wiesen ein ähnliches Konjunkturmuster auf wie die Bauwirtschaft insgesamt: Einem Anstieg des Produktionswertes zu Jahresbeginn folgte eine ständige Verschlechterung im Jahresverlauf. Mit -4,4% (Stein- und keramische Industrie) und -3,9% (Holzverarbeitende Industrie) fiel der Rückgang wesentlich stärker aus als im Baugewerbe.

Übersicht 38: Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

2000 = 100

	2011	2012	2013	2014
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<i>Hochbau</i>	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5
Sonstiger Hochbau	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,7
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,3
Baumeisterarbeiten	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Sonstige Bauarbeiten	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,6
<i>Tiefbau</i>	+ 3,5	+ 2,6	- 0,1	+ 0,4
Straßenbau	+ 3,2	+ 2,8	- 0,4	+ 0,7
Brückenbau	+ 3,6	+ 2,3	- 1,5	- 0,5
Sonstiger Tiefbau	+ 3,8	+ 2,5	+ 0,4	+ 0,3
<i>Hoch- und Tiefbau</i>	+ 3,2	+ 2,6	+ 1,3	+ 1,5

Q: Statistik Austria.

Die Preise stiegen 2014 ähnlich wie im Vorjahr im Hoch- und Tiefbau insgesamt mit +1,5% etwas schwächer als der VPI (+1,7%). Während die Teuerung im Hochbau aber wie 2013 2,5% betrug, veränderten sich die Preise im Tiefbau mit +0,4% kaum. Bereits zum zweiten Mal in Folge war die Preisentwicklung im Hochbau damit wesentlich dynamischer als in anderen Sparten. Da sich die Produktion der beiden Sek-

toren sehr gleichmäßig entwickelte, dürften kostenseitige Faktoren für die Unterschiede bestimmend gewesen sein.

Die anhaltende Schwäche der Baukonjunktur drückte die Arbeitskräftenachfrage. Nach einer Ausweitung zu Jahresbeginn wurde die Beschäftigung im weiteren Jahresverlauf allmählich wieder abgebaut (Durchschnitt 2014: 247.000 Beschäftigte, -0,1% gegenüber dem Vorjahr). Die Zahl der unselbständig Beschäftigten nahm damit das zweite Jahr in Folge ab. Die anhaltende Flaute machte sich im ganzen Bauhauptgewerbe bemerkbar: Die Beschäftigung war sowohl im Hochbau (-2,6%) als auch Tiefbau (-2,7%) rückläufig. In der bedeutenden Sparte des Baunebengewerbes erhöhte sie sich dagegen um 1,3% auf 156.800.

Auch die Arbeitslosigkeit stieg 2014 weiter, mit +4,8% jedoch etwas schwächer als im Vorjahr. Obwohl eine detaillierte Segmentzurechnung nur bedingt möglich ist, scheint trotz der Beschäftigungsausweitung vor allem das Baunebengewerbe betroffen gewesen zu sein. Das Arbeitskräfteangebot dürfte demnach in diesem Bereich auch 2014 stark zugenommen haben.

### Übersicht 39: Beschäftigte und Arbeitslose in der Bauwirtschaft

Jahresdurchschnitt

	Unselbständig Beschäftigte				Arbeitslose			
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
	Absolut							
<i>Bauwesen insgesamt</i>	245.370	248.066	247.120	246.799	27.928	29.714	33.416	35.033
Hochbau	57.825	56.848	57.392	55.921	7.872	8.280	9.229	9.770
Tiefbau	35.724	36.528	35.061	34.125	3.889	4.077	4.583	4.223
Baunebengewerbe	151.821	154.689	154.667	156.753	16.167	17.357	19.604	21.039
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
<i>Bauwesen insgesamt</i>	+ 1,5	+ 1,1	- 0,4	- 0,1	- 8,6	+ 6,4	+ 12,5	+ 4,8
Hochbau	+ 2,6	- 1,7	+ 1,0	- 2,6	- 10,4	+ 5,2	+ 11,5	+ 5,9
Tiefbau	- 0,2	+ 2,3	- 4,0	- 2,7	- 11,6	+ 4,8	+ 12,4	- 7,8
Baunebengewerbe	+ 1,5	+ 1,9	- 0,0	+ 1,3	- 7,0	+ 7,4	+ 12,9	+ 7,3

Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Das schwache wirtschaftliche Umfeld spiegelte sich auch in der Auftragslage der Unternehmen. Im III. und IV. Quartal 2014 blieben die Auftragseingänge um mehr als 5% unter dem Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt sanken die Auftragseingänge um 2,4%. Da die Auftragsbestände jedoch nur langsam abgebaut wurden, waren sie durchwegs höher als 2013 und schrumpften erst im IV. Quartal merklich.

### Übersicht 40: Auftragslage im Bauwesen

	Auftragsbestände		Auftragseingänge	
	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
2013	9.990	- 0,1	28.207	+ 2,7
I. Quartal	9.719	- 3,8	5.626	- 7,9
II. Quartal	10.192	- 5,0	7.211	+ 4,2
III. Quartal	10.293	+ 3,2	7.600	+ 6,0
IV. Quartal	9.755	+ 6,0	7.770	+ 7,1
2014	10.680	+ 6,9	27.536	- 2,4
I. Quartal	10.421	+ 7,2	5.910	+ 5,1
II. Quartal	11.186	+ 9,8	7.161	- 0,7
III. Quartal	11.016	+ 7,0	7.141	- 6,0
IV. Quartal	10.097	+ 3,5	7.324	- 5,7

Q: Statistik Austria, ÖNACE. Grundgesamtheit.

Die aktuelle Stimmung ist in der Bauwirtschaft laut WIFO-Konjunkturtest getrübt. Nach einer kontinuierlichen Verbesserung ab Mitte 2014 verschlechtern sich seit Jänner

2015 sowohl die Beurteilung der aktuellen Lage als auch die Erwartungen für die kommenden Monate. Bestimmt wird diese Einschätzung primär von einem Auftragsmangel, der im März 2015 von 36% der befragten Bauunternehmer als wichtigstes Produktionshemmnis wahrgenommen wurde. Im März 2014 hatte dieser Anteil nur 28% betragen, war damit aber bereits über dem langjährigen Durchschnitt gelegen.

Michael Klien ([Michael.Klien@wifo.ac.at](mailto:Michael.Klien@wifo.ac.at))

Statistik: Michael Weingärtler ([Michael.Weingaertler@wifo.ac.at](mailto:Michael.Weingaertler@wifo.ac.at))

## 12. Uneinheitliche Entwicklung in der Verkehrswirtschaft: Pkw-Neuzulassungen gesunken, Ausweitung des Personen- und Güterverkehrs

Die Konjunkturschwäche in Österreich und weiten Teilen Europas (BIP 2014 Österreich +0,3%, EU 28 +1,4%) schlug sich 2014 uneinheitlich in den Angebots- und Nachfrageindikatoren der Verkehrswirtschaft nieder. Die Stagnation der Gesamtwirtschaft hatte negative Auswirkungen auf die Pkw-Neuzulassungen und den Arbeitsmarkt der Transport- und Logistikbranchen. Dagegen expandierten gemäß vorliegenden Daten der Güterverkehr auf Straße und Schiene sowie die Luftfracht. Der öffentliche Personennahverkehr verzeichnete mehr Fahrgäste als im Jahr zuvor, dagegen stagnierte die Zahl der Passagiere, die von österreichischen Flughäfen abflogen. Nach dem Rückgang im Jahr 2013 sanken die Treibstoffpreise auch 2014, insbesondere gegen Jahresende. Der Treibstoffabsatz verringerte sich wie in den Vorjahren ebenfalls.

### 12.1 Ausgewählte Transportdeterminanten: Sachgüterproduktion und Außenhandel stagnieren, sehr gutes Ergebnis im Tourismus

Der Output der österreichischen Sachgüterproduktion gilt als ein Indikator für die im Inland zu verladende Gütermenge und damit für den Güterverkehr. Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex der Sachgüterproduktion sank 2014 im Vorjahresvergleich um 0,5%, insbesondere aufgrund des Output-Rückganges in den Bereichen Fahrzeugbau und Energieversorgung sowie teilweise im Bausektor. In den meisten Wirtschaftsabteilungen mit hoher Transportintensität zog die Produktion jedoch an, darunter im Tiefbau (+8,2%) sowie in den Industriebranchen Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+4,1%) und Herstellung von chemischen Erzeugnissen (+3,5%). Ein Produktionswachstum wiesen auch die Metallherzeugung (+2,1%), die Nahrungs- und Futtermittelindustrie (+1,3%) sowie die Glas- und Keramikindustrie einschließlich der Verarbeitung von Steinen und Erden (+1,1%) auf. Hingegen erreichte die Produktion im Maschinenbau nur das Vorjahresniveau (+0,4%) und blieb in der Holzindustrie (-1,1%) sowie in Kokerei und Mineralölverarbeitung (-1,9%) darunter.

Der österreichische Außenhandel stagnierte im Jahr 2014 weitgehend (+0,4% gemessen am Wert), wobei die Einfuhr rückläufig war (-0,8%), die Exporte dagegen expandierten (+1,7%). Die Warenausfuhr in die Länder des Euro-Raumes wurde mäßig gesteigert (+1,4%; Importe -0,7%), der Außenhandel mit Deutschland (Export +0,5%, Import -0,3%) und Italien (±0,0%, -0,3%) entsprach etwa dem Vorjahresergebnis. Das Außenhandelsvolumen nach Tonnage, der wichtigere Einflussfaktor für den Gütertransport, war 2014 mit 143,4 Mio. t um 0,8% geringer als im Vorjahr.

Die für den Binnengüterverkehr relevanten Umsätze im österreichischen Einzelhandel (ohne Kfz) stiegen 2014 gegenüber dem Vorjahr leicht (+0,4%). Wegen der Abnahme der Pkw-Neuzulassungen (siehe unten) sanken die Umsätze im Kfz-Handel in ähnlicher Größenordnung (einschließlich Reparaturen; -3,1%). Der Großhandel verzeichnete Umsatzeinbußen von real 0,9%.

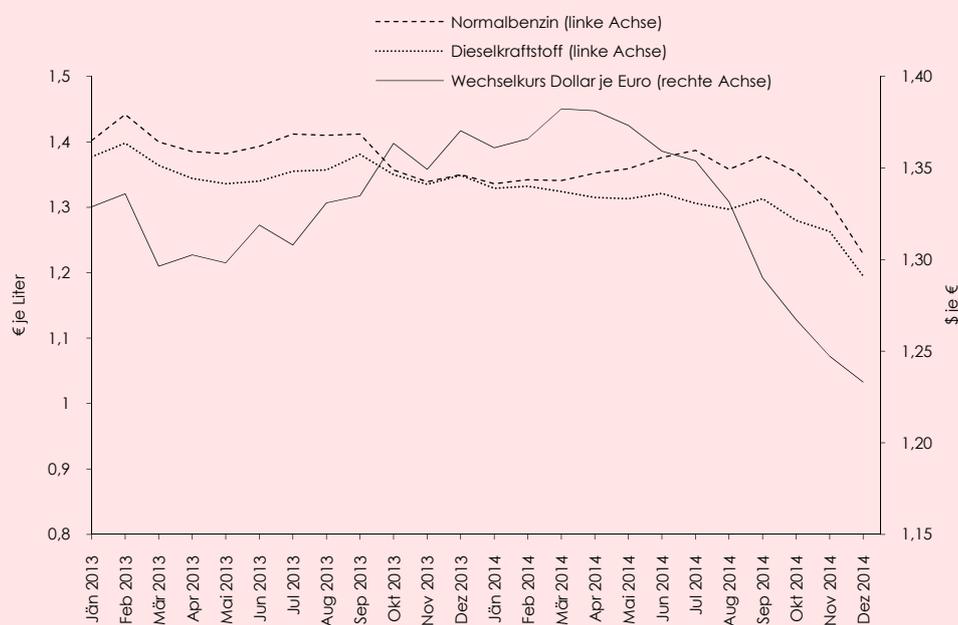
Die Treiber des Personenverkehrs entwickelten sich 2014 uneinheitlich: Der Arbeitsmarkt litt unter der Konjunkturflaute, die Beschäftigung wurde schwächer ausgeweitet (+20.404 Personen, +0,6%) als in den Nachkrisenjahren 2010 und 2011, die Arbeitslosigkeit stieg deutlich auf 319.000 Personen (+11,2%, Arbeitslosenquote 8,4%). Der Pendelverkehr sollte damit auf ähnlichem Niveau wie in den letzten Jahren verblieben sein.

Im österreichischen Beherbergungswesen expandierte die Nachfrage, allerdings nur gemessen an den Ankünften (37,5 Mio. Gäste, +1,9%), während die Zahl der Nächtigungen etwas geringer war als im Vorjahr (-0,6% auf 131,9 Mio.). Für den Reise- und Tourismusverkehr ist die Zahl der Gäste bestimmend. Ankünfte und Nächtigungen von Reisenden aus dem In- und Ausland entwickelten sich recht ausgewogen. Die Zahl der Gäste aus Deutschland stagnierte (-0,1%), während die Nachfrage aus den anderen Nachbarländern zum Teil deutlich zunahm (Schweiz und Liechtenstein +2,2%, Italien +2,7%, Ungarn +2,9%, Tschechien +4,7%, Slowenien +5,4%, Slowakei +9,3%).

## 12.2 Treibstoffpreise und -verbrauch rückläufig

Die allgemeine Preissteigerung war in Österreich 2014 mit 1,7% erneut geringer als in den Vorjahren (2011: 3,3%, 2012: 2,4%, 2013: 2,0%). Zur Dämpfung des Preisauftriebes trug die Treibstoffverbilligung im Jahresdurchschnitt bei (Dieselkraftstoff -4,3%, Ottokraftstoffe -3,4%). Die Treibstoffpreise sanken insbesondere gegen Jahresende, weil Rohöl in den letzten fünf Monaten 2014 um fast 50% billiger wurde (auf Dollarbasis). Wegen des gleichzeitigen Wertverlustes des Euro gegenüber dem Dollar und der allgemein hohen Verbrauchsteuerbelastung von Kraftstoffen (Mineralölsteuer, Umsatzsteuer) war allerdings der Preisrückgang für die österreichischen Endverbraucher in diesem Zeitraum geringer (Juli bis Dezember 2014 Ottokraftstoffe -8%, Dieselkraftstoff -12%). Die Entwicklung auf dem Rohölmarkt war überwiegend konjunktur- und nachfragebedingt, aber auch eine Folge der Wettbewerbsstrategie wichtiger Erzeugerländer (insbesondere der OPEC). Die Endpreise für Mobilität und Verkehr (+0,2%) – der Ausgabenbereich, der über die Treibstoffe hinaus weitere Waren und Dienstleistungen wie Aufwendungen für Instandhaltung und Reparatur privater Verkehrsmittel sowie Verkehrsdienstleistungen enthält – stiegen geringfügig (+0,2%). Das Preisniveau anderer Lebens- bzw. Konsumbereiche erhöhte sich dagegen deutlich (Nahrungsmittel +2,4%, Wohnung, Wasser und Energie +1,6%).

Abbildung 24: Treibstoffpreise



Q: Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Statistik Austria.

Der Kraftstoffverbrauch sank trotz der Verbilligung im Jahr 2014 um 1,5% (Benzin) bzw. 1,7% (Dieselkraftstoff). Diese Absatzentwicklung insbesondere von Ottokraftstoff geht auf die allmähliche Effizienzsteigerung der Pkw-Flotte in Österreich zurück, die zudem in den letzten Jahren nur noch gering gewachsen ist. Die Entwicklung des Dieselverbrauchs wird zusätzlich durch den Bedarf des Güterverkehrs und damit (stärker) durch die Konjunktur bestimmt.

### 12.3 Güterverkehr auf Straße und Schiene sowie Luftfracht nehmen zu

Die Fahrleistungen von Lkw auf dem hochrangigen Straßennetz Österreichs erreichten 2014 wieder das Niveau des Vorkrisenjahres 2008. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Lkw-Fahrleistungen auf dem bemauteten Netz der Asfinag mit +2,8% erneut stärker als die Wirtschaftsleistung Österreichs und der Nachbarländer. Insgesamt wurden auf den heimischen Autobahnen und Schnellstraßen fast 3,3 Mrd. Lkw-Fahrzeugkilometer zurückgelegt. Am schnellsten wuchsen die Fahrleistungen von Lkw auf dem Süd-Korridor (+4,3%) und dem Pyhrn-Korridor (+3,8%). Die Fahrleistungen auf dem Arlberg- und Donau-Korridor sowie auf den oft als Transitrouten genutzten Nord-Süd-Verbindungen Brenner- und Tauern-Korridor entwickelten sich unterdurchschnittlich, obwohl z. B. der Außenhandel zwischen Deutschland und Italien 2014 wieder an Schwung gewann (Export +2,3%, Importe +3,3%). Die Lkw-Fahrleistungen im Großraum Wien stiegen gegenüber 2013 um 3,0%.

Nach drei Jahren ohne Wachstum entwickelten sich das Aufkommen und die Verkehrsleistung<sup>16)</sup> des Gütertransports auf der Schiene 2014 erstmals wieder positiv. In den ersten neun Monaten 2014 stiegen Tonnage und Verkehrsleistung der Unternehmen, die auf dem österreichischen Schienennetz aktiv sind, um 3,3% bzw. 6,5%. Wesentlich trug dazu der Transitverkehr bei (Aufkommen +9,1%, Leistung +16,0%). Im bilateralen Transport erhöhte sich das beförderte Aufkommen um 0,6% (Verkehrsleistung +3,4%). Im Binnenverkehr, der in den letzten Jahren durch die Konsolidierung des Angebotes durch den Hauptbetreiber Rail Cargo Austria (RCA) betroffen war, wurden um 4,2% (Aufkommen) bzw. 3,6% (Leistung) mehr Güter transportiert.

Übersicht 41: Güterverkehr

		2014 Absolut	2014 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2009/2014 Veränderung in % p. a.
Schiengüterverkehr <sup>1)</sup>	Mio. ntkm	14.413	+ 6,5	+ 3,2
Inland	Mio. ntkm	3.478	+ 3,6	- 1,8
Empfang	Mio. ntkm	4.291	+ 3,2	+ 4,7
Versand	Mio. ntkm	2.916	+ 3,8	+ 2,0
Transit	Mio. ntkm	3.727	+ 16,0	+ 8,7
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	165.778	+ 7,5	+ 7,2
Rohrleitungen (Erdöl und Erdgas)	1.000 t	68.807	- 6,6	+ 2,2
Luftfahrt <sup>1)</sup>	1.000 t	173	+ 13,5	- 1,1

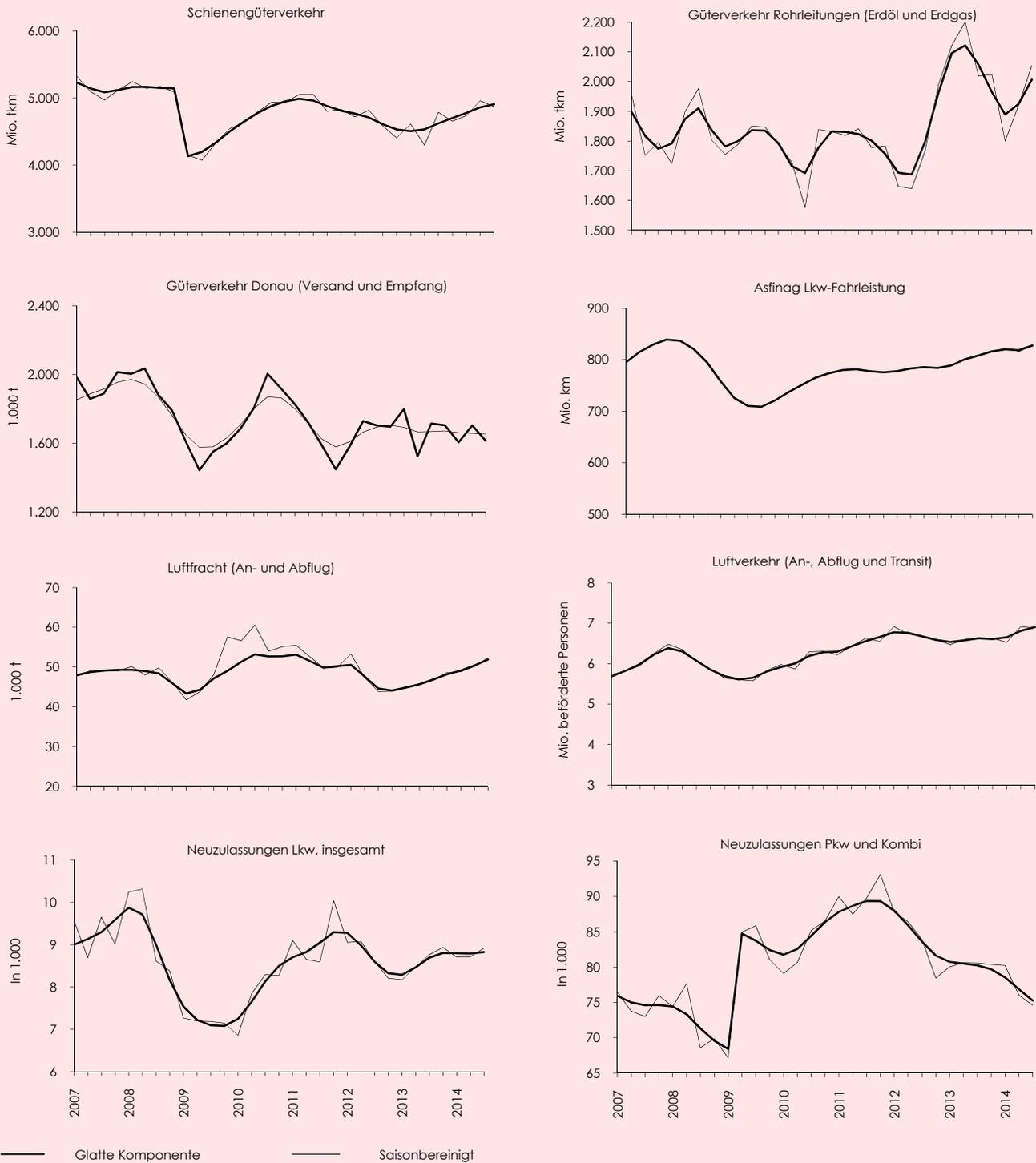
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) I. bis III. Quartal.

Etwas geringer war die Tonnage in der Binnenschifffahrt (bis zum III. Quartal 2014 -1,7%). Die allgemein sehr volatile inländische Transportleistung ging deutlich zurück (-23,2%), jene im Versand ins Ausland stieg um 4,8%. Weniger Güter (im Wesentlichen Erdöl und Erdgas) wurden 2014 in Rohrleitungen auf dem österreichischen Hoheitsgebiet befördert (Aufkommen -6,6% auf 68,8 Mio. t, Transportleistung -7,7% auf 16,5 Mio. tkm). Insbesondere das Volumen der Erdgastransporte war rückläufig (-12,3%, Erdöl -1,6%).

In den ersten drei Quartalen 2014 verzeichneten die österreichischen Flughäfen einen Anstieg des Transportaufkommens. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöhte sich die Tonnage der Luftfracht um 13,5% auf rund 172.000 t. Auch hier wuchs der Transitverkehr überdurchschnittlich (+38,5%).

<sup>16)</sup> Im Güterverkehr wird zwischen (Verkehrs-)Aufkommen und Leistung unterschieden: Während das Aufkommen an Transportvolumen oder Tonnage gemessen wird, ergibt sich die Verkehrsleistung als Produkt aus Transportaufkommen und zurückgelegter Strecke. Auch für den Personenverkehr werden Aufkommen und Leistung gemessen, der vorliegende Bericht präsentiert allerdings nur Informationen zum Aufkommen (Zahl der Passagiere oder beförderte Fahrgäste).

Abbildung 25: Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs



Q: Adria-Wien Pipeline GmbH, ÖBB, OMV, Statistik Austria, Transalpine Ölleitungen in Österreich GmbH, Asfinag.

### 12.4 Öffentlicher Personennahverkehr mit weiterhin steigender Tendenz

Im städtischen öffentlichen Personennahverkehr Österreichs<sup>17)</sup> zeigen die Statistiken der großen Betreiber in Innsbruck, Graz, Linz und Wien für 2014 eine Steigerung der Fahrgastzahlen um 3,1%.

<sup>17)</sup> Die Fahrgastzahlen der ÖBB im Jahr 2014 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Im kommerziellen Luftverkehr wurden im Jahr 2014 um 2,4% mehr Passagiere befördert als im Jahr zuvor (zum Vergleich: Deutschland +3,1%, Schweiz +4,2%). Auf die sechs internationalen Flughäfen entfielen im Durchschnitt jeweils 27 Mio. Fluggäste, um rund 8 Mio. mehr als 2004. Von der kräftigen Expansion des Flugverkehrs in der jüngeren Vergangenheit profitierte in Österreich im Wesentlichen der Flughafen Wien (2014/2004 +52%), während die Regionalflughäfen deutlich weniger oder kein Passagierwachstum verzeichneten. Im Jahr 2014 stieg die Zahl der Passagiere an allen Flughäfen außer in Klagenfurt (-13,0%).

Entgegen dem europäischen Trend wurden in Österreich im Jahr 2014 weniger Pkw neu zum Verkehr zugelassen als im Vorjahr (-4,9% auf knapp über 303.000 Fahrzeuge, EU +5,7%). Der Markt litt vor allem unter der Investitionszurückhaltung der Unternehmen im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld. Vor der Anhebung der Normverbrauchsabgabe mit 1. März 2014 wurden umfangreiche Vorziehkäufe getätigt (Februar 2014 Neuzulassungen +30% gegenüber dem Vorjahr). Ohne den Vorzieheffekt wäre die Nachfrage nach Neuwagen im Jahr 2014 noch geringer ausgefallen.

#### Übersicht 42: Personenverkehr

	2014 Mio. Personen	2014 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2009/2014 Veränderung in % p. a.
Große Verkehrsbetriebe, insgesamt <sup>1)</sup>	1.191	+ 3,1	+ 2,1
Innsbrucker Verkehrsbetriebe	49	+ 4,8	+ 1,8
Linzer Verkehrsbetriebe	105	+ 1,9	+ 1,9
Grazer Verkehrsbetriebe	106	+ 0,9	+ 1,5
Wiener Verkehrsbetriebe	931	+ 3,4	+ 2,8
Luffahrt	27	+ 2,4	+ 3,5

Q: Statistiken der städtischen Verkehrsbetriebe, regionale Flughäfen. – <sup>1)</sup> Ohne Salzburg, da aufgrund der Umstellung der Zählmethode nicht mit den Vorjahren vergleichbar.

#### Übersicht 43: Neu- und Gebrauchtzulassungen von Kraftfahrzeugen

	2014 Stück	2014 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2009/2014 Veränderung in %
<i>Neuzulassungen</i>			
Pkw	303.318	- 4,9	- 1,0
Bis 1.500 cm <sup>3</sup>	125.550	- 3,5	- 2,1
Über 1.500 cm <sup>3</sup>	177.768	- 5,9	- 0,2
Lkw	34.768	+ 1,7	+ 3,9
Bis 3.499 kg	31.553	+ 1,5	+ 4,0
3.500 bis 11.999 kg	1.699	- 2,9	+ 2,4
12.000 kg oder darüber	1.516	+ 13,6	+ 5,1
Anhänger	28.183	+ 5,1	+ 4,2
Bis 2.999 kg	21.983	+ 3,7	+ 2,6
3.000 bis 6.999 kg	379	- 6,7	+ 6,4
7.000 kg oder darüber	5.821	+ 11,6	+ 11,3
Sattelfahrzeuge	3.228	- 16,7	+ 13,7
<i>Gebrauchtzulassungen</i>			
Pkw	810.994	- 1,5	+ 0,9
Lkw	48.644	+ 1,1	+ 1,8

Q: Statistik Austria.

Die Zulassungszahlen gingen in fast allen Leistungskategorien zurück, bei Fahrzeugen mit geringer Leistung bis 55 kW bzw. 75 PS allerdings weit überdurchschnittlich (-13,7%). Das verkaufstärkste Pkw-Segment waren im Jahr 2014 erneut Fahrzeuge mit über 89 kW bzw. über 121 PS (114.700 Neuzulassungen, -4,7%). Der Marktanteil dieser Kategorie betrug fast unverändert 37,8% (2013: 37,7%). Gegen den Trend des Gesamtmarktes erhöhte sich erneut die Nachfrage nach Pkw der untersten Hubraumklasse (bis 1.000 cm<sup>3</sup>; +23,3%); der Marktanteil dieser in der Regel kleinen, preiswerten Fahrzeuge steigt allmählich, ist jedoch mit 7,3% nach wie vor gering.

Der Anteil der Diesel-Pkw an den Neuzulassungen betrug im Jahr 2014 56,8% (2013: 56,7%). Er liegt aufgrund der unterschiedlichen steuerlichen Behandlung dieser Treibstoffart und der daraus resultierenden Nachfrageeffekte über dem Niveau der Nachbarländer (Deutschland 47,8%, Schweiz 37,3%, Italien 54,9%, Tschechien<sup>18)</sup> 56,4%, Slowenien 34,1%, Ungarn 53,5%). Die Neuzulassungen von Pkw mit alternativen Antriebsarten (Elektro-, Hybrid-, Gas-Motoren sowie deren Kombination mit konventionellen Kraftstoffmotoren) stieg erneut (+14,9%), wobei sich die Zahl der neuzugelassenen reinen Elektrofahrzeuge sogar fast verdoppelte (1.281 Pkw, +95,9%).

Trotz der zum Teil enormen Wachstumsraten im Segment der emissionsfreien bzw. -armen Fahrzeuge ist deren Marktanteil mit weniger als 2% der Neuzulassungen nach wie vor äußerst gering. Die ökologische Nachhaltigkeit der Pkw-Flotte kann bei gegebenem Angebot, vorherrschenden Konsumpräferenzen und gegebener Lebensdauer der Pkw nur allmählich gesteigert werden. Der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß der neu zugelassenen Fahrzeuge mit konventionellem Verbrennungsmotor sank zwar von 130 g je km auf rund 127 g je km (Benzin -2,3%) bzw. von 134 g je km auf rund 131 g je km (Dieselkraftstoff -2,2%); allerdings erscheint der von der EU für das Jahr 2020 vorgesehene Höchstwert von 95 g CO<sub>2</sub> je km für Neufahrzeuge nur mit Mühe erreichbar. Die Zahl der Neuzulassungen mit einem Ausstoß von weniger als 120 g je km wuchs im Jahr 2014 um 10,7% (Marktanteil 44,2%), während die Zahl der Pkw der Kategorie mit mehr als 120 g je km weiter zurückging (-14,9%).

Die Zahl der Tageszulassungen (26.445 Pkw) war 2014 um 1,0% höher als im Vorjahr. Auf dem Gebrauchtwagenmarkt wurden im Vorjahresvergleich um 1,5% weniger Fahrzeuge umgeschlagen. Die Pkw-Flotte umfasste Ende 2014 4,69 Mio. Fahrzeuge (+1,2%).

## 12.5 Arbeitsmarkt konjunkturbelastet

Die Konjunkturschwäche belastete 2014 die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt weiter. Die anhaltend große Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes (+1,4%) konnte durch die Unternehmen nicht im gleichen Maß durch Arbeitsplatzschaffung absorbiert werden, sodass die Zahl der Arbeitslosen 2014 um 11,2% höher war als im Vorjahr. In den Branchen des Sektors Verkehr und Lagerei stieg die Arbeitslosigkeit mit +7,1% unterdurchschnittlich auf knapp über 15.000 Personen (zum Vergleich: Marktdienstleistungen +11,6%). Die Zahl der unselbständig Beschäftigten expandierte in den relevanten Branchen (Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen, Schifffahrt, Luftfahrt, Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr und Post-, Kurier- und Expressdienste) leicht auf 183.600 (+0,8%). Damit wurde die Dynamik der Gesamtwirtschaft (+0,6%) etwas übertroffen.

Übersicht 44: Arbeitslosigkeit im Verkehrssektor

	2014 Absolut	2014 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ø 2009/2014 Veränderung in % p. a.
Arbeitslose insgesamt	319.357	+ 11,2	+ 4,2
Verkehrssektor	15.355	+ 7,1	+ 1,8
Produzierender Bereich	65.973	+ 6,3	- 0,3
Marktnahe Dienstleistungen <sup>1)</sup>	186.210	+ 11,6	+ 4,5

Q: AMS. – <sup>1)</sup> Marktnahe Dienstleistungen gemäß NACE H bis N und S.

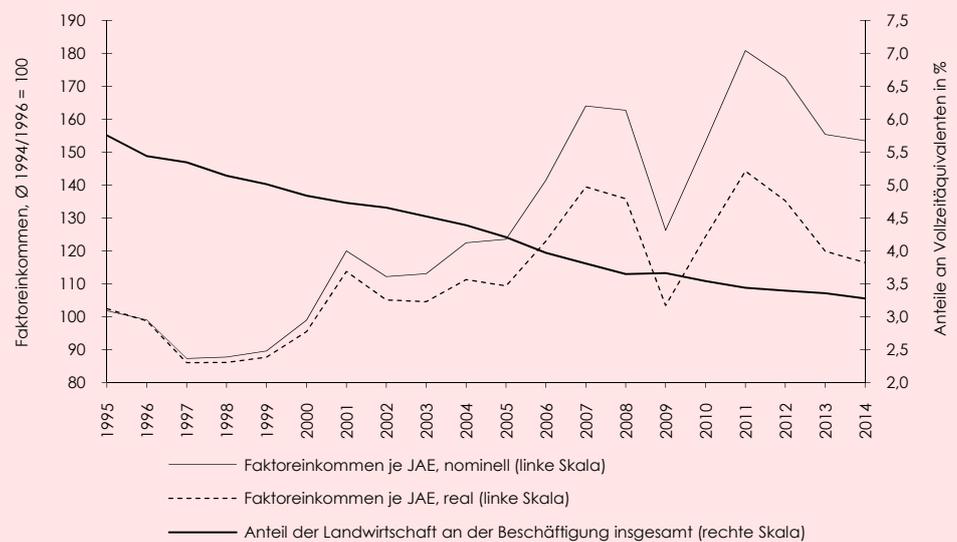
Stefan Schönfelder ([Stefan.Schoenfelder@wifo.ac.at](mailto:Stefan.Schoenfelder@wifo.ac.at))  
 Statistik: Michael Weingärtler ([Michael.Weingaertler@wifo.ac.at](mailto:Michael.Weingaertler@wifo.ac.at))

<sup>18)</sup> Tschechien, Slowenien, Ungarn und Slowakei: 2012. Für die Slowakei keine Daten verfügbar.

### 13. Einkommen in der Landwirtschaft 2014 trotz höherer Erträge im Pflanzenbau neuerlich gesunken

Im Jahr 2013 hatten außergewöhnliche Wettereinflüsse den Ertrag der Pflanzenproduktion deutlich unter den Durchschnitt gesenkt. 2014 wurden – mit Ausnahme des Weinbaues – vergleichsweise gute Erträge erzielt. Das Produktionsvolumen wurde folglich gegenüber 2013 deutlich gesteigert. Da aber sowohl in der Pflanzen- als auch in der Tierproduktion die Preise nachgaben, sank das reale landwirtschaftliche Einkommen (gemessen als preisbereinigtes Faktoreinkommen je Arbeitskraft) in Österreich 2014 um 3,0%, nachdem es 2013 (-11,3%) und auch 2012 geschrumpft war. Die Agrareinkommen waren damit 2014 – gemessen am realen Faktoreinkommen je Arbeitskraft – nur unwesentlich höher als 2009 (Abbildung 26).

Abbildung 26: Faktoreinkommen in der Landwirtschaft und Anteil der Landwirtschaft an den Erwerbstätigen



Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, LGR01 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß ESVG 2010; Werte zu laufenden Preisen, Revisionsstand zweite Vorausschätzung Jänner 2015; WIFO-Berechnungen. Reale Werte: deflationiert mit dem BIP-Deflator.

Nach ersten Schätzungen von Eurostat im Dezember 2014 ging das landwirtschaftliche Realeinkommen je Arbeitskraft in der EU 28 im Jahr 2014 um 1,7% zurück.

#### 13.1 Höhere Pflanzenerträge zu teilweise schlechterer Qualität

Nach teils widrigen Wetterbedingungen im Sommer 2014 herrschte im niederschlagsreichen Herbst starker Schädlings- und Krankheitsdruck. Hoher Wassergehalt der Ernteprodukte und geringere Qualität minderten den monetären Erlös, obwohl die Erntemenge das Vorjahresniveau deutlich überstieg. Die Getreideernte (einschließlich Körnermais) war fast um ein Viertel höher und erreichte 5,7 Mio. t. Auch die Ernte von Ölfrüchten und Körnerleguminosen war höher (+14,3%). Die Ernte von Hackfrüchten lag mit 5,0 Mio. t weit über dem langjährigen Durchschnitt (+22,8% gegenüber 2013). Dank der guten Wasserversorgung in der gesamten Vegetationsperiode übertraf die Obsternte (Menge) den Durchschnitt der letzten zehn Jahre um 12%. Allerdings litt die Fruchtqualität, speziell von Beerenobst und Holunder. Ähnlich wie im Obstbau wurde auch in der Gemüseproduktion eine höhere Ernte erzielt (+15,8% gegenüber dem Vorjahr, +11% gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre), wobei die Fläche um 2% ausgeweitet wurde.

Der Wert der Tierproduktion sank insgesamt leicht auf rund 3,4 Mrd. € (Übersicht 45). Das Produktionsvolumen blieb dabei im Vorjahresvergleich nahezu unverändert (+0,2%), und auch die Erzeugerpreise sanken über alle Produktkategorien hinweg

nur geringfügig (-0,4%). Einem Rückgang der Preise von Schweinen und Rindern stand jedoch ein Anstieg der Milchpreise gegenüber. Infolge der merklichen Anhebung der Zusatzabgabe für die Überschreitung der Milchquote erhöhte sich die Gütersteuerbelastung der Betriebe. Der Wert der tierischen Erzeugnisse (Milch, Eier, Honig) stieg um 4,7%, während der Produktionswert von Nutz- und Schlachtvieh um 5,3% sank.

Übersicht 45: Erzeugung, Wertschöpfung und Einkommen in der österreichischen Landwirtschaft

	2013	Wert 2014 Mio. €	2014 Veränderung gegen das Vorjahr in %	Volumen 2014 2013 = 100	Preise 2014
<b>Zu Erzeugerpreisen</b>					
Pflanzenbau <sup>1)</sup>	2.900	2.870	- 1,0	109,5	90,4
+ Tierproduktion	3.428	3.420	- 0,2	100,2	99,6
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	6.327	6.290	- 0,6	104,4	95,2
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	288	302	+ 5,1	104,5	100,6
= Landwirtschaftliche Erzeugung	6.615	6.592	- 0,3	104,4	95,4
+ Nicht trennbare nicht-landwirtschaftliche Nebentätigkeiten	391	396	+ 1,4	99,0	102,4
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	7.006	6.988	- 0,2	104,1	95,8
<b>Zu Herstellungspreisen</b>					
Pflanzenbau	2.894	2.865	- 1,0	109,5	90,4
+ Tierproduktion	3.480	3.440	- 1,1	100,1	98,7
= Erzeugung landwirtschaftlicher Güter	6.374	6.305	- 1,1	104,4	94,7
+ Erzeugung landwirtschaftlicher Dienstleistungen	288	302	+ 5,1	104,5	100,6
= Landwirtschaftliche Erzeugung	6.662	6.607	- 0,8	104,4	95,0
+ Nicht trennbare nicht-landwirtschaftliche Nebentätigkeiten	391	396	+ 1,4	99,0	102,4
= Erzeugung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs	7.052	7.003	- 0,7	104,1	95,4
- Vorleistungen insgesamt <sup>1)</sup>	4.277	4.193	- 2,0	101,8	96,3
= Bruttowertschöpfung	2.775	2.810	+ 1,2	107,6	94,1
- Abschreibungen	1.786	1.829	+ 2,4	100,2	102,2
= Nettowertschöpfung	989	981	- 0,8	120,9	82,0
± Saldo sonstiger Produktionsabgaben, Subventionen	1.323	1.262	- 4,6		
= Faktoreinkommen bzw. Nettowertschöpfung zu Faktorkosten	2.312	2.243	- 3,0		
Nominelles Faktoreinkommen je JAE <sup>2)</sup>	1.000 €	18,60	18,37	- 1,2	

Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, LGR01 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß ESVG 2010: Werte zu laufenden Preisen, Revisionsstand zweite Vorausschätzung Jänner 2015; WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Einschließlich innerbetrieblich erzeugter und verbrauchter Futtermittel. – <sup>2)</sup> Jahresarbeitseinheit (entlohnt und nicht-entlohnt).

### 13.2 Erstmals seit 2009 Produktionskosten verringert

Üblicherweise haben die Produktionskosten durchwegs steigende Tendenz. Einsparungen wurden im letzten Jahrzehnt in den Jahren 2005, 2009 und 2014 beobachtet. Zwar erhöhte sich das Volumen der eingesetzten Vorleistungen 2014 um 1,8% gegenüber 2013, der Rückgang der Preise um 3,7% machte diesen Anstieg aber mehr als wett.

Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen, also der Saldo aus dem Produktionswert des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereiches und den Vorleistungen, war 2014 mit rund 2,8 Mrd. € um 1,2% höher als 2013. Nach Abzug der Abschreibungen (mehr als 1,8 Mrd. €) ergibt sich ein leichter Rückgang der Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen (-0,8%). Da auch die Förderungen niedriger ausfielen (Übersicht 46), verringerte sich das Faktoreinkommen, also die Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital, deutlich (-3%).

### 13.3 Landwirtschaftlicher Arbeitseinsatz um 1,8% gesunken

Der Strukturwandel hält in der Landwirtschaft unverändert an. Der Rückgang der Arbeitskräftezahl wird für 2014 auf 1,8% geschätzt. Die seit einem Jahrzehnt beobachtete zweigeteilte Entwicklung auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt hielt 2014 an: Die Zahl der unselbständig Beschäftigten nahm um 2,8% zu, während die Zahl der selbständig Erwerbstätigen um 2,5% abnahm. Gemessen an der Beschäftigung insgesamt betrug der Anteil der Landwirtschaft 3,3%.

Übersicht 46: Subventionen und Steuern in der österreichischen Landwirtschaft

	2012	2013	2014	
	Mio. €		Mio. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderungen insgesamt	1.661	1.606	1.519	- 5,4
Gütersubventionen	145	94	85	- 9,6
Pflanzenbau <sup>1)</sup>	0	0	0	-
Tierprämien	95	94	85	- 9,6
Sonstiges <sup>2)</sup>	50	0	0	-
Sonstige Subventionen	1.516	1.512	1.434	- 5,2
Zahlungsansprüche <sup>3)</sup>	625	613	605	- 1,4
Agrarumweltförderung	566	555	526	- 5,1
Ausgleichszulage	264	261	256	- 1,8
Andere	61	83	46	- 44,3
Steuern und Abgaben	230	236	242	+ 2,5
Gütersteuern	50	47	70	+ 48,9
Sonstige Produktionsabgaben	180	189	172	- 9,0

Q: STATcube – Statistische Datenbank von Statistik Austria, LGR01 Landwirtschaftliche Gesamtrechnung gemäß ESVG 2010: Werte zu laufenden Preisen, Revisionsstand zweite Vorausschätzung Jänner 2015. – <sup>1)</sup> Nach dem Auslaufen der an die Produktion gekoppelten Prämien an Produzenten von Stärkekartoffeln 2011 keine weiteren Gütersubventionen. – <sup>2)</sup> Von 2005 bis 2012 Mineralölsteuerrückvergütung für Agrardieseltreibstoff. – <sup>3)</sup> Die handelbaren Zahlungsansprüche werden häufig auch als "einheitliche Betriebsprämie" bezeichnet. Sie wurden bis 2004 unter anderen agrarpolitischen Bedingungen als Gütersubventionen gewährt.

Der im internationalen Vergleich übliche Einkommensindikator, das reale Faktoreinkommen je Arbeitskraft, verringerte sich gegenüber 2013 um 3% (vorläufige Daten der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung vom Jänner 2015 von Statistik Austria).

Auswirkungen der Importrestriktionen für Agrargüter durch die Russische Föderation

Am 7. August 2014 verhängte die Russische Föderation ein Importverbot für bestimmte Agrargüter und Lebensmittel aus der EU. Vor allem Exporteure von verarbeiteten Lebensmitteln sind direkt von den Maßnahmen betroffen: 2013 hatte Österreich solche Güter im Wert von 274 Mio. € nach Russland exportiert. Das WIFO hat im Sommer 2014 den Wert der vom Importverbot betroffenen Agrargüter und Lebensmittel pro Jahr auf knapp 102 Mio. € geschätzt; bis Ende 2014 dürften die Einbußen 53 Mio. € ausgemacht haben. Auswertungen anhand der vorläufigen Außenhandelsdaten für 2014 bestätigen die Größenordnung des Exportrückganges: Insgesamt wurde Österreichs Export von Agrargütern und Lebensmitteln nach Russland 2014 wahrscheinlich um 50 Mio. € gedämpft<sup>1)</sup>. Diese Abnahme der Verkäufe nach Russland ist auch auf die starke Verteuerung österreichischer Produkte zurückzuführen, da der Rubel gegenüber dem Euro seit Mitte 2014 erheblich an Wert verloren hat.

Der Ausfall der Exporte ist nicht mit den wirtschaftlichen Einbußen der heimischen Landwirtschaft gleichzusetzen. Je nach Dauer und Umfang der Exportrestriktionen sind Auswirkungen auf die Preise auf dem gesamten gemeinsamen Markt zu erwarten. Diese Preiseffekte sind jedoch nicht im Detail abzusehen, und die Kausalität ist nicht einfach festzustellen. Die Auswirkungen einer Verbilligung wichtiger Produkte auf die nominelle Wertschöpfung der Landwirtschaft und der Lebensmittelverarbeitung sind tendenziell höher als der Entgang von Exporterlösen. Diese mittelbaren Folgen der Handelsbarrieren können derzeit nicht beziffert werden. Die Außenhandelslehre und auch empirische Befunde legen nahe, dass die Beschränkung des Handels Nettowohlfahrtsverluste bewirkt. Die Folgen sind häufig in dem Land, das die Sanktionen verhängt, bedeutender als in den Ländern, deren Marktzugang erschwert wird.

<sup>1)</sup> Sinabell, F., Egartner, S., Heinschink, K., Pistrich, K., Resl, Th., Tribl, Ch., Beschränkung der Agrarexporte in die Russische Föderation. Mögliche Auswirkungen für Österreich, WIFO, Wien, 2015, <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/57840>.

### 13.4 Landwirtschaftliches Realeinkommen auch in der EU 28 rückläufig

Auch im EU-Durchschnitt war das landwirtschaftliche Realeinkommen je Arbeitskraft 2014 rückläufig (-1,7%). Dieser Entwicklung lag eine Abnahme des landwirtschaftlichen Realeinkommens um 4,0% zugrunde, die teilweise durch eine Verringerung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes (-2,3%) ausgeglichen wurde (Eurostat, Erste Vorschätzung Dezember 2014). Maßgebend war hier vor allem der Rückgang des Produktionswertes pflanzlicher Erzeugnisse um 6,0% und der Tierprodukte um 0,9%. Die Abnahme der realen Vorleistungskosten um -3,6% reichte nicht aus, um die Einnahmenverluste auszugleichen.

#### Übersicht 47: Agraraußenhandel 2014

Kombinierte Nomenklatur (KNO)

Position	Export		Import		Insgesamt	Saldo				
	Anteile in %					EU 15	EU 28			
					Mio. €					
01 Lebende Tiere	1,6	2,2	-	83,4	-	21,2	- 118,0			
02 Fleisch und Fleischwaren	11,7	8,8	-	197,8	-	50,2	- 48,4			
03 Fische, Krebstiere, Weichtiere	0,2	2,4	-	241,9	-	147,0	- 172,2			
04 Milch, Milcherzeugnisse, Eier und Honig	12,4	7,7	-	387,4	231,0	265,0				
05 Andere Waren tierischen Ursprungs	0,6	0,8	-	26,9	-	1,2	- 6,5			
06 Waren pflanzlichen Ursprungs	0,3	3,3	-	323,3	-	322,5	- 314,9			
07 Gemüse, Wurzeln, Knollen	1,3	4,5	-	355,9	-	319,2	- 314,8			
08 Früchte	2,3	7,7	-	605,0	-	252,4	- 241,9			
09 Kaffee u. Ä., Gewürze	1,6	4,3	-	302,5	-	189,2	- 158,0			
10 Getreide	4,2	4,2	-	42,1	185,6	-	- 64,6			
11 Müllereierzeugnisse	2,0	0,9	-	98,0	41,5	-	- 80,3			
12 Ölsaaten und ölhaltige Früchte	2,3	3,3	-	129,8	18,2	-	- 122,0			
13 Schellack, Gummien, Harze und andere Pflanzensäfte	0,0	0,4	-	35,4	-	18,6	- 17,9			
14 Flechtstoffe und andere Waren pflanzlichen Ursprungs	0,0	0,0	-	2,2	-	1,0	- 0,8			
15 Tierische und pflanzliche Öle und Fette	2,4	3,9	-	181,0	-	110,6	- 203,4			
16 Zubereitungen von Fleisch, Fischen u. Ä.	3,9	3,6	-	2,1	37,0	-	- 6,8			
17 Zucker und Zuckerwaren	2,7	2,6	-	19,6	-	60,1	- 77,6			
18 Kakao, Kakaozubereitungen	4,3	4,6	-	82,3	-	178,8	- 98,9			
19 Zubereitungen aus Getreide und anderen Backwaren	8,8	7,8	-	22,5	-	109,3	- 54,3			
20 Zubereitungen von Gemüse und Früchten u. Ä.	6,0	6,4	-	99,8	8,2	-	- 24,5			
21 Verschiedene Lebensmittelzubereitungen	6,9	6,3	-	1,2	-	213,3	- 149,1			
22 Getränke, alkoholische Flüssigkeiten und Essig	18,0	5,9	-	1.119,8	199,6	-	- 286,6			
23 Rückstände und Abfälle, Tierfutter	6,5	6,1	-	24,4	-	53,4	- 51,3			
24 Tabak und Tabakwaren	0,0	2,3	-	245,0	-	94,4	- 244,3			
	Mio. €									
Agrarhandel insgesamt laut KNO	9.748,0	10.726,0	-	978,0	-	1.421,3	- 1.632,1			
Agrarhandel insgesamt laut SITC <sup>1)</sup>	9.678,2	10.858,9	-	1.180,6	-	1.493,2	- 1.708,6			
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Agrarhandel insgesamt laut KNO <sup>2)</sup>	+	2,4	+	2,4	-	2,4	+	3,3	+	2,3
Agrarhandel insgesamt laut SITC <sup>1)</sup>	+	2,3	+	2,3	-	2,3	-	1,1	-	1,6

Q: Statistik Austria, WIFO-Datenbank, 2014: vorläufige Werte. - <sup>1)</sup> Die Summen nach KNO- und SITC-Nomenklatur weichen wegen des jeweiligen Aggregationsverfahrens (SITC 0, 1, 21, 22, 29, 4) und der zunehmenden Zahl von Positionen mit Geheimhaltung in der KNO-Außenhandelsdatenbank voneinander ab. - <sup>2)</sup> Positives Vorzeichen: Rückgang des Importüberschusses.

### 13.5 Trotz ungünstiger Rahmenbedingungen Handel mit Agrargütern +2,4%

Trotz der Wachstumsverlangsamung in der EU und der Importrestriktionen der Russischen Föderation (Kasten "Auswirkungen der Importrestriktionen für Agrargüter durch die Russische Föderation") nahm der Handel mit Agrargütern zu (Übersicht 47). Der Wert von Exporten und Importen stieg jeweils um 2,4% (gemäß der kombinierten Nomenklatur). Der Wert der Importe erreichte 2014 insgesamt 10,73 Mrd. €, der Wert der Exporte 9,75 Mrd. €. Der Agrarhandelsaldo betrug demgemäß -0,98 Mrd. € insgesamt, der Überhang der Importe gegenüber den anderen EU-Ländern 1,63 Mrd. €. Österreich importierte sowohl aus den Ländern der EU 15 als auch auf

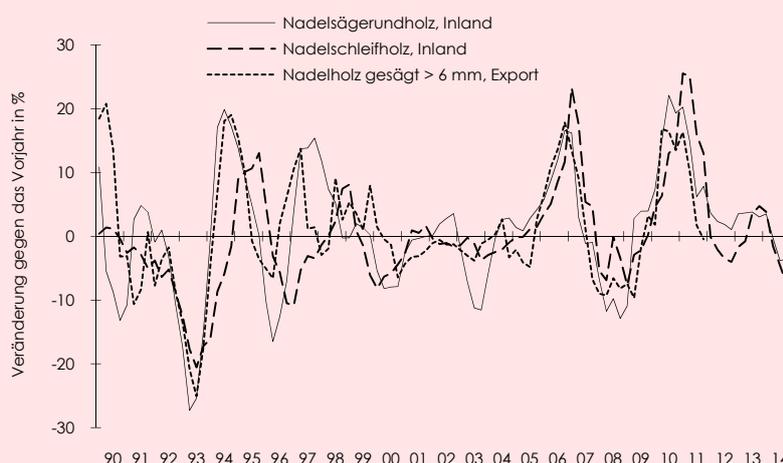
den anderen EU-Ländern mehr Agrargüter als exportiert wurden. Umfangreiche Handelsüberschüsse erzielt Österreich im Bereich von Milch und Milchprodukten, Fleisch und insbesondere Getränken. Aus osteuropäischen Ländern werden vor allem Getreide zur Weiterverarbeitung in Stärke und Äthylalkohol sowie Ölf Früchte importiert, aus westeuropäischen Ländern in erster Linie Früchte, Gemüse und Tabak.

### 13.6 Schneebruch und Sturmschäden drücken Preise in der Forstwirtschaft

Während die Landwirtschaft 2014 dank günstiger meteorologischer Produktionsbedingungen hohe Ernten erzielte, litt die Forstwirtschaft unter wetterbedingten Schadereignissen. Zu Jahresbeginn hatte eine anhaltende feucht-kalte Niederschlagsphase enorme Schneelasten zur Folge, die allein in Kärnten einen Schadholzanfall von 600.000 fm nach sich zogen. Gegen Jahresende war vor allem Tirol von Windwurf und Schneedruck durch das Sturmtief "Gonzalo" betroffen mit einer Schadholzmenge von annähernd 95.000 fm. In welchem Umfang diese Schadereignisse die Holzernte des Jahres 2014 beeinflusst haben, ist derzeit mangels Daten noch nicht absehbar. 2013 hatte die Holzernte 17,39 Mio. fm betragen und war damit deutlich unter den Erntemengen der Jahre zuvor geblieben.

Die genannten Faktoren drückten in Kombination mit der anhaltenden Konjunkturschwäche das Preisniveau ab dem II. Quartal deutlich unter den Vorjahreswert (Abbildung 27).

Abbildung 27: Holzpreise



Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Holzeinschlagsmeldungen; Statistik Austria, Land- und forstwirtschaftliche Erzeugerpreise.

Franz Sinabell ([Franz.Sinabell@wifo.ac.at](mailto:Franz.Sinabell@wifo.ac.at))

Statistik: Dietmar Weinberger ([Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at](mailto:Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at))